

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 23. Mai 1997 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs und zu dem Abkommen vom 14. Dezember 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs

A. Problem und Ziel

Das Übereinkommen vom 23. Mai 1997 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs soll die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs in den Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen regeln. Das Abkommen vom 14. Dezember 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs soll in Konkretisierung des vorgenannten Übereinkommens die Ansiedlung des Internationalen Seegerichtshofs in Deutschland auf eine gesicherte rechtliche Grundlage stellen und zugleich die Rechte und Befugnisse des Internationalen Seegerichtshofs sowie dessen Richter und Bedienstete in Deutschland regeln.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz werden die Voraussetzungen für die Ratifikation des Übereinkommens über Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs und für die Erfüllung der förmlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs geschaffen.

Fristablauf: 07. 04. 06

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Keine

24. 02. 06

AA - Fz

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 23. Mai 1997
über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs
und zu dem Abkommen vom 14. Dezember 2004 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof
über den Sitz des Gerichtshofs

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 24. Februar 2006

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 23. Mai 1997 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs und zu dem Abkommen vom 14. Dezember 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Dr. Angela Merkel

Entwurf
Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 23. Mai 1997
über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs
und zu dem Abkommen vom 14. Dezember 2004
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und
dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden völkerrechtlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem in New York am 18. Mai 1999 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 23. Mai 1997 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs (Übereinkommen) und
2. dem in Berlin am 14. Dezember 2004 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs (Sitzabkommen).

Nachstehend werden das Übereinkommen mit einer amtlichen deutschen Übersetzung sowie das Sitzabkommen veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Änderungen des Sitzabkommens nach seinem Artikel 34, die im Rahmen von Nummer 10 des dazugehörigen Notenwechsels vom 14. Dezember 2004 vereinbart werden, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland nach seinem Artikel 30 sowie das Sitzabkommen nach seinem Artikel 35 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen vom 23. Mai 1997 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs und auf das Abkommen vom 14. Dezember 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist u. a. nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Übereinkommen und mit dem Abkommen auch Vorrechte in Bezug auf Steuern begründet, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Unter Nummer 10 des dem Abkommen zugehörigen Notenwechsels vom 14. Dezember 2004 ist eine Konsultationsklausel enthalten, wonach jede Vertragspartei für den Fall, dass die Bundesregierung mit einer internationalen Organisation eine Übereinkunft schließt, die günstigere Bedingungen enthält als die dem Internationalen Seegerichtshof aufgrund des Abkommens gewährten, um Konsultationen darüber bitten kann, ob diese Bedingungen auch auf den Internationalen Seegerichtshof angewendet werden könnten.

Die Verordnungsermächtigung soll es der Bundesregierung ermöglichen, völkerrechtlich vereinbarte Änderungen des Abkommens, die aus solchen Konsultationen ggfs. erwachsen könnten, ohne erneute Ingangsetzung eines Vertragsgesetzgebungsverfahrens innerstaatlich in Kraft zu setzen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem das Übereinkommen vom 23. Mai 1997 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs nach seinem Artikel 30 sowie das Abkommen vom 14. Dezember 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs nach seinem Artikel 35 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Die mit Zustimmung des Bundesrates erlassene Verordnung der Bundesregierung vom 10. Oktober 1996 über Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs (BGBl. 1996 II S. 2517) tritt gemäß ihres Artikels 2 Abs. 2 an dem Tag außer Kraft, an dem ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über Vorrechte und Immunitäten in Kraft tritt.

Mit diesem Abkommen ist das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs gemeint, das am 14. Dezember 2004 unterzeichnet wurde und das Regelungen über Vorrechte und Immunitäten enthält.

Außerdem tritt das Abkommen vom 18. Oktober 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft des Internationalen Seegerichtshofs in der Freien und Hansestadt Hamburg (Zusatzabkommen nach Artikel 3 des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs) – in der Fassung des Korrekturnotenwechsels vom 14. Dezember 2004 – nach seinem Artikel 11 Abs. 2 ohne weiteren Rechtsakt gleichzeitig mit dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs in Kraft.

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Die mit der Ansiedlung des Internationalen Seegerichtshofs verbundenen Mehraufwendungen des Bundes sowie der Verzicht des Bundes, der Länder und der Gemeinden auf Steuermehreinnahmen sind der Höhe nach nicht geeignet, Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, auszulösen.

Übereinkommen
über die Vorrechte und Immunitäten
des Internationalen Seegerichtshofs

Agreement
on the privileges and immunities
of the International Tribunal
for the Law of the Sea

Accord
sur les privilèges et immunités
du Tribunal international du droit de la mer

(Übersetzung)

The States Parties to the present Agreement,

Considering that the United Nations Convention on the Law of the Sea establishes the International Tribunal for the Law of the Sea,

Recognizing that the Tribunal should enjoy such legal capacity, privileges and immunities as are necessary for the exercise of its functions,

Recalling that the Statute of the Tribunal provides, in article 10, that the Members of the Tribunal, when engaged on the business of the Tribunal, shall enjoy diplomatic privileges and immunities,

Recognizing that persons participating in proceedings and officials of the Tribunal should enjoy such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions in connection with the Tribunal,

Have agreed as follows:

Article 1

Use of terms

For the purposes of this Agreement:

- (a) "Convention" means the United Nations Convention on the Law of the Sea of 10 December 1982;
- (b) "Statute" means the Statute of the International Tribunal for the Law of the Sea in annex VI to the Convention;
- (c) "States Parties" means States Parties to this Agreement;
- (d) "Tribunal" means the International Tribunal for the Law of the Sea;

Les États Parties au présent Accord,

Considérant que la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer porte création du Tribunal international du droit de la mer,

Considérant que le Tribunal doit jouir, sur le territoire de chaque État Partie, de la capacité juridique et des privilèges et immunités qui lui sont nécessaires pour exercer ses fonctions,

Rappelant que le Statut du Tribunal stipule en son article 10 que, dans l'exercice de leurs fonctions, les membres du Tribunal jouissent de privilèges et immunités diplomatiques,

Considérant que les personnes participant à la procédure ainsi que les fonctionnaires du Tribunal doivent jouir des privilèges et immunités qui leur sont nécessaires pour exercer en toute indépendance leurs fonctions auprès du Tribunal,

Ont convenu de ce qui suit:

Article premier

Emploi des termes

Aux fins du présent Accord:

- a) On entend par «Convention» la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer du 10 décembre 1982;
- b) On entend par «Statut» le Statut du Tribunal international du droit de la mer, reproduit dans l'annexe VI de la Convention;
- c) On entend par «États Parties» les États Parties au présent Accord;
- d) On entend par «Tribunal» le Tribunal international du droit de la mer;

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –

in der Erwägung, dass das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen die Errichtung des Internationalen Seegerichtshofs vorsieht,

in der Erkenntnis, dass der Gerichtshof die Rechts- und Geschäftsfähigkeit sowie die Vorrechte und Immunitäten genießen soll, die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich sind,

im Hinblick darauf, dass das Statut des Gerichtshofs in Artikel 10 vorsieht, dass die Mitglieder des Gerichtshofs bei der Ausübung ihres Amtes diplomatische Vorrechte und Immunitäten genießen,

in der Erkenntnis, dass an Verfahren Beteiligte und Bedienstete des Gerichtshofs die Vorrechte und Immunitäten genießen sollen, die zur unabhängigen Wahrnehmung ihrer mit dem Gerichtshof zusammenhängenden Aufgaben erforderlich sind –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „Seerechtsübereinkommen“ bezeichnet das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982;
- b) „Statut“ bezeichnet das in Anlage VI des Seerechtsübereinkommens enthaltene Statut des Internationalen Seegerichtshofs;
- c) „Vertragsstaaten“ bezeichnet Staaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind;
- d) „Gerichtshof“ bezeichnet den Internationalen Seegerichtshof;

- | | | |
|--|--|--|
| <p>(e) "Member of the Tribunal" means an elected member of the Tribunal or a person chosen under article 17 of the Statute for the purpose of a particular case;</p> <p>(f) "Registrar" means the Registrar of the Tribunal and includes any official of the Tribunal acting as Registrar;</p> <p>(g) "officials of the Tribunal" means the Registrar and other members of the staff of the Registry;</p> <p>(h) "Vienna Convention" means the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961.</p> | <p>e) On entend par «membres du Tribunal» les membres élus du Tribunal ou toute personne choisie conformément à l'article 17 du Statut aux fins d'une affaire déterminée;</p> <p>f) On entend par «Greffier» le Greffier du Tribunal ou tout fonctionnaire du Tribunal qui assure les fonctions de greffier;</p> <p>g) On entend par «fonctionnaires du Tribunal» le Greffier et les autres membres du personnel du Greffe;</p> <p>h) On entend par «Convention de Vienne» la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961.</p> | <p>e) „Mitglied des Gerichtshofs“ bezeichnet ein gewähltes Mitglied des Gerichtshofs oder eine nach Artikel 17 des Statuts für die Zwecke eines besonderen Falles bestimmte Person;</p> <p>f) „Kanzler“ bezeichnet den Kanzler des Gerichtshofs und schließt jeden Bediensteten des Gerichtshofs ein, der als Kanzler tätig wird;</p> <p>g) „Bedienstete des Gerichtshofs“ bezeichnet den Kanzler sowie das sonstige Personal der Kanzlei;</p> <p>h) „Wiener Übereinkommen“ bezeichnet das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen.</p> |
|--|--|--|

Article 2

Juridical personality of the Tribunal

The Tribunal shall possess juridical personality. It shall have the capacity:

- (a) to contract;
- (b) to acquire and dispose of immovable and movable property;
- (c) to institute legal proceedings.

Article 3

Inviolability of the premises of the Tribunal

The premises of the Tribunal shall be inviolable, subject to such conditions as may be agreed with the State Party concerned.

Article 4

Flag and emblem

The Tribunal shall be entitled to display its flag and emblem at its premises and on vehicles used for official purposes.

Article 5

Immunity of the Tribunal, its property, assets and funds

1. The Tribunal shall enjoy immunity from legal process, except insofar as in any particular case it has expressly waived its immunity. It is, however, understood that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution.

2. The property, assets and funds of the Tribunal, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, seizure, expropriation or any other form of interference, whether by executive, administrative, judicial or legislative action.

3. To the extent necessary to carry out its functions, the property, assets and

Article 2

Personnalité juridique du Tribunal

Le Tribunal possède la personnalité juridique. Il a la capacité:

- a) De contracter;
- b) D'acquérir et d'aliéner des biens immobiliers et mobiliers;
- c) D'ester en justice.

Article 3

Inviolabilité des locaux du Tribunal

Les locaux du Tribunal sont inviolables, sous réserve des conditions qui pourraient être arrêtées d'un commun accord avec l'État Partie concerné.

Article 4

Drapeau et emblème

Le Tribunal a le droit d'arborer son drapeau et son emblème dans ses locaux et sur les véhicules affectés à son usage officiel.

Article 5

Immunité du Tribunal et de ses biens, avoirs et fonds

1. Le Tribunal jouit de l'immunité de toute forme de poursuites, sauf dans la mesure où il y renonce expressément dans un cas particulier. Il est toutefois entendu qu'une renonciation à l'immunité ne saurait s'appliquer à des mesures d'exécution.

2. Les biens, avoirs et fonds du Tribunal, où qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation, saisie, expropriation et de toute autre forme de contrainte procédant d'une mesure des pouvoirs exécutif, administratif, judiciaire ou législatif.

3. Les biens, avoirs et fonds du Tribunal sont exempts de toute restriction, régle-

Artikel 2

Rechtspersönlichkeit des Gerichtshofs

Der Gerichtshof besitzt Rechtspersönlichkeit. Er kann

- a) Verträge schließen,
- b) bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern,
- c) vor Gericht stehen.

Artikel 3

Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten des Gerichtshofs

Die Räumlichkeiten des Gerichtshofs sind vorbehaltlich der gegebenenfalls mit dem betreffenden Vertragsstaat vereinbarten Bedingungen unverletzlich.

Artikel 4

Flagge und Emblem

Der Gerichtshof ist berechtigt, seine Flagge und sein Emblem an seinen Räumlichkeiten und Dienstfahrzeugen zu führen.

Artikel 5

Immunität des Gerichtshofs, seiner Vermögenswerte, Guthaben und Gelder

(1) Der Gerichtshof genießt Immunität von der Gerichtsbarkeit, soweit er nicht im Einzelfall ausdrücklich darauf verzichtet hat. Ein solcher Verzicht umfasst jedoch nicht Vollstreckungsmaßnahmen.

(2) Die Vermögenswerte, Guthaben und Gelder des Gerichtshofs, gleichviel, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Pfändung, Enteignung oder jeder sonstigen Form eines Eingriffs durch die vollziehende Gewalt, die Verwaltung, die Justiz oder die Gesetzgebung entzogen.

(3) In dem für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Umfang sind die

funds of the Tribunal shall be exempt from restrictions, regulations, controls and moratoria of any nature.

4. The Tribunal shall have insurance coverage against third-party risks in respect of vehicles owned or operated by it, as required by the laws and regulations of the State in which the vehicle is operated.

Article 6 **Archives**

The archives of the Tribunal, and all documents belonging to it or held by it, shall be inviolable at all times and wherever they may be located. The State Party where the archives are located shall be informed of the location of such archives and documents.

Article 7 **Exercise of the functions of the Tribunal outside the Headquarters**

In the event that the Tribunal considers it desirable to sit or otherwise exercise its functions elsewhere than at its Headquarters, it may conclude with the State concerned an arrangement concerning the provision of the appropriate facilities for the exercise of its functions.

Article 8 **Communications**

1. For the purposes of its official communications and correspondence, the Tribunal shall enjoy in the territory of each State Party, insofar as is compatible with the international obligations of the State concerned, treatment not less favourable than that which the State Party accords to any intergovernmental organization or diplomatic mission in the matter of priorities, rates and taxes applicable to mail and the various forms of communication and correspondence.

2. The Tribunal may use all appropriate means of communication and make use of codes or cipher for its official communications or correspondence. The official communications and correspondence of the Tribunal shall be inviolable.

3. The Tribunal shall have the right to dispatch and receive correspondence and other materials or communications by courier or in sealed bags, which shall have the same privileges, immunities and facilities as diplomatic couriers and bags.

mentation, contrôle et de tout moratoire de quelque nature que ce soit dans la mesure nécessaire pour lui permettre de s'acquitter de ses fonctions.

4. Le Tribunal souscrit une assurance au tiers pour les véhicules dont il est propriétaire ou qui sont utilisés pour son compte, comme l'exigent les lois et règlements de l'État dans lequel lesdits véhicules sont utilisés.

Article 6 **Archives**

Les archives du Tribunal et tous les documents lui appartenant ou en sa possession sont inviolables en toutes circonstances où qu'ils se trouvent. L'État Partie dans lequel se trouvent ces archives et documents est informé de l'endroit où ils sont entreposés.

Article 7 **Cas dans lesquels le Tribunal exerce ses fonctions en dehors du siège**

Lorsque le Tribunal juge souhaitable de siéger ou d'exercer autrement ses fonctions en dehors du siège, il peut conclure avec l'État concerné un accord en vue de la fourniture des installations qui lui permettront de s'acquitter de ses fonctions.

Article 8 **Communications**

1. Aux fins de ses communications et de sa correspondance officielles, le Tribunal bénéficie, sur le territoire de chaque État Partie dans la mesure compatible avec les obligations internationales à la charge de l'État concerné, d'un traitement au moins aussi favorable que celui qui est accordé par cet État à toute autre organisation intergouvernementale ou mission diplomatique en ce qui concerne les priorités, tarifs et taxes s'appliquant au courrier et aux diverses formes de communications et correspondance.

2. Le Tribunal peut utiliser tous les moyens de communication appropriés et employer des codes ou un chiffre pour ses communications ou sa correspondance officielles. Les communications et la correspondance officielles du Tribunal sont inviolables.

3. Le Tribunal a le droit d'expédier et de recevoir de la correspondance et d'autres documents ou communications par courrier ou valises scellées, qui bénéficient des mêmes privilèges, immunités et facilités que les courriers et valises diplomatiques.

Vermögenswerte, Guthaben und Gelder des Gerichtshofs von Beschränkungen, Regelungen, Kontrollen und Stillhaltmaßnahmen jeder Art befreit.

(4) Der Gerichtshof schließt für Fahrzeuge, die sich in seinem Eigentum befinden oder in seinem Namen benutzt werden, die Haftpflichtversicherungen ab, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Staates, in dem diese Fahrzeuge benutzt werden, erforderlich sind.

Artikel 6 **Archive**

Die Archive des Gerichtshofs und alle ihm gehörenden oder in seinem Besitz befindlichen Schriftstücke sind jederzeit unverletzlich, gleichviel, wo sie sich befinden. Der Vertragsstaat, in dem sich die Archive befinden, ist über den Aufbewahrungsort der Archive und Schriftstücke zu unterrichten.

Artikel 7 **Wahrnehmung der Aufgaben des Gerichts- hofs außerhalb des Sitzes**

Hält es der Gerichtshof für wünschenswert, an einem anderen Ort als an seinem Sitz zu tagen oder seine Aufgaben anderweitig wahrzunehmen, so kann er mit dem betreffenden Staat eine Vereinbarung hinsichtlich der Bereitstellung von Einrichtungen, die für die Wahrnehmung seiner Aufgaben geeignet sind, schließen.

Artikel 8 **Nachrichtenverkehr**

(1) Bei seinem amtlichen Nachrichtenverkehr und seiner amtlichen Korrespondenz genießt der Gerichtshof im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats, soweit dies mit den internationalen Verpflichtungen des betreffenden Staates vereinbar ist, keine weniger günstige Behandlung, als der Vertragsstaat jeder zwischenstaatlichen Organisation oder diplomatischen Mission gewährt; dies gilt für Prioritäten, Posttarife und -gebühren und die verschiedenen Arten von Nachrichtenverkehr und Korrespondenz.

(2) Der Gerichtshof kann für seinen amtlichen Nachrichtenverkehr und seine amtliche Korrespondenz alle geeigneten Kommunikationsmittel sowie Verschlüsselungen einsetzen. Der amtliche Nachrichtenverkehr und die amtliche Korrespondenz des Gerichtshofs sind unverletzlich.

(3) Der Gerichtshof ist berechtigt, Korrespondenz und andere Unterlagen oder Nachrichten durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu versenden und zu empfangen; hierfür gelten dieselben Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen wie für diplomatische Kuriere und diplomatisches Kuriergepäck.

Article 9**Exemption from taxes,
customs duties and import
or export restrictions**

1. The Tribunal, its assets, income and other property, and its operations and transactions shall be exempt from all direct taxes; it is understood, however, that the Tribunal shall not claim exemption from taxes which are no more than charges for public utility services.

2. The Tribunal shall be exempt from all customs duties, import turnover taxes and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of articles imported or exported by the Tribunal for its official use.

3. Goods imported or purchased under such an exemption shall not be sold or otherwise disposed of in the territory of a State Party, except under conditions agreed with the Government of that State Party. The Tribunal shall also be exempt from all customs duties, import turnover taxes, prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of its publications.

Article 9**Exonération d'impôts
et de droits de douane
et des restrictions à l'importation
ou à l'exportation**

1. Le Tribunal, ses avoirs, revenus et autres biens, de même que ses opérations et transactions, sont exonérés de tout impôt direct. Il demeure entendu, toutefois, que le Tribunal ne demandera pas l'exonération d'impôts qui représentent, en fait, la rémunération de services d'utilité publique.

2. Le Tribunal est exonéré de tous droits de douane et impôts sur le chiffre d'affaires à l'importation et exempté de toutes prohibitions et restrictions d'importation ou d'exportation à l'égard d'objets importés ou exportés par lui pour son usage officiel.

3. Les articles ainsi importés ou achetés en franchise ne seront pas vendus ou autrement aliénés sur le territoire d'un État Partie, à moins que ce ne soit à des conditions agréées par le gouvernement de cet État Partie. Le Tribunal est en outre exempté de tout droit de douane et impôts sur le chiffre d'affaires à l'importation et de toutes prohibitions et restrictions d'importation et d'exportation touchant ses publications.

Artikel 9**Befreiung von Steuern
und Zöllen sowie von Ein-
und Ausfuhrbeschränkungen**

(1) Der Gerichtshof, seine Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte sowie seine Geschäfte und Transaktionen genießen Befreiung von jeder direkten Steuer; es besteht jedoch Einvernehmen darüber, dass der Gerichtshof keine Befreiung von Steuern verlangt, die lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen.

(2) Der Gerichtshof genießt Befreiung von allen Zöllen, Einfuhrumsatzsteuern sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich der vom Gerichtshof für seinen amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführten Gegenstände.

(3) Waren, die unter Inanspruchnahme dieser Befreiung eingeführt oder gekauft wurden, dürfen im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats nur zu den mit der Regierung dieses Vertragsstaats vereinbarten Bedingungen verkauft oder anderweitig veräußert werden. Der Gerichtshof genießt ferner Befreiung von allen Zöllen, Einfuhrumsatzsteuern sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich seiner Veröffentlichungen.

Article 10**Reimbursement
of duties and/or taxes**

1. The Tribunal shall not, as a general rule, claim exemption from duties and taxes which are included in the price of movable and immovable property and taxes paid for services rendered. Nevertheless, when the Tribunal for its official use makes major purchases of property and goods or services on which duties and taxes are charged or are chargeable, States Parties shall make appropriate administrative arrangements for the exemption of such charges or reimbursement of the amount of duty and/or tax paid.

2. Goods purchased under such an exemption or reimbursement shall not be sold or otherwise disposed of, except in accordance with the conditions laid down by the State Party which granted the exemption or reimbursement. No exemption or reimbursement shall be accorded in respect of charges for public utility services provided to the Tribunal.

Article 10**Remboursement
des droits et/ou taxes**

1. Le Tribunal ne revendique pas, en principe, l'exonération des droits et taxes entrant dans le prix des biens mobiliers ou immobiliers et des taxes perçues pour services fournis. Cependant, quand il effectue pour son usage officiel des achats importants de biens et d'articles ou de services dont le prix comprend des droits et taxes de cette nature, les États Parties prendront les dispositions administratives appropriées en vue de l'exonérer de ces droits et taxes ou lui rembourser le montant des droits et/ou taxes acquittés.

2. Les articles ainsi achetés en franchise ou faisant l'objet de remboursement ne sont pas vendus ou autrement aliénés, si ce n'est aux conditions énoncées par l'État Partie qui a accordé l'exonération ou le remboursement. Il n'est accordé aucune exonération ni aucun remboursement à raison de la rémunération de services d'utilité publique fournis au Tribunal.

Artikel 10**Erstattung von Steuern
und/oder sonstigen Abgaben**

(1) Der Gerichtshof beansprucht grundsätzlich keine Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben, die im Preis von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen enthalten sind, oder von Steuern, die auf Dienstleistungen erhoben werden. Erwirbt der Gerichtshof für seinen amtlichen Bedarf jedoch Vermögen oder Waren von beträchtlichem Wert oder nimmt er Dienstleistungen von beträchtlichem Wert in Anspruch und enthält der Preis dieser Waren oder Dienstleistungen Steuern oder sonstige Abgaben, so treffen die Vertragsstaaten geeignete Verwaltungsanordnungen für die Befreiung von diesen oder für die Erstattung des Betrags der bereits entrichteten Steuern und/oder sonstigen Abgaben.

(2) Waren, die unter Inanspruchnahme einer solchen Befreiung oder Erstattung gekauft wurden, dürfen nur zu den von demjenigen Vertragsstaat festgelegten Bedingungen verkauft oder anderweitig veräußert werden, der die Befreiung oder Erstattung gewährt hat. Hinsichtlich der Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste, die dem Gerichtshof gegenüber erbracht worden sind, wird keine Befreiung oder Erstattung gewährt.

Article 11**Taxation**

1. The salaries, emoluments and allowances paid to Members and officials of the Tribunal shall be exempt from taxation.

2. Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which such Members or officials are present in a State for the discharge of their functions shall not be considered as periods of residence if such Members or officials are accorded diplomatic privileges, immunities and facilities.

3. States Parties shall not be obliged to exempt from income tax pensions or annuities paid to former Members and former officials of the Tribunal.

Article 11**Régime fiscal**

1. Les traitements, émoluments et indemnités versés aux membres et aux fonctionnaires du Tribunal sont exemptés de tout impôt.

2. Dans le cas où l'incidence d'un impôt quelconque est subordonnée à la résidence de l'assujéti, les périodes pendant lesquelles les membres ou fonctionnaires du Tribunal se trouvent sur le territoire d'un État pour l'exercice de leurs fonctions ne sont pas considérées comme des périodes de résidence, si les membres ou fonctionnaires jouissent de privilèges, immunités et facilités diplomatiques.

3. Les Parties au présent Accord ne sont pas tenues d'exempter de l'impôt sur le revenu les pensions ou rentes versées aux anciens membres et aux anciens fonctionnaires du Tribunal.

Artikel 11**Besteuerung**

(1) Gehälter, Bezüge und Zulagen der Mitglieder und Bediensteten des Gerichtshofs sind von der Besteuerung befreit.

(2) Hängt die Erhebung einer Steuer vom Aufenthalt des Steuerpflichtigen ab, so gelten die Zeiten, während derer sich die Mitglieder oder Bediensteten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet eines Staates aufhalten, nicht als Aufenthaltszeiten, wenn diese Mitglieder oder Bediensteten diplomatische Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen genießen.

(3) Die Vertragsstaaten sind nicht verpflichtet, die an frühere Mitglieder und frühere Bedienstete des Gerichtshofs gezahlten Pensionen und Renten von der Einkommensteuer zu befreien.

Article 12**Funds and freedom from currency restrictions**

1. Without being restricted by financial controls, regulations or financial moratoriums of any kind, while carrying out its activities:

- (a) the Tribunal may hold funds, currency of any kind or gold and operate accounts in any currency;
- (b) the Tribunal shall be free to transfer its funds, gold or its currency from one country to another or within any country and to convert any currency held by it into any other currency;
- (c) the Tribunal may receive, hold, negotiate, transfer, convert or otherwise deal with bonds and other financial securities.

2. In exercising its rights under paragraph 1, the Tribunal shall pay due regard to any representations made by any State Party insofar as it is considered that effect can be given to such representations without detriment to the interests of the Tribunal.

Article 12**Levée de toutes restrictions en matière de change**

1. Sans être astreint à aucun contrôle, réglementation ou moratoire financiers, et dans l'exercice de ses activités:

- a) Le Tribunal peut détenir des fonds, des devises quelconques ou de l'or et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie;
- b) Le Tribunal peut transférer librement ses fonds, son or ou ses devises d'un pays dans un autre ou à l'intérieur d'un pays quelconque et convertir toutes devises détenues par lui en toute autre monnaie;
- c) Le Tribunal peut recevoir, détenir, négocier, transférer ou convertir les cautions et autres garanties financières et procéder à cet égard à toutes autres opérations.

2. Dans l'exercice des droits qui lui sont reconnus au paragraphe 1 ci-dessus, le Tribunal tiendra compte de toutes représentations de tout État Partie, dans la mesure où il estimera pouvoir y donner suite sans porter préjudice à ses propres intérêts.

Artikel 12**Gelder und Freiheit von Währungsbeschränkungen**

(1) Ohne irgendwelchen finanziellen Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltungsmaßnahmen unterworfen zu sein, kann der Gerichtshof in Wahrnehmung seiner Aufgaben

- a) Gelder, Devisen jeder Art oder Gold besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten;
- b) seine Gelder, sein Gold oder seine Devisen von einem Staat in einen anderen Staat oder innerhalb eines Staates frei transferieren sowie alle in seinem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umwechseln;
- c) festverzinsliche und andere Wertpapiere entgegennehmen, besitzen, übertragen, transferieren, umwandeln oder anderweitig mit ihnen verfahren.

(2) Bei der Ausübung der ihm in Absatz 1 gewährten Rechte berücksichtigt der Gerichtshof alle Vorstellungen eines Vertragsstaats, soweit er dies nach seinem Dafürhalten tun kann, ohne seine eigenen Interessen zu schädigen.

Article 13**Members of the Tribunal**

1. Members of the Tribunal shall, when engaged on the business of the Tribunal, enjoy the privileges, immunities, facilities and prerogatives accorded to heads of diplomatic missions in accordance with the Vienna Convention.

2. Members of the Tribunal and members of their families forming part of their households shall be accorded every facility for leaving the country where they may

Article 13**Membres du Tribunal**

1. Dans l'exercice de leurs fonctions, les membres du Tribunal jouissent des privilèges, immunités, facilités et prérogatives accordés aux chefs de mission diplomatique en vertu de la Convention de Vienne.

2. Les membres du Tribunal et les membres de leur famille vivant à leur foyer auront toutes facilités pour quitter le pays où ils se trouvent, ainsi que pour accéder

Artikel 13**Mitglieder des Gerichtshofs**

(1) Mitglieder des Gerichtshofs genießen bei der Ausübung ihres Amtes die Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile, die nach dem Wiener Übereinkommen den Chefs diplomatischer Missionen gewährt werden.

(2) Mitglieder des Gerichtshofs und die zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder genießen jede Erleichterung beim Verlassen des jeweiligen Aufenthalts-

happen to be and for entering and leaving the country where the Tribunal is sitting. On journeys in connection with the exercise of their functions, they shall in all countries through which they may have to pass enjoy all the privileges, immunities and facilities granted by these countries to diplomatic agents in similar circumstances.

3. If Members of the Tribunal, for the purpose of holding themselves at the disposal of the Tribunal, reside in any country other than that of which they are nationals or permanent residents, they shall, together with the members of their families forming part of their households, be accorded diplomatic privileges, immunities and facilities during the period of their residence there.

4. Members of the Tribunal shall be accorded, together with members of their families forming part of their households, the same repatriation facilities in time of international crises as are accorded to diplomatic agents under the Vienna Convention.

5. Members of the Tribunal shall have insurance coverage against third-party risks in respect of vehicles owned or operated by them, as required by the laws and regulations of the State in which the vehicle is operated.

6. Paragraphs 1 to 5 of this article shall apply to Members of the Tribunal even after they have been replaced if they continue to exercise their functions in accordance with article 5, paragraph 3, of the Statute.

7. In order to secure, for Members of the Tribunal, complete freedom of speech and independence in the discharge of their functions, the immunity from legal process in respect of words spoken or written and all acts done by them in discharging their functions shall continue to be accorded, notwithstanding that the persons concerned are no longer Members of the Tribunal or performing those functions.

Article 14 Officials

1. The Registrar shall, when engaged on the business of the Tribunal, be accorded diplomatic privileges, immunities and facilities.

2. Other officials of the Tribunal shall enjoy in any country where they may be on the business of the Tribunal, or in any country through which they may pass on such business, such privileges, immunities and facilities as are necessary for the independent exercise of their functions. In particular, they shall be accorded:

au pays où siège le Tribunal et en sortir. Au cours des déplacements liés à l'exercice de leurs fonctions, ils jouissent, dans tous les pays qu'ils doivent traverser, de tous les privilèges, immunités et facilités accordés par ces pays aux agents diplomatiques en pareille circonstance.

3. Si, afin de se tenir à la disposition du Tribunal, les membres du Tribunal, leurs conjoints et les membres de leur famille et les autres personnes vivant à leur foyer résident dans tout pays autre que celui dont ils sont ressortissants ou résidents permanents, ils jouissent des privilèges, immunités et facilités diplomatiques pendant la période durant laquelle ils y résident.

4. Les membres du Tribunal jouissent, pour eux-mêmes et les membres de leur famille vivant à leur foyer, des mêmes facilités de rapatriement en période de crise internationale que celles accordées aux agents diplomatiques en vertu de la Convention de Vienne.

5. Les membres du Tribunal souscrivent une assurance au tiers pour les véhicules dont ils sont propriétaires ou qu'ils utilisent, comme l'exigent les lois et règlements de l'État dans lequel lesdits véhicules sont utilisés.

6. Les paragraphes 1 à 5 du présent article restent applicables aux membres du Tribunal après leur remplacement s'ils continuent d'exercer leurs fonctions conformément au paragraphe 3 de l'article 5 du Statut.

7. En vue d'assurer aux membres du Tribunal une complète liberté de parole et une complète indépendance dans l'exercice de leurs fonctions, l'immunité de toute forme de poursuites pour les paroles, les écrits et tous les actes découlant de l'accomplissement de leurs fonctions continue à leur être accordée même lorsqu'ils ne sont plus membres du Tribunal ou qu'ils ont cessé d'exercer leurs fonctions.

Article 14 Fonctionnaires

1. Dans l'exercice de ses fonctions, le Greffier jouit des privilèges, immunités et facilités diplomatiques.

2. Les autres fonctionnaires du Tribunal jouissent dans les pays où ils séjournent pour les besoins de leur service, ou dans ceux qu'ils traversent pour ce même motif, des privilèges, immunités et facilités qu'exige l'exercice indépendant de leurs fonctions, en particulier:

landes sowie jede Ein- und Ausreiseerleichterung in Bezug auf das Land, in dem der Gerichtshof tagt. Reisen sie im Zusammenhang mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, so genießen sie in allen Durchreiseländern alle Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen, die diese Länder unter ähnlichen Umständen einem Diplomaten gewähren.

(3) Halten sich Mitglieder des Gerichtshofs, um dem Gerichtshof zur Verfügung zu stehen, in einem anderen als dem Land auf, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen oder in dem sie ihren ständigen Aufenthalt haben, so genießen sie und die zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder, während sie sich dort aufhalten, diplomatische Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen.

(4) Mitglieder des Gerichtshofs und die zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder genießen in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung, die Diplomaten nach dem Wiener Übereinkommen gewährt werden.

(5) Mitglieder des Gerichtshofs schließen für Fahrzeuge, die sich in ihrem Eigentum befinden oder von ihnen benutzt werden, die Haftpflichtversicherungen ab, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Staates, in dem diese Fahrzeuge benutzt werden, erforderlich sind.

(6) Die Absätze 1 bis 5 dieses Artikels finden für Mitglieder des Gerichtshofs auch dann Anwendung, wenn sie ersetzt sind, ihre Aufgaben aber nach Artikel 5 Absatz 3 des Statuts weiterhin wahrnehmen.

(7) Um den Mitgliedern des Gerichtshofs volle Freiheit des Wortes und völlige Unabhängigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu gewährleisten, wird ihnen die Immunität von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf ihre in Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen auch dann noch gewährt, wenn sie nicht mehr Mitglieder des Gerichtshofs sind oder nicht mehr solche Aufgaben wahrnehmen.

Artikel 14 Bedienstete

(1) Der Kanzler genießt bei der Ausübung seines Amtes diplomatische Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen.

(2) Andere Bedienstete des Gerichtshofs genießen in jedem Land, in dem sie sich in Angelegenheiten des Gerichtshofs aufhalten oder durch das sie in Angelegenheiten des Gerichtshofs reisen, die zur unabhängigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen. Insbesondere genießen sie

- | | | |
|---|---|---|
| <p>(a) immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage;</p> <p>(b) the right to import free of duty their furniture and effects at the time of first taking up their post in the country in question and to re-export the same free of duty to their country of permanent residence;</p> <p>(c) exemption from inspection of personal baggage, unless there are serious grounds for believing that the baggage contains articles not for personal use or articles the import or export of which is prohibited by the law or controlled by the quarantine regulations of the State Party concerned; an inspection in such a case shall be conducted in the presence of the official concerned;</p> <p>(d) immunity from legal process in respect of words spoken or written and all acts done by them in discharging their functions, which immunity shall continue even after they have ceased to exercise their functions;</p> <p>(e) immunity from national service obligations;</p> <p>(f) together with members of their families forming part of their household, exemption from immigration restrictions or alien registration;</p> <p>(g) the same privileges in respect of currency and exchange facilities as are accorded to the officials of comparable rank forming part of diplomatic missions to the Government concerned;</p> <p>(h) together with members of their families forming part of their household, the same repatriation facilities in time of international crisis as are accorded to diplomatic agents under the Vienna Convention.</p> | <p>a) De l'immunité d'arrestation ou de détention et de saisie de leurs effets personnels;</p> <p>b) Du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonctions dans le pays concerné, et de les réexporter en franchise dans le pays de leur domicile;</p> <p>c) De l'exemption de toute inspection de leurs effets personnels à moins qu'il n'existe de sérieuses raisons de croire que les effets contiennent des articles qui ne sont pas destinés à leur usage personnel ou des articles dont l'importation ou l'exportation est prohibée par la loi ou relève de la réglementation de l'État Partie concerné en matière de quarantaine. Dans ce cas, il est procédé à l'inspection en présence du fonctionnaire concerné;</p> <p>d) De l'immunité de toute forme de poursuites à raison de leurs paroles, de leurs écrits et de tous les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions. Cette immunité continue à leur être accordée même après qu'ils ont cessé d'exercer leurs fonctions;</p> <p>e) De l'exemption de toute obligation relative au service national;</p> <p>f) Pour eux-mêmes et les membres de leur famille vivant à leur foyer, de l'exemption des mesures restrictives relatives à l'immigration et des formalités relatives à l'enregistrement des étrangers;</p> <p>g) Des mêmes privilèges et facilités de change que ceux accordés aux fonctionnaires d'un rang comparable appartenant aux missions diplomatiques accréditées auprès du gouvernement concerné;</p> <p>h) Pour eux-mêmes et les membres de leur famille vivant à leur foyer, des mêmes facilités de rapatriement que celles qui sont accordées en période de crise internationale aux agents diplomatiques en vertu de la Convention de Vienne.</p> | <p>a) Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;</p> <p>b) das Recht, ihre Möbel und ihre persönliche Habe bei ihrem ersten Amtsantritt in dem betreffenden Land zollfrei einzuführen und diese in das Land, in dem sie ihren ständigen Aufenthalt haben, zollfrei auszuführen;</p> <p>c) Befreiung von der Kontrolle des persönlichen Gepäcks, sofern nicht triftige Gründe für die Annahme vorliegen, dass es Gegenstände enthält, die nicht für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind oder deren Ein- oder Ausfuhr nach dem Recht des betreffenden Vertragsstaats verboten oder durch Quarantänevorschriften geregelt ist; in solchen Fällen findet die Kontrolle in Anwesenheit des betreffenden Bediensteten statt;</p> <p>d) Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität bleibt auch dann bestehen, wenn sie ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen;</p> <p>e) Immunität von jeder nationalen Dienstleistung;</p> <p>f) zusammen mit den zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitgliedern Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und der Ausländermeldepflicht;</p> <p>g) bei den Erleichterungen in Bezug auf Währungs- und Devisenangelegenheiten dieselben Vorrechte wie Bedienstete vergleichbaren Ranges, die den bei der betreffenden Regierung beglaubigten diplomatischen Missionen angehören;</p> <p>h) zusammen mit den zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitgliedern in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich der Heim-schaffung, die Diplomaten nach dem Wiener Übereinkommen gewährt werden.</p> |
|---|---|---|

3. The officials of the Tribunal shall be required to have insurance coverage against third-party risks in respect of vehicles owned or operated by them, as required by the laws and regulations of the State in which the vehicle is operated.

3. Les fonctionnaires du Tribunal sont tenus de souscrire une assurance au tiers pour les véhicules dont ils sont propriétaires ou qu'ils utilisent, comme l'exigent les lois et règlements de l'État dans lequel lesdits véhicules sont utilisés.

(3) Die Bediensteten des Gerichtshofs haben für Fahrzeuge, die sich in ihrem Eigentum befinden oder von ihnen benutzt werden, die Haftpflichtversicherungen abzuschließen, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Staates, in dem diese Fahrzeuge benutzt werden, erforderlich sind.

4. The Tribunal shall communicate to all States Parties the categories of officials to which the provisions of this article shall apply. The names of the officials included in these categories shall from time to time be communicated to all States Parties.

4. Le Tribunal informe tous les États Parties des catégories de fonctionnaires auxquelles s'appliquent les dispositions du présent article. Les noms des fonctionnaires compris dans ces catégories leur sont communiqués périodiquement.

(4) Der Gerichtshof teilt allen Vertragsstaaten die Gruppen von Bediensteten mit, auf die dieser Artikel Anwendung findet. Die Namen der zu diesen Gruppen gehörenden Bediensteten sind in kurzen Zeitabständen allen Vertragsstaaten mitzuteilen.

Article 15**Experts appointed
under article 289 of the Convention**

Experts appointed under article 289 of the Convention shall be accorded, during the period of their missions, including the time spent on journeys in connection with their missions, such privileges, immunities and facilities as are necessary for the independent exercise of their functions. In particular, they shall be accorded:

- (a) immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage;
- (b) exemption from inspection of personal baggage, unless there are serious grounds for believing that the baggage contains articles not for personal use or articles the import or export of which is prohibited by law or controlled by the quarantine regulations of the State Party concerned; an inspection in such a case shall be conducted in the presence of the expert concerned;
- (c) immunity from legal process in respect of words spoken or written and acts done by them in discharging their functions, which immunity shall continue even after they have ceased to exercise their functions;
- (d) inviolability of documents and papers;
- (e) exemption from immigration restrictions or alien registration;
- (f) the same facilities in respect of currency and exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign Governments on temporary official missions;
- (g) such experts shall be accorded the same repatriation facilities in time of international crisis as are accorded to diplomatic agents under the Vienna Convention.

Article 16**Agents,
counsel and advocates**

1. Agents, counsel and advocates before the Tribunal shall be accorded, during the period of their missions, including the time spent on journeys in connection with their missions, the privileges, immunities and facilities necessary for the independent exercise of their functions. In particular, they shall be accorded:

Article 15**Experts désignés conformément
à l'article 289 de la Convention**

Les experts désignés conformément à l'article 289 de la Convention jouissent, pendant la durée de leur mission, y compris le temps du voyage, des privilèges, immunités et facilités nécessaires pour garantir leur indépendance dans l'exercice de leurs fonctions, en particulier:

- a) De l'immunité d'arrestation ou de détention et de saisie de leurs effets personnels;
- b) De l'exemption de toute inspection de leurs effets personnels, à moins qu'il n'existe de sérieuses raisons de croire que les effets contiennent des articles qui ne sont pas destinés à leur usage personnel ou des articles dont l'importation ou l'exportation est prohibée par la loi ou relève de la réglementation de l'État Partie concerné en matière de quarantaine. Dans ce cas, il est procédé à l'inspection en présence de l'expert concerné;
- c) De l'immunité de toute forme de poursuites à raison de leurs paroles, ou leurs écrits et des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions. Cette immunité continue à leur être accordée même après qu'ils ont cessé d'exercer leurs fonctions;
- d) Inviolabilité de tous documents et papiers;
- e) De l'exemption des mesures restrictives relatives à l'immigration et des formalités relatives à l'enregistrement des étrangers;
- f) Des mêmes facilités, en ce qui concerne les restrictions monétaires et de change, que celles accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;
- g) Des mêmes facilités de rapatriement en période de crise internationale que celles accordées aux agents diplomatiques en vertu de la Convention de Vienne.

Article 16**Agents, conseils et avocats**

1. Les agents, conseils et avocats auprès du Tribunal jouissent, pendant la durée de leur mission, y compris lors des voyages effectués dans le cadre de missions, des privilèges, immunités et facilités qu'exige l'exercice indépendant de leurs fonctions, en particulier:

Artikel 15**Nach Artikel 289
des Seerechtsübereinkommens
ernannte Sachverständige**

Nach Artikel 289 des Seerechtsübereinkommens ernannte Sachverständige genießen während der Dauer ihrer Aufträge und der im Zusammenhang mit diesen Aufträgen stehenden Reisen die zur unabhängigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen. Insbesondere genießen sie

- a) Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;
- b) Befreiung von der Kontrolle des persönlichen Gepäcks, sofern nicht triftige Gründe für die Annahme vorliegen, dass es Gegenstände enthält, die nicht für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind oder deren Ein- oder Ausfuhr nach dem Recht des betreffenden Vertragsstaats verboten oder durch Quarantänevorschriften geregelt ist; in solchen Fällen findet die Kontrolle in Anwesenheit des betreffenden Sachverständigen statt;
- c) Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität bleibt auch dann bestehen, wenn sie ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen;
- d) Unverletzlichkeit von Schriftstücken und Papieren;
- e) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und der Ausländermeldepflicht;
- f) in Bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen dieselben Erleichterungen wie Vertreter ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichem Auftrag;
- g) in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung, die Diplomaten nach dem Wiener Übereinkommen gewährt werden.

Artikel 16**Bevollmächtigte,
Rechtsbeistände und Anwälte**

(1) Vor dem Gerichtshof auftretende Bevollmächtigte, Rechtsbeistände und Anwälte genießen während der Dauer ihrer Aufträge einschließlich der im Zusammenhang mit diesen Aufträgen stehenden Reisen die zur unabhängigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen. Insbesondere genießen sie

- | | | |
|--|---|--|
| <p>(a) immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage;</p> | <p>a) De l'immunité d'arrestation ou de détention et de saisie de leurs effets personnels;</p> | <p>a) Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;</p> |
| <p>(b) exemption from inspection of personal baggage, unless there are serious grounds for believing that the baggage contains articles not for personal use or articles the import or export of which is prohibited by law or controlled by the quarantine regulations of the State Party concerned; an inspection in such a case shall be conducted in the presence of the agent, counsel or advocate concerned;</p> | <p>b) De l'exemption de toute inspection de leurs effets personnels, à moins qu'il n'existe de sérieuses raisons de croire que les effets contiennent des articles qui ne sont pas destinés à leur usage personnel ou des articles dont l'importation ou l'exportation est prohibée par la loi ou relève de la réglementation de l'État Partie concerné en matière de quarantaine. Dans ce cas, il est procédé à l'inspection en présence de l'agent, du conseil ou de l'avocat concerné;</p> | <p>b) Befreiung von der Kontrolle des persönlichen Gepäcks, sofern nicht triftige Gründe für die Annahme vorliegen, dass es Gegenstände enthält, die nicht für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind oder deren Ein- oder Ausfuhr nach dem Recht des betreffenden Vertragsstaats verboten und durch Quarantänevorschriften geregelt ist; in solchen Fällen findet die Kontrolle in Anwesenheit der betreffenden Bevollmächtigten, Rechtsbeistände und Anwälte statt;</p> |
| <p>(c) immunity from legal process in respect of words spoken or written and all acts done by them in discharging their functions, which immunity shall continue even after they have ceased to exercise their functions;</p> | <p>c) De l'immunité de toute forme de poursuites à raison de leurs paroles, leurs écrits et de tous les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions de représentants des parties devant le Tribunal, immunité qui subsiste après que les intéressés ont cessé d'exercer leurs fonctions;</p> | <p>c) Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität bleibt auch dann bestehen, wenn sie ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen;</p> |
| <p>(d) inviolability of documents and papers;</p> | <p>d) De l'inviolabilité de tous documents et papiers;</p> | <p>d) Unverletzlichkeit von Schriftstücken und Papieren;</p> |
| <p>(e) the right to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;</p> | <p>e) Du droit de recevoir des papiers ou de la correspondance par courrier ou par valises scellées;</p> | <p>e) das Recht, Papiere oder Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;</p> |
| <p>(f) exemption from immigration restrictions or alien registration;</p> | <p>f) De l'exemption de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration et de toutes formalités d'enregistrement des étrangers;</p> | <p>f) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und der Ausländermeldepflicht;</p> |
| <p>(g) the same facilities in respect of their personal baggage and in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign Governments on temporary official missions;</p> | <p>g) Des mêmes facilités concernant leurs effets personnels et leurs transactions monétaires ou de change que celles qui sont accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;</p> | <p>g) in Bezug auf ihr persönliches Gepäck und auf Währungs- und Devisenbeschränkungen dieselben Erleichterungen wie Vertreter ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichem Auftrag;</p> |
| <p>(h) the same repatriation facilities in time of international crises as are accorded to diplomatic agents under the Vienna Convention.</p> | <p>h) Des mêmes facilités de rapatriement en période de crise internationale que celles accordées aux agents diplomatiques en vertu de la Convention de Vienne.</p> | <p>h) in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung, die Diplomaten nach dem Wiener Übereinkommen gewährt werden.</p> |

2. Upon receipt of notification from parties to proceedings before the Tribunal as to the appointment of an agent, counsel or advocate, a certification of the status of such representative shall be provided under the signature of the Registrar and limited to a period reasonably required for the proceedings.

2. Une fois que les parties à la procédure devant le Tribunal lui ont notifié la désignation d'un agent, conseil ou avocat, le Greffier signe un certificat attestant le statut du représentant, lequel est valable pour une période raisonnable requise par la procédure.

(2) Geht von Seiten der vor dem Gerichtshof auftretenden Prozessparteien eine Mitteilung bezüglich der Ernennung eines Bevollmächtigten, Rechtsbeistands oder Anwalts ein, so unterzeichnet der Kanzler eine Bescheinigung über die Rechtsstellung dieses Vertreters, deren Gültigkeit auf einen dem Verfahren angemessenen Zeitraum befristet ist.

3. The competent authorities of the State concerned shall accord the privileges, immunities and facilities provided for in this article upon production of the certification referred to in paragraph 2.

3. Les autorités compétentes de l'État concerné accordent les privilèges, immunités, facilités et prérogatives aux agents, conseils et avocats visés au présent article, au vu du certificat mentionné au paragraphe 2.

(3) Die zuständigen Behörden des betreffenden Staates gewähren die in diesem Artikel vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen bei Vorlage der in Absatz 2 genannten Bescheinigung.

4. Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which such agents, counsel or advocates are present in a State for the discharge of their functions shall not be considered as periods of residence.

4. Dans le cas où l'incidence d'un impôt quelconque est subordonnée à la résidence de l'assujetti, les périodes pendant lesquelles les agents conseils ou avocats se trouvent sur le territoire d'un État pour l'exercice de leurs fonctions ne sont pas considérées comme des périodes de résidence.

(4) Hängt die Erhebung einer Steuer vom Aufenthalt des Steuerpflichtigen ab, so gelten die Zeiten, während derer sich die Bevollmächtigten, Rechtsbeistände und Anwälte zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet eines Staates aufhalten, nicht als Aufenthaltszeiten.

Article 17**Witnesses, experts and persons performing missions**

1. Witnesses, experts and persons performing missions by order of the Tribunal shall be accorded, during the period of their missions, including the time spent on journeys in connection with their missions, the privileges, immunities and facilities provided for in article 15, subparagraphs (a) to (f).

2. Witnesses, experts and such persons shall be accorded repatriation facilities in time of international crises.

Article 18**Nationals and permanent residents**

Except insofar as additional privileges and immunities may be granted by the State Party concerned, and without prejudice to article 11, a person enjoying immunities and privileges under this Agreement shall, in the territory of the State Party of which he or she is a national or permanent resident, enjoy only immunity from legal process and inviolability in respect of words spoken or written and all acts done by that person in the discharge of his or her duties, which immunity shall continue even after the person has ceased to exercise his or her functions in connection with the Tribunal.

Article 19**Respect for laws and regulations**

1. Privileges, immunities, facilities and prerogatives as provided for in articles 13 to 17 of this Agreement are granted not for the personal benefit of the individuals themselves but in order to safeguard the independent exercise of their functions in connection with the Tribunal.

2. Without prejudice to their privileges and immunities, it is the duty of all persons referred to in articles 13 to 17 to respect the laws and regulations of the State Party in whose territory they may be on the business of the Tribunal or through whose territory they may pass on such business. They also have a duty not to interfere in the internal affairs of that State.

Article 20**Waiver**

1. Inasmuch as the privileges and immunities provided for in this Agreement

Article 17**Témoins, experts et personnes accomplissant des missions**

1. Les témoins, experts et personnes qui accomplissent des missions sur l'ordre du Tribunal jouissent, pendant la durée de leur mission, y compris lors des voyages effectués dans le cadre de missions, des privilèges, immunités et facilités prévus aux alinéas a) à f) de l'article 15.

2. Les témoins, experts et personnes accomplissant des missions bénéficient de facilités de rapatriement en période de crise internationale.

Article 18**Nationaux et résidents permanents**

Sous réserve des privilèges et immunités supplémentaires pouvant être accordés par l'État Partie concerné, et sans préjudice de l'article 11, toute personne bénéficiant de privilèges et immunités en vertu du présent Accord ne jouit, sur le territoire de l'État Partie dont elle a la nationalité ou dans lequel elle a le statut de résident permanent, que de l'immunité de toute forme de poursuites et de l'inviolabilité à raison de ses paroles, de ses écrits et de tous les actes accomplis par elle dans l'exercice de ses fonctions. Cette immunité continue à lui être accordée même après qu'elle a cessé d'exercer des fonctions au Tribunal.

Article 19**Respect des lois et règlements**

1. Les privilèges, immunités, facilités et prérogatives prévus aux articles 13 à 17 du présent Accord sont accordés aux personnes concernées, non à leur avantage personnel mais afin de garantir leur indépendance dans l'exercice des fonctions qu'elles remplissent auprès du Tribunal.

2. Sans préjudice de leurs privilèges et immunités, toutes les personnes visées aux articles 13 à 17 sont tenues de respecter les lois et règlements de l'État Partie où elles séjournent pour les besoins de leur service, ou de ceux qu'elles traversent pour ce même motif. Elles sont tenues également de ne pas s'immiscer dans les affaires intérieures de cet État.

Article 20**Levée de l'immunité**

1. Dans la mesure où les privilèges et immunités prévus dans le présent Accord

Artikel 17**Zeugen, Sachverständige und Personen, die Aufträge durchführen**

(1) Zeugen, Sachverständige und Personen, die aufgrund einer Verfügung des Gerichtshofs Aufträge durchführen, genießen während der Dauer ihrer Aufträge einschließlich der im Zusammenhang mit diesen Aufträgen stehenden Reisen die in Artikel 15 Buchstaben a bis f vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen.

(2) Zeugen, Sachverständige und Personen, die Aufträge durchführen, genießen in Zeiten internationaler Krisen Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung.

Artikel 18**Staatsangehörige und Personen mit ständigem Aufenthalt**

Vorbehaltlich der zusätzlichen Vorrechte und Immunitäten, die der betreffende Vertragsstaat gegebenenfalls gewährt, und unbeschadet des Artikels 11 genießt eine Person, der nach diesem Übereinkommen Vorrechte und Immunitäten gewährt werden, im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie ihren ständigen Aufenthalt hat, lediglich Immunität von der Gerichtsbarkeit und Unverletzlichkeit hinsichtlich aller von ihr in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität bleibt auch dann bestehen, wenn sie ihre mit dem Gerichtshof zusammenhängenden Aufgaben nicht mehr wahrnimmt.

Artikel 19**Einhaltung der Gesetze und sonstigen Vorschriften**

(1) Die in den Artikeln 13 bis 17 dieses Übereinkommens vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile werden den betreffenden Personen nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern um die unabhängige Wahrnehmung ihrer mit dem Gerichtshof zusammenhängenden Aufgaben sicherzustellen.

(2) Alle in den Artikeln 13 bis 17 genannten Personen sind unbeschadet ihrer Vorrechte und Immunitäten verpflichtet, die Gesetze und sonstigen Vorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie sich in Angelegenheiten des Gerichtshofs aufhalten oder durch dessen Hoheitsgebiet sie in diesen Angelegenheiten reisen, zu beachten. Sie sind ferner verpflichtet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten dieses Staates einzumischen.

Artikel 20**Aufhebung**

(1) In Anbetracht der Tatsache, dass die in diesem Übereinkommen vorgesehenen

are granted in the interests of the good administration of justice and not for the personal benefit of the individuals themselves, the competent authority has the right and the duty to waive the immunity in any case where, in its opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the administration of justice.

2. For this purpose, the competent authority in the case of agents, counsel and advocates representing or designated by a State which is a party to proceedings before the Tribunal will be the State concerned. In the case of other agents, counsel and advocates, the Registrar, experts appointed under article 289 of the Convention and witnesses, experts and persons performing missions, the competent authority will be the Tribunal. In the case of other officials of the Tribunal, the competent authority will be the Registrar, acting with the approval of the President of the Tribunal.

sont accordés aux personnes concernées, non à leur avantage personnel mais dans l'intérêt de la bonne administration de la justice, l'autorité compétente a le droit et le devoir de lever l'immunité de la personne mise en cause dans toute affaire où, de l'avis de l'État Partie, cette immunité empêcherait que justice soit faite et s'il estime que l'immunité peut être levée sans porter préjudice à la bonne administration de la justice.

2. À cette fin, l'autorité compétente en ce qui concerne les agents, conseils et avocats représentant un État Partie à la procédure devant le Tribunal ou nommé par un tel État est l'État concerné. En ce qui concerne les autres agents, conseils et avocats, le Greffier, les experts désignés conformément à l'article 289 de la Convention et les témoins, experts et personnes accomplissant des missions, le Tribunal est l'autorité compétente. Dans le cas des autres fonctionnaires du Tribunal, l'autorité compétente est le Greffier, agissant avec l'accord du Président du Tribunal.

Vorrechte und Immunitäten im Interesse einer geordneten Rechtspflege und nicht zum persönlichen Vorteil der betreffenden Personen gewährt werden, ist die zuständige Behörde berechtigt und verpflichtet, die Immunität in allen Fällen aufzuheben, in denen nach ihrer Auffassung die Immunität verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen die Immunität ohne Beeinträchtigung der Rechtspflege aufgehoben werden kann.

(2) Zu diesem Zweck ist für Bevollmächtigte, Rechtsbeistände und Anwälte, die einen Staat vertreten oder die von einem Staat bestimmt werden, der Prozesspartei vor dem Gerichtshof ist, der betreffende Staat die zuständige Behörde. Für andere Bevollmächtigte, Rechtsbeistände und Anwälte sowie für den Kanzler, für die nach Artikel 289 des Seerechtsübereinkommens ernannten Sachverständigen, für Zeugen, Sachverständige und Personen, die Aufträge durchführen, ist der Gerichtshof die zuständige Behörde. Für andere Bedienstete des Gerichtshofs ist die zuständige Behörde der Kanzler, der mit Genehmigung des Präsidenten des Gerichtshofs handelt.

Article 21

Laissez-passer and visas

1. The States Parties shall recognize and accept the United Nations laissez-passer issued to Members and officials of the Tribunal or experts appointed under article 289 of the Convention as a valid travel document.

2. Applications for visas (where required) from the Members of the Tribunal and the Registrar shall be dealt with as speedily as possible. Applications for visas from all other persons holding or entitled to hold laissez-passer referred to in paragraph 1 of this Article and from persons referred to in articles 16 and 17, when accompanied by a certificate that they are traveling on the business of the Tribunal, shall be dealt with as speedily as possible.

Article 21

Laissez-passer et visas

1. Les États Parties reconnaissent et acceptent comme titres valides de voyage les laissez-passer des Nations Unies délivrés aux membres et aux fonctionnaires du Tribunal ou aux experts nommés conformément à l'article 289 de la Convention.

2. Les demandes de visa (lorsque des visas sont nécessaires) émanant des membres du Tribunal et du Greffier doivent être examinées dans les plus brefs délais possibles. Les demandes de visa émanant de toute autre personne titulaire du laissez-passer visé au paragraphe 1 du présent article ou ayant droit à un tel laissez-passer et des personnes visées aux articles 16 et 17 doivent, lorsqu'elles sont accompagnées d'un certificat attestant que ces personnes voyagent pour le compte du Tribunal, être examinées dans les plus brefs délais possibles.

Artikel 21

Passierscheine und Visa

(1) Die für die Mitglieder und Bediensteten des Gerichtshofs sowie für die nach Artikel 289 des Seerechtsübereinkommens ernannten Sachverständigen ausgestellten Passierscheine der Vereinten Nationen werden von den Vertragsstaaten als gültige Reiseausweise anerkannt und entgegengenommen.

(2) Anträge der Mitglieder des Gerichtshofs und des Kanzlers auf Ausstellung von (etwa erforderlichen) Visa sind möglichst umgehend zu bearbeiten. Visaanträge aller anderen in Absatz 1 dieses Artikels genannten Personen, die Inhaber von Passierscheinen sind oder berechtigt sind, solche zu führen, sowie Visaanträge der in den Artikeln 16 und 17 genannten Personen sind möglichst umgehend zu bearbeiten, sofern den Anträgen eine Bescheinigung darüber beiliegt, dass diese Personen in Angelegenheiten des Gerichtshofs reisen.

Article 22

Freedom of movement

No administrative or other restrictions shall be imposed on the free movement of Members of the Tribunal, as well as other persons mentioned in articles 13 to 17, to and from the Headquarters of the Tribunal or the place where the Tribunal is sitting or otherwise exercising its functions.

Article 22

Libre déplacement

Aucune restriction d'ordre administratif ou autre n'est apportée au libre déplacement des membres du Tribunal ni des autres personnes visées aux articles 13 à 17, qui se rendent au siège du Tribunal ou en tout autre lieu où le Tribunal siège ou exerce autrement ses fonctions ou en reviennent.

Artikel 22

Freizügigkeit

Die Freizügigkeit der Mitglieder des Gerichtshofs wie auch der anderen in den Artikeln 13 bis 17 genannten Personen wird weder durch Verwaltungsmaßnahmen noch durch sonstige Maßnahmen beschränkt; dies gilt für die Anreise zum und die Abreise vom Sitz des Gerichtshofs sowie für die Anreise zu dem und die Abreise von dem Ort, an dem der Gerichtshof tagt oder seine Aufgaben anderweitig wahrnimmt.

Article 23**Maintenance of security and public order**

1. If the State Party concerned considers it necessary to take, without prejudice to the independent and proper working of the Tribunal, measures necessary for the security or for the maintenance of public order of the State Party in accordance with international law, it shall approach the Tribunal as rapidly as circumstances allow in order to determine by mutual agreement the measures necessary to protect the Tribunal.

2. The Tribunal shall cooperate with the Government of such State Party to avoid any prejudice to the security or public order of the State Party resulting from its activities.

Article 23**Maintien de la sécurité et de l'ordre public**

1. Lorsqu'un État Partie estime nécessaire de prendre, sans préjudice de l'indépendance et du bon fonctionnement du Tribunal, des mesures pour assurer la sécurité ou le maintien de l'ordre dans le pays, conformément au droit international, cet État Partie consulte le Tribunal aussi rapidement que possible afin de déterminer d'un commun accord les mesures nécessaires pour assurer la protection de celui-ci.

2. Le Tribunal coopère avec le gouvernement de l'État Partie en vue d'éviter que ses activités ne portent préjudice à la sécurité ou à l'ordre public dudit État.

Artikel 23**Aufrechterhaltung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung**

(1) Hält es der betreffende Vertragsstaat für erforderlich, unbeschadet der unabhängigen und ordnungsgemäßen Tätigkeit des Gerichtshofs Maßnahmen zu ergreifen, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht für die Sicherheit oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in dem Vertragsstaat notwendig sind, so wendet er sich schnellstmöglich an den Gerichtshof, um in gegenseitigem Einvernehmen die Maßnahmen festzulegen, die zum Schutz des Gerichtshofs erforderlich sind.

(2) Der Gerichtshof arbeitet mit der Regierung dieses Vertragsstaats zusammen, um jede aus seiner Tätigkeit erwachsende Beeinträchtigung der Sicherheit oder öffentlichen Ordnung in dem Vertragsstaat zu vermeiden.

Article 24**Cooperation with the authorities of States Parties**

The Tribunal shall cooperate at all times with the appropriate authorities of States Parties to facilitate the execution of their laws and to prevent any abuse in connection with the privileges, immunities, facilities and prerogatives referred to in this Agreement.

Article 24**Coopération avec les autorités des États Parties**

Le Tribunal collabore, à tout moment, avec les autorités compétentes des États Parties en vue de faciliter l'application de la législation de ces États et d'éviter tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges, immunités, facilités et prérogatives visés dans le présent Accord.

Artikel 24**Zusammenarbeit mit den Behörden des Vertragsstaats**

Der Gerichtshof arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten zusammen, um die Anwendung ihrer Gesetze zu erleichtern und jeden Mißbrauch zu verhindern, zu dem die in diesem Übereinkommen genannten Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile Anlass geben könnten.

Article 25**Relationship with special agreements**

Insofar as the provisions of this Agreement and the provisions of any special agreement between the Tribunal and a State Party relate to the same subject matter, the two provisions shall, whenever possible, be treated as complementary, so that both provisions shall be applicable and neither provision shall narrow the effect of the other; but in case of conflict the provision of the special agreement shall prevail.

Article 25**Rapports avec les accords spéciaux**

Lorsqu'une disposition du présent Accord et une disposition de tout accord spécial conclu entre le Tribunal et un État Partie ont trait au même sujet, les deux dispositions sont considérées, autant que possible, comme complémentaires et applicables toutes les deux, aucune d'entre elles ne limitant les effets de l'autre; mais en cas de conflit, la disposition de l'accord spécial l'emporte.

Artikel 25**Verhältnis zu Sondervereinbarungen**

Beziehen sich eine Bestimmung dieses Übereinkommens und eine Bestimmung einer Sondervereinbarung zwischen dem Gerichtshof und einem Vertragsstaat auf denselben Gegenstand, so werden sie möglichst als sich ergänzende Bestimmungen behandelt, so dass beide anwendbar sind und keine der beiden die Wirkung der jeweils anderen einschränkt; stehen sie aber zueinander im Widerspruch, so hat die Bestimmung der Sondervereinbarung Vorrang.

Article 26**Settlement of disputes**

1. The Tribunal shall make suitable provisions for the settlement of:

- (a) disputes arising out of contracts and other disputes of a private law character to which the Tribunal is a party;
- (b) disputes involving any person referred to in this Agreement who by reason of his official position enjoys immunity, if such immunity has not been waived.

2. All disputes arising out of the interpretation or application of this Agreement shall be referred to an arbitral tribunal

Article 26**Règlement des différends**

1. Le Tribunal prend des dispositions appropriées en vue du règlement:

- a) Des différends résultant de contrats et autres différends de droit privé auxquels le Tribunal est partie;
- b) Des différends mettant en cause toute personne visée dans le présent Accord qui jouit de l'immunité en raison de sa situation officielle, sauf si cette immunité a été levée.

2. Tout différend portant sur l'interprétation ou l'application du présent Accord est porté devant un tribunal arbitral, à

Artikel 26**Beilegung von Streitigkeiten**

(1) Der Gerichtshof sorgt für geeignete Verfahren zur Beilegung

- a) von Streitigkeiten aus privatrechtlichen Verträgen und von anderen privatrechtlichen Streitigkeiten, bei denen der Gerichtshof Streitpartei ist;
- b) von Streitigkeiten, an denen eine in diesem Übereinkommen genannte Person beteiligt ist, die aufgrund ihrer amtlichen Stellung Immunität genießt, sofern diese nicht aufgehoben worden ist.

(2) Alle Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens werden einem Schiedsgericht

unless the parties have agreed to another mode of settlement. If a dispute arises between the Tribunal and a State Party which is not settled by consultation, negotiation or other agreed mode of settlement within three months following a request by one of the parties to the dispute, it shall at the request of either party be referred for final decision to a panel of three arbitrators: one to be chosen by the Tribunal, one to be chosen by the State Party and the third, who shall be Chairman of the panel, to be chosen by the first two arbitrators. If either party has failed to make its appointment of an arbitrator within two months of the appointment of an arbitrator by the other party, the Secretary-General of the United Nations shall make such appointment. Should the first two arbitrators fail to agree upon the appointment of the third arbitrator within three months following the appointment of the first two arbitrators the third arbitrator shall be chosen by the Secretary-General of the United Nations upon the request of the Tribunal or the State Party.

moins que les parties ne soient convenues d'avoir recours à un autre mode de règlement. Tout différend entre le Tribunal et un État Partie qui n'est pas réglé par voie de consultation, de négociation ou par tout autre moyen convenu dans les trois mois qui suivent la demande faite à cet effet par l'une des parties au différend est porté, à la demande de l'une ou l'autre partie, devant un groupe de trois arbitres qui tranchera définitivement. L'un des arbitres est choisi par le Tribunal, un autre par l'État Partie et le troisième, qui préside, par les deux autres arbitres. Si l'une ou l'autre des parties au différend n'a pas désigné un arbitre dans les deux mois qui suivent la désignation d'un arbitre par l'autre partie, le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies procède à cette désignation. À défaut d'accord entre les deux premiers arbitres sur le choix du troisième dans les trois mois qui suivent leur désignation, ce troisième arbitre est choisi par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies à la demande du Tribunal ou de l'État Partie.

vorgelegt, sofern sich die Streitparteien nicht auf ein anderes Beilegungsverfahren geeinigt haben. Wird eine Streitigkeit zwischen dem Gerichtshof und einem Vertragsstaat nicht binnen drei Monaten nach dem Ersuchen einer der Streitparteien durch Konsultationen, Verhandlungen oder im Wege eines anderen vereinbarten Verfahrens beigelegt, so wird sie auf Ersuchen einer Streitpartei einem Gremium aus drei Schiedsrichtern zur endgültigen Entscheidung vorgelegt, von denen der erste vom Gerichtshof, der zweite von dem Vertragsstaat und der dritte, der Obmann des Gremiums ist, von den ersten beiden Schiedsrichtern ausgewählt wird. Hat eine der Parteien ihren Schiedsrichter nicht innerhalb von zwei Monaten nach Bestellung des Schiedsrichters durch die andere Partei bestellt, so wird die Bestellung vom Generalsekretär der Vereinten Nationen vorgenommen. Können sich die ersten beiden Schiedsrichter innerhalb von drei Monaten nach ihrer Bestellung nicht über die Bestellung des dritten Schiedsrichters einigen, so wird dieser auf Ersuchen des Gerichtshofs oder des Vertragsstaats vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ausgewählt.

Article 27**Signature**

This Agreement shall be open for signature by all States and shall remain open for signature at United Nations Headquarters for twenty-four months from 1 July 1997.

Article 27**Signature**

Le présent Accord est ouvert à la signature de tous les États au Siège de l'Organisation des Nations Unies pendant vingt-quatre mois à compter du 1^{er} juillet 1997.

Artikel 27**Unterzeichnung**

Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten ab dem 1. Juli 1997 am Sitz der Vereinten Nationen vierundzwanzig Monate lang zur Unterzeichnung auf.

Article 28**Ratification**

This Agreement is subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 28**Ratification**

Le présent Accord est soumis à ratification. Ses instruments de ratification sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 28**Ratifikation**

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Article 29**Accession**

This Agreement shall remain open for accession by all States. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 29**Adhésion**

Le présent Accord est ouvert à l'adhésion de tous les États. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 29**Beitritt**

Dieses Übereinkommen steht jedem Staat zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Article 30**Entry into force**

1. This Agreement shall enter into force 30 days after the date of deposit of the tenth instrument of ratification or accession.

2. For each State which ratifies this Agreement or accedes thereto after the deposit of the tenth instrument of ratification or accession, this Agreement shall enter into force on the thirtieth day following the deposit of its instrument of ratification or accession.

Article 30**Entrée en vigueur**

1. Le présent Accord entre en vigueur 30 jours après le dépôt du dixième instrument de ratification ou d'adhésion.

2. Pour chaque État qui ratifie le présent Accord ou y adhère après le dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion, l'Accord entre en vigueur le trentième jour qui suit la date de dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion.

Artikel 30**Inkrafttreten**

(1) Dieses Übereinkommen tritt 30 Tage nach dem Tag der Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde dieses Übereinkommen ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Article 31**Provisional application**

A State which intends to ratify or accede to this Agreement may at any time notify the depositary that it will apply this Agreement provisionally for a period not exceeding two years.

Article 32**Ad hoc application**

Where a dispute has been submitted to the Tribunal in accordance with the Statute, any State not a party to this Agreement which is a party to the dispute may, ad hoc for the purposes and duration of the case relating thereto, become a party to this Agreement by the deposit of an instrument of acceptance. Instruments of acceptance shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations and shall become effective on the date of deposit.

Article 33**Denunciation**

1. A State Party may, by written notification addressed to the Secretary-General of the United Nations, denounce this Agreement. The denunciation shall take effect one year after the date of receipt of the notification, unless the notification specifies a later date.

2. The denunciation shall not in any way affect the duty of any State Party to fulfil any obligation embodied in this Agreement to which it would be subject under international law independently of this Agreement.

Article 34**Depositary**

The Secretary-General of the United Nations shall be the depositary of this Agreement.

Article 35**Authentic texts**

The Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts of this Agreement are equally authentic.

In witness whereof, the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.

Opened for signature at New York, this first day of July, one thousand nine hundred and ninety-seven, in a single original, in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages.

Article 31**Application à titre provisoire**

Tout État qui a l'intention de ratifier le présent Accord ou d'y adhérer peut à tout moment notifier au dépositaire qu'il applique l'Accord à titre provisoire pour une période n'excédant pas deux ans.

Article 32**Application spéciale**

Lorsque, comme le prévoit son Statut, le Tribunal est saisi d'un différend, tout État qui sans être partie au présent Accord est partie au différend peut pour la circonstance, aux fins et pour la durée de l'espèce, devenir partie au présent Accord en déposant un instrument d'acceptation. Les instruments d'acceptation sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies et prennent effet à la date de dépôt.

Article 33**Dénonciation**

1. Un État Partie peut dénoncer l'Accord, par voie de notification écrite adressée au Secrétaire générale de l'Organisation des Nations Unies. La dénonciation prend effet un an après la date de réception de la notification, à moins qu'elle ne prévoise une date ultérieure.

2. La dénonciation n'affecte en rien le devoir de tout État Partie de remplir toute obligation énoncée dans l'Accord à laquelle il serait soumis en vertu du droit international indépendamment de celui-ci.

Article 34**Dépositaire**

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est le dépositaire du présent Accord.

Article 35**Textes faisant foi**

Les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe de l'Accord font également foi.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé l'Accord.

Ouvert à la signature à New York le 1^{er} juillet mil neuf cent quatre-vingt-dix-sept en un texte original unique en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe.

Artikel 31**Vorläufige Anwendung**

Hat ein Staat die Absicht, dieses Übereinkommen zu ratifizieren oder ihm beizutreten, so kann er dem Verwahrer jederzeit notifizieren, dass er das Übereinkommen höchstens zwei Jahre lang vorläufig anwenden wird.

Artikel 32**Ad-hoc-Anwendung**

Ist dem Gerichtshof in Übereinstimmung mit dem Statut eine Streitigkeit unterbreitet worden, so kann jeder Staat, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens, aber Streitpartei ist, ad hoc und für die Zwecke und die Dauer des diesbezüglichen Prozesses durch Hinterlegung einer Annahmeerkunde Vertragspartei des Übereinkommens werden. Annahmeerkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt und am Tag ihrer Hinterlegung wirksam.

Artikel 33**Kündigung**

(1) Ein Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch schriftliche Notifikation an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation wirksam, sofern in der Notifikation nicht ein späteres Datum vorgesehen ist.

(2) Die Kündigung berührt nicht die Pflicht jedes Vertragsstaats, alle in diesem Übereinkommen enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen, zu deren Erfüllung er unabhängig von dem Übereinkommen nach dem Völkerrecht verpflichtet wäre.

Artikel 34**Verwahrer**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Übereinkommens.

Artikel 35**Verbindliche Wortlaute**

Der arabische, chinesische, englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Übereinkommens ist gleichermaßen verbindlich.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Zur Unterzeichnung aufgelegt in New York am 1. Juli 1997 in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Internationalen Seegerichtshof
über den Sitz des Gerichtshofs

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the International Tribunal for the Law of the Sea
regarding the Headquarters of the Tribunal

Accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Tribunal international du droit de la mer
relatif au siège du tribunal

Inhalt	Contents	Table des matières
Artikel 1 Begriffsbestimmungen	Article 1 Use of terms	Article premier Définitions
Artikel 2 Rechtspersönlichkeit des Gerichtshofs	Article 2 Juridical personality of the Tribunal	Article 2 Personnalité juridique du Tribunal
Artikel 3 Sitzgelände	Article 3 The Headquarters district	Article 3 District du siège
Artikel 4 Recht und Autorität auf dem Sitzgelände	Article 4 Law and authority in the Headquarters district	Article 4 Droit applicable et autorité dans le district du siège
Artikel 5 Unverletzlichkeit des Sitzgeländes	Article 5 Inviolability of the Headquarters district	Article 5 Inviolabilité du district du siège
Artikel 6 Umgebung des Sitzgeländes	Article 6 Vicinity of the Headquarters district	Article 6 Voisinage du district du siège
Artikel 7 Schutz des Sitzgeländes	Article 7 Protection of the Headquarters district	Article 7 Protection du district du siège
Artikel 8 Immunität des Gerichtshofs, seiner Vermögenswerte, Guthaben und Gelder	Article 8 Immunity of the Tribunal, its property, assets and funds	Article 8 Immunité du Tribunal, de ses biens, avoirs et fonds
Artikel 9 Archive	Article 9 Archives	Article 9 Archives
Artikel 10 Öffentliche Dienstleistungen auf dem Sitzgelände	Article 10 Public services in the Headquarters district	Article 10 Services publics dans le district du siège
Artikel 11 Nachrichtenverkehr	Article 11 Communications	Article 11 Communications
Artikel 12 Flagge und Emblem	Article 12 Flag and emblem	Article 12 Drapeau et emblème
Artikel 13 Soziale Sicherheit	Article 13 Social security	Article 13 Sécurité sociale
Artikel 14 Arbeitserlaubnis für Familienmitglieder	Article 14 Work permits for family members	Article 14 Autorisations de travail pour les membres de famille
Artikel 15 Befreiung von Steuern und Zöllen sowie von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen	Article 15 Exemption from taxes, customs duties and import or export restrictions	Article 15 Exonération d'impôts et de droits de douane et des restrictions à l'importation ou à l'exportation
Artikel 16 Gelder und Freiheit von Währungsbeschränkungen	Article 16 Funds and freedom from currency restrictions	Article 16 Fonds et absence de restrictions en matière de change
Artikel 17 Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstige Vorteile	Article 17 Privileges, immunities, facilities and prerogatives	Article 17 Privilèges, immunités, facilités et prérogatives
Artikel 18 Vorrechte und Immunitäten für die Mitglieder und die Bediensteten des Gerichtshofs	Article 18 Privileges and immunities for the Members and officials of the Tribunal	Article 18 Privilèges et immunités des Membres et des fonctionnaires du Tribunal

Artikel 19	Vorrechte und Befreiungen in Bezug auf Steuern und sonstige Abgaben für die Mitglieder und die Bediensteten des Gerichtshofs	Article 19	Privileges and exemptions with regard to taxes and duties for the Members and officials of the Tribunal	Article 19	Privilèges et exonérations concernant les impôts et droits accordés aux Membres et aux fonctionnaires du Tribunal
Artikel 20	Nach Artikel 289 des Seerechtsübereinkommens ernannte Sachverständige	Article 20	Experts appointed under article 289 of the Convention	Article 20	Experts désignés conformément à l'article 289 de la Convention
Artikel 21	Bevollmächtigte, die Streitparteien vertreten, sowie Rechtsbeistände und Anwälte, die vor dem Gerichtshof auftreten sollen	Article 21	Agents representing parties, counsel and advocates designated to appear before the Tribunal	Article 21	Agents représentant les parties, conseils et avocats désignés pour plaider devant le Tribunal
Artikel 22	Zeugen, Sachverständige und Personen, die Aufträge durchführen	Article 22	Witnesses, experts and persons performing missions	Article 22	Témoins, experts et personnes accomplissant des missions
Artikel 23	Staatsangehörige des Gastlands und Personen, die im Gastland ständig ansässig sind	Article 23	Nationals and permanent residents of the host country	Article 23	Ressortissants et résidents permanents du pays hôte
Artikel 24	Aufhebung	Article 24	Waiver	Article 24	Levée de l'immunité
Artikel 25	Passierscheine, Ausweise und Notifikation	Article 25	Laissez-passer, identity cards and notification	Article 25	Laissez-passer, cartes d'identité et notification
Artikel 26	Einreise in und Durchreise durch das Gastland sowie Aufenthalt im Gastland	Article 26	Entry, transit and sojourn in the host country	Article 26	Entrée, transit et séjour dans le pays hôte
Artikel 27	Aufrechterhaltung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung	Article 27	Maintenance of security and public order	Article 27	Maintien de la sécurité et de l'ordre public
Artikel 28	Verantwortung, Haftung und Versicherung	Article 28	Responsibility, liability and insurance	Article 28	Responsabilité et assurance
Artikel 29	Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden	Article 29	Cooperation with the competent authorities	Article 29	Coopération avec les autorités compétentes
Artikel 30	Notenwechsel	Article 30	Exchange of Notes	Article 30	Echange de notes
Artikel 31	Ergänzungsabkommen	Article 31	Supplementary agreements	Article 31	Accords supplémentaires
Artikel 32	Verhältnis zum Allgemeinen Übereinkommen	Article 32	Relationship with the General Agreement	Article 32	Rapports avec l'Accord général
Artikel 33	Beilegung von Streitigkeiten	Article 33	Settlement of disputes	Article 33	Règlement des différends
Artikel 34	Änderungen	Article 34	Amendments	Article 34	Amendements
Artikel 35	Inkrafttreten	Article 35	Entry into force	Article 35	Entrée en vigueur
Artikel 36	Registrierung	Article 36	Registration	Article 36	Enregistrement

Abkommen
zwischen der
Bundesrepublik Deutschland
und dem
Internationalen Seegerichtshof
über den Sitz des Gerichtshofs

Agreement
between the
Federal Republic of Germany
and the
International Tribunal
for the Law of the Sea
regarding the Head-
quarters of the Tribunal

Accord
entre la République
fédérale d'Allemagne
et le Tribunal international
du droit de la mer
relatif au siège du Tribunal

Die Bundesrepublik Deutschland und der Internationale Seegerichtshof –

eingedenk der Anlage VI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, die vorsieht, dass der Internationale Seegerichtshof seinen Sitz in der Freien und Hansestadt Hamburg in der Bundesrepublik Deutschland hat,

eingedenk der Rechtspersönlichkeit des Gerichtshofs sowie des am 23. Mai 1997 von der Tagung der Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens der Vereinten

The Federal Republic of Germany and the International Tribunal for the Law of the Sea,

Having regard to Annex VI to the United Nations Convention on the Law of the Sea which provides that the seat of the International Tribunal for the Law of the Sea shall be in the Free and Hanseatic City of Hamburg in the Federal Republic of Germany,

Having regard to the legal personality of the Tribunal and to the provisions of the Agreement on the Privileges and Immunities of the International Tribunal for the

La République fédérale d'Allemagne, et le Tribunal international du droit de la mer,

Considérant l'annexe VI de la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer, qui dispose que le Tribunal international du droit de la mer a son siège dans la Ville libre et hanséatique de Hambourg, en République fédérale d'Allemagne,

Considérant la personnalité juridique du Tribunal et les dispositions de l'Accord sur les privilèges et immunités du Tribunal international du droit de la mer, adopté par

Nationen angenommenen Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs,

in der Erkenntnis, dass der Gerichtshof die Rechtsfähigkeit, Vorrechte und Immunitäten genießen soll, die für die Wahrnehmung seiner Aufgaben notwendig sind,

unter Hinweis darauf, dass das Statut des Gerichtshofs in Artikel 10 vorsieht, dass die Mitglieder des Gerichtshofs bei der Ausübung ihres Amtes diplomatische Vorrechte und Immunitäten genießen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „Seerechtsübereinkommen“ bezeichnet das am 10. Dezember 1982 in Montego Bay, Jamaika, geschlossene Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und das am 28. Juli 1994 in New York beschlossene Übereinkommen zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen;
- b) „Statut“ bezeichnet das Statut des Internationalen Seegerichtshofs in Anlage VI des Seerechtsübereinkommens;
- c) „Regeln“ bezeichnet die Regeln des Internationalen Seegerichtshofs;
- d) „Allgemeines Übereinkommen“ bezeichnet das am 23. Mai 1997 von der Tagung der Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens angenommene Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs;
- e) „Vertragsstaaten“ hat dieselbe Bedeutung wie in Artikel 1 des Seerechtsübereinkommens;
- f) „Gerichtshof“ bezeichnet den Internationalen Seegerichtshof;
- g) „Gastland“ bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland;
- h) „Regierung“ bezeichnet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland;
- i) „zuständige Behörden“ bezeichnet die im jeweiligen Zusammenhang einschlägigen Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden in der Bundesrepublik Deutschland nach den Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Gepflogenheiten der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich der Gesetze, sonstigen Vorschriften und Gepflogenheiten der betreffenden Landes- und Kommunalbehörden;
- j) „Mitglied“ bezeichnet ein gewähltes Mitglied des Gerichtshofs im Sinne des Artikels 2 des Statuts oder eine

Law of the Sea, adopted by the Meeting of States Parties to the United Nations Convention on the Law of the Sea on 23 May 1997,

Recognizing that the Tribunal should enjoy such legal capacity, privileges and immunities as are necessary for the exercise of its functions,

Recalling that the Statute of the Tribunal provides, in article 10, that the Members of the Tribunal, when engaged on the business of the Tribunal, shall enjoy diplomatic privileges and immunities,

have agreed as follows:

Article 1

Use of terms

For the purposes of this Agreement:

- (a) “Convention” means the United Nations Convention on the Law of the Sea, concluded at Montego Bay, Jamaica on 10 December 1982 and the Agreement relating to the implementation of Part XI of the United Nations Convention on the Law of the Sea, done at New York on 28 July 1994;
- (b) “Statute” means the Statute of the International Tribunal for the Law of the Sea, Annex VI to the Convention;
- (c) “Rules” means the Rules of the International Tribunal for the Law of the Sea;
- (d) “General Agreement” means the Agreement on the Privileges and Immunities of the International Tribunal for the Law of the Sea adopted by the Meeting of States Parties to the Convention on 23 May 1997;
- (e) “States Parties” shall have the same meaning as that given in article 1 of the Convention;
- (f) “Tribunal” means the International Tribunal for the Law of the Sea;
- (g) “host country” means the Federal Republic of Germany;
- (h) “Government” means the Government of the Federal Republic of Germany;
- (i) “competent authorities” means such federal (Bund), Land (state), or local authorities in the Federal Republic of Germany as may be appropriate in the context and in accordance with the laws, regulations and customs of the Federal Republic of Germany, including the laws, regulations and customs of the Land (state) and local authorities involved;
- (j) “Member” means an elected member of the Tribunal, as referred to in article 2 of the Statute, or a person cho-

la Réunion des Etats Parties à la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer le 23 mai 1997,

Considérant que le Tribunal doit jouir de la capacité juridique et des privilèges et immunités qui lui sont nécessaires pour exercer ses fonctions,

Considérant que le Statut du Tribunal stipule, dans son article 10, que, dans l'exercice de leurs fonctions, les Membres du Tribunal jouissent des privilèges et immunités diplomatiques,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Définitions

Aux fins du présent Accord:

- a) on entend par «Convention» la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer, conclue à Montego Bay (Jamaïque) le 10 décembre 1982 et l'Accord relatif à l'application de la partie XI de la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer fait à New York le 28 juillet 1994;
- b) on entend par «Statut» le Statut du Tribunal international du droit de la mer, qui fait l'objet de l'annexe VI de la Convention;
- c) on entend par «Règlement» le Règlement du Tribunal international du droit de la mer;
- d) on entend par «Accord général» l'Accord sur les privilèges et immunités du Tribunal international du droit de la mer, adopté par la Réunion des Etats Parties à la Convention le 23 mai 1997;
- e) l'expression «Etats Parties» s'entend au sens indiqué à l'article premier de la Convention;
- f) on entend par «Tribunal» le Tribunal international du droit de la mer;
- g) on entend par «pays hôte» la République fédérale d'Allemagne;
- h) on entend par «Gouvernement» le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne;
- i) on entend par «autorités compétentes» telles autorités en République fédérale d'Allemagne, fédérales (*Bund*), d'un *Land* (Etat), ou locales qui seraient appropriées selon le contexte et conformément aux lois, règlements et coutumes de la République fédérale d'Allemagne, y compris les lois, règlements et coutumes du *Land* (Etat) et des autorités locales concernés;
- j) on entend par «Membre» tout membre élu du Tribunal tel que visé à l'article 2 du Statut ou, pendant la durée de ses

nach Artikel 17 des Statuts für die Zwecke eines besonderen Falles bestimmte Person, während diese ihre Aufgaben wahrnimmt;

- k) „Bedienstete des Gerichtshofs“ bezeichnet die Mitglieder des Personals der Kanzlei des Gerichtshofs;
- l) „Sachverständiger“ bezeichnet eine Person, die auf Verlangen einer Streitpartei oder auf Verlangen des Gerichtshofs vorgeladen wird, um eine Aussage in Form eines Sachverständigengutachtens zu machen, die auf ihren besonderen Kenntnissen, Fähigkeiten, ihrer Erfahrung oder Ausbildung beruht;
- m) „nach Artikel 289 des Seerechtsübereinkommens ernannter Sachverständiger“ bezeichnet eine Person, die in Übereinstimmung mit jenem Artikel dazu ernannt wurde, an der Verhandlung vor dem Gerichtshof teilzunehmen;
- n) „Sitzgelände“ bezeichnet den in Artikel 3 bestimmten Grund und Boden;
- o) „internationale Organisation“ bezeichnet eine zwischenstaatliche Organisation.

Artikel 2

Rechtspersönlichkeit des Gerichtshofs

Im Einklang mit seiner Rechtspersönlichkeit kann der Gerichtshof insbesondere

- a) Verträge schließen,
- b) bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern,
- c) vor Gericht stehen.

Artikel 3

Sitzgelände

(1) Der Sitz des Gerichtshofs ist das Sitzgelände, das Folgendes umfasst:

- a) den Grund und Boden der ständigen Liegenschaft des Gerichtshofs einschließlich der darauf befindlichen Gebäude auf dem Grundstück an der Straße „Am Internationalen Seegerichtshof“ in der Freien und Hansestadt Hamburg im Sinne des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft des Internationalen Seegerichtshofs in der Freien und Hansestadt Hamburg (im Folgenden „Zusatzabkommen“) und
- b) alle anderen Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile, die möglicherweise von Zeit zu Zeit durch ein Ergänzungsabkommen zwischen der Regierung und dem Gerichtshof mit einbezogen werden.

sen under article 17 of the Statute for the purposes of a particular case, while such person is exercising his or her functions;

- (k) “officials of the Tribunal” means the members of the staff of the Registry of the Tribunal;
- (l) “expert” means a person called at the instance of a party to a dispute or at the instance of the Tribunal to present testimony in the form of expert opinions, based on special knowledge, skills, experience or training;
- (m) “expert appointed under article 289 of the Convention” means a person appointed in accordance with that article to sit with the Tribunal;
- (n) “Headquarters district” means the area defined in article 3 of this Agreement;
- (o) “international organization” means an intergovernmental organization.

Article 2

Juridical personality of the Tribunal

In accordance with its juridical personality the Tribunal has, in particular, the capacity:

- (a) to contract;
- (b) to acquire and dispose of movable and immovable property;
- (c) to institute legal proceedings.

Article 3

The Headquarters district

1. The seat of the Tribunal shall be the Headquarters district, which shall comprise:

- (a) the area with the buildings upon it of the permanent premises of the Tribunal on the site located on the street “Am Internationalen Seegerichtshof” in the Free and Hanseatic City of Hamburg as defined in the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the International Tribunal for the Law of the Sea on the Occupancy and Use of the Premises of the International Tribunal for the Law of the Sea in the Free and Hanseatic City of Hamburg (hereinafter “Additional Agreement”); and
- (b) any other lands, buildings or part of buildings which may from time to time be included therein by supplementary agreement between the Government and the Tribunal.

fonctions, toute personne choisie conformément à l'article 17 du Statut aux fins d'une affaire déterminée;

- k) on entend par «fonctionnaires du Tribunal» les membres du personnel du Greffe du Tribunal;
- l) on entend par «expert» toute personne appelée à la demande d'une partie à un différend ou du Tribunal à faire une déposition sous forme d'une expertise en raison de ses connaissances, de ses compétences, de son expérience ou de sa formation particulières;
- m) l'expression «expert désigné conformément à l'article 289 de la Convention» désigne toute personne désignée conformément audit article pour siéger au Tribunal;
- n) on entend par «district du siège» la zone définie comme telle à l'article 3 du présent Accord;
- o) on entend par «organisation internationale» une organisation intergouvernementale.

Article 2

Personnalité juridique du Tribunal

Conformément à sa personnalité juridique, le Tribunal a, en particulier, la capacité:

- a) de contracter;
- b) d'acquérir et de céder des biens mobiliers et immobiliers;
- c) d'ester en justice.

Article 3

District du siège

1. Le siège du Tribunal est le district du siège, qui comprend:

- a) la zone avec les bâtiments abritant les locaux permanents du Tribunal sis rue «Am Internationalen Seegerichtshof», dans la Ville libre et hanséatique de Hambourg, telle que définie dans l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Tribunal international du droit de la mer relatif à l'occupation et à l'utilisation des locaux du Tribunal international du droit de la mer dans la Ville libre et hanséatique de Hambourg (ci-après dénommé «Accord complémentaire»); et
- b) tous autres terrains, bâtiments ou parties de bâtiment qui viendraient à être incorporés au district du siège conformément à un accord supplémentaire entre le Gouvernement et le Tribunal.

(2) Der in Absatz 1 Buchstabe a bezeichnete Grund und Boden einschließlich der Gebäude sowie der Einrichtungen, Ausstattung und Ausrüstung und aller sonstigen dort befindlichen Anlagen, die für die reibungslose Arbeit des Gerichtshofs erforderlich sind, wird ihm in Übereinstimmung mit dem Zusatzabkommen zur Verfügung gestellt.

Artikel 4

Recht und Autorität auf dem Sitzgelände

(1) Das Sitzgelände untersteht nach diesem Abkommen der Kontrolle und Autorität des Gerichtshofs.

(2) Der Gerichtshof ist befugt, Vorschriften zu erlassen, die auf dem gesamten Sitzgelände gelten, um dort die Bedingungen zu schaffen, die in jeder Hinsicht zur vollen Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich sind. Der Gerichtshof unterrichtet die zuständigen Behörden umgehend über die nach diesem Absatz erlassenen Vorschriften. Soweit Gesetze oder sonstige Vorschriften des Gastlands mit einer nach diesem Absatz zulässigen Vorschrift des Gerichtshofs unvereinbar sind, gelten sie auf dem Sitzgelände nicht.

(3) Jede Streitigkeit zwischen dem Gastland und dem Gerichtshof darüber, ob eine Vorschrift des Gerichtshofs nach Absatz 2 zulässig ist oder ob Gesetze oder sonstige Vorschriften des Gastlands mit einer nach Absatz 2 zulässigen Vorschrift des Gerichtshofs unvereinbar sind, wird umgehend nach dem in Artikel 33 dargelegten Verfahren beigelegt. Bis zu einer solchen Beilegung gilt auf dem Sitzgelände die Vorschrift des Gerichtshofs; die Gesetze oder sonstigen Vorschriften des Gastlands gelten nicht, soweit der Gerichtshof geltend macht, dass sie mit seiner Vorschrift unvereinbar sind.

(4) Sofern in diesem Abkommen oder dem Allgemeinen Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist und vorbehaltlich des Absatzes 2 gelten auf dem Sitzgelände die Gesetze und sonstigen Vorschriften des Gastlands.

(5) Sofern in diesem Abkommen oder dem Allgemeinen Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist, üben die Gerichte und die sonstigen zuständigen Behörden des Gastlands die in den anzuwendenden Gesetzen vorgesehene Zuständigkeit hinsichtlich der auf dem Sitzgelände vorgenommenen Handlungen und Rechtsgeschäfte aus.

(6) Die Gerichte und die sonstigen zuständigen Behörden berücksichtigen bei der Behandlung von Fällen, die durch auf dem Sitzgelände vorgenommene Handlungen und Rechtsgeschäfte entstehen oder damit zusammenhängen, die vom Gerichtshof nach diesem Artikel erlassenen Vorschriften.

2. The area with the buildings referred to in paragraph 1 (a), together with the installations, equipment, fittings and all other facilities therein which are required for the effective functioning of the Tribunal, shall be made available to it in accordance with the Additional Agreement.

Article 4

Law and authority in the Headquarters district

1. The Headquarters district shall be under the control and authority of the Tribunal, in accordance with this Agreement.

2. The Tribunal shall have the power to make regulations operative throughout the Headquarters district for the purpose of establishing therein the conditions in all respects necessary for the full execution of its functions. The Tribunal shall promptly inform the competent authorities of regulations thus enacted in accordance with this paragraph. No law or regulation of the host country which is inconsistent with a regulation of the Tribunal authorized by this paragraph shall, to the extent of such inconsistency, be applicable within the Headquarters district.

3. Any dispute between the host country and the Tribunal as to whether a regulation of the Tribunal is authorized by paragraph 2, or as to whether a law or regulation of the host country is inconsistent with any regulation of the Tribunal authorized by paragraph 2, shall be promptly settled by the procedure set out in article 33. Pending such settlement, the regulation of the Tribunal shall apply and the law or regulation of the host country shall not apply in the Headquarters district to the extent that the Tribunal claims it to be inconsistent with the regulation of the Tribunal.

4. Except as otherwise provided in this Agreement or in the General Agreement, and subject to the provisions of paragraph 2, the laws and regulations of the host country shall apply in the Headquarters district.

5. Except as otherwise provided in this Agreement or in the General Agreement, the courts or other competent authorities of the host country shall have jurisdiction, as provided in applicable laws, over acts done and transactions taking place in the Headquarters district.

6. The courts or other competent authorities, when dealing with cases arising out of or relating to acts done or transactions taking place in the Headquarters district, shall take into account the regulations enacted by the Tribunal under this article.

2. La zone avec les bâtiments, visée à la lettre a) du paragraphe 1, ainsi que les installations, équipements, agencements et autres aménagements nécessaires au bon fonctionnement du Tribunal sont mis à la disposition du Tribunal conformément à l'Accord complémentaire.

Article 4

Droit applicable et autorité dans le district du siège

1. Le district du siège est sous le contrôle et l'autorité du Tribunal, conformément aux dispositions du présent Accord.

2. Le Tribunal a le droit d'édicter des règlements applicables dans l'ensemble du district du siège pour y créer les conditions nécessaires, à tous les égards, au plein exercice de ses attributions. Le Tribunal informe sans retard les autorités compétentes des règlements qu'il a ainsi édictés conformément au présent paragraphe. Aucune disposition d'une loi ou d'un règlement du pays hôte n'est applicable dans le district du siège dans la mesure où elle est incompatible avec un règlement édicté par le Tribunal conformément au présent paragraphe.

3. Tout différend entre le pays hôte et le Tribunal sur la question de savoir si un règlement du Tribunal est compatible avec le paragraphe 2, ou si une disposition d'une loi ou d'un règlement du pays hôte est incompatible avec un règlement édicté par le Tribunal conformément au paragraphe 2 doit être rapidement réglé selon la procédure prévue à l'article 33. Jusqu'à la solution du différend, le règlement du Tribunal reste applicable et la disposition de la loi ou du règlement du pays hôte, dans la mesure où celle-ci est considérée par le Tribunal comme incompatible avec son règlement, est inapplicable dans le district du siège.

4. Sauf disposition contraire du présent Accord ou de l'Accord général et sous réserve des dispositions du paragraphe 2, les lois et règlements du pays hôte sont applicables dans le district du siège.

5. Sauf disposition contraire du présent Accord ou de l'Accord général, les tribunaux ou autres autorités compétentes du pays hôte sont habilités, conformément à la législation applicable, à connaître des actes accomplis ou des transactions effectuées dans le district du siège.

6. Les tribunaux ou toute autre autorité compétente, quand ils examinent les affaires résultant d'actes accomplis ou de transactions effectuées dans le district du siège, ou s'y rapportant, tiennent compte des règlements édictés par le Tribunal en vertu du présent article.

Artikel 5**Unverletzlichkeit des Sitzgeländes**

(1) Das Sitzgelände ist unverletzlich. Ein Beamter oder Bediensteter des Gastlands oder eine andere Person, die im Gastland Träger staatlicher Gewalt ist, darf das Sitzgelände zur Wahrnehmung einer Amtspflicht nur mit ausdrücklicher Zustimmung oder auf Ersuchen des Kanzlers des Gerichtshofs und in Übereinstimmung mit den vom Präsidenten des Gerichtshofs genehmigten Bedingungen betreten.

(2) Gerichtliche Maßnahmen und die Zustellung oder Vollstreckung gerichtlicher Verfügungen einschließlich der Pfändung von Privateigentum können auf dem Sitzgelände nur mit Zustimmung des Präsidenten des Gerichtshofs und in Übereinstimmung mit den von ihm genehmigten Bedingungen durchgesetzt werden.

(3) Bei Feuer oder einem anderen Unglücksfall, der sofortige Schutzmaßnahmen erforderlich macht, oder in dem Fall, dass die zuständigen Behörden triftige Gründe zu der Annahme haben, dass auf dem Sitzgelände ein solcher Unglücksfall eingetreten ist oder bevorsteht, wird die Zustimmung des Kanzlers des Gerichtshofs zu jedem notwendigen Betreten des Sitzgeländes vermutet, wenn der Kanzler nicht rechtzeitig erreicht werden kann.

(4) Vorbehaltlich der Absätze 1 und 3 ergreifen die zuständigen Behörden die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Liegenschaft des Gerichtshofs vor Feuer oder anderen Unglücksfällen.

(5) Unbeschadet des Seerechtsübereinkommens, dieses Abkommens und des Allgemeinen Übereinkommens wird es der Gerichtshof nicht zulassen, dass das Sitzgelände für Personen, gegen die ein strafrechtliches Urteil ergangen ist oder die verfolgt werden, nachdem sie auf frischer Tat betroffen wurden, oder gegen die von den zuständigen Behörden ein Haftbefehl, eine Auslieferungsanordnung oder ein Ausweisungs- oder Abschiebungsbeschluss erlassen worden ist, eine Zuflucht vor der Justiz wird.

(6) Vorbehaltlich der Absätze 1 und 2 schließt dieser Artikel nicht die ordnungsgemäße Zustellung von Briefen und Unterlagen auf dem Sitzgelände durch den Postdienst aus.

(7) Der Gerichtshof kann Personen entweder wegen Verletzung seiner nach Artikel 4 angenommenen Vorschriften oder aus einem anderen Grund des Sitzgeländes verweisen oder ihnen das Betreten desselben verbieten.

Artikel 6**Umgebung des Sitzgeländes**

(1) Die zuständigen Behörden ergreifen alle angemessenen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der Gebrauchswert des

Article 5**Inviolability of the Headquarters district**

1. The Headquarters district shall be inviolable. No officer or official of the host country or other person exercising any public authority within the host country shall enter the Headquarters district to discharge any official duty except upon the express consent of or at the request of the Registrar of the Tribunal and in accordance with conditions approved by the President of the Tribunal.

2. Judicial actions and the service or execution of legal process, including the seizure of private property, cannot be enforced in the Headquarters district except with the consent of and in accordance with conditions approved by the President of the Tribunal.

3. In case of fire or other emergency requiring prompt protective action, or in the event that the competent authorities have reasonable cause to believe that such an emergency has occurred or is about to occur in the Headquarters district, the consent of the Registrar of the Tribunal to any necessary entry of the Headquarters district shall be presumed if the Registrar cannot be reached in time.

4. Subject to paragraphs 1 and 3, the competent authorities shall take the necessary action to protect the premises of the Tribunal against fire or other emergency.

5. Without prejudice to the Convention, this Agreement and the General Agreement, the Tribunal shall not allow the Headquarters district to become a refuge from justice for persons against whom a penal judgment had been made or who are pursued *flagrante delicto*, or against whom a warrant of arrest or an order of extradition, expulsion or deportation has been issued by the competent authorities.

6. Subject to paragraphs 1 and 2, nothing in this article shall preclude the official delivery by the postal service to the Headquarters district of letters and documents.

7. The Tribunal may expel or exclude persons from the Headquarters district either for violation of its regulations adopted under article 4 or for any other reason.

Article 6**Vicinity of the Headquarters district**

1. The competent authorities shall take all reasonable measures to ensure that the amenities of the Headquarters district are

Article 5**Inviolabilité du district du siège**

1. Le district du siège est inviolable. Les fonctionnaires ou agents du pays hôte ou toute autre personne exerçant une fonction publique dans le pays hôte ne peuvent y pénétrer pour y exercer des fonctions officielles qu'avec le consentement exprès ou à la demande du Greffier du Tribunal et dans les conditions acceptées par le Président du Tribunal.

2. L'exécution des décisions de justice et la signification et l'exécution des actes de procédure, y compris la saisie de biens privés, ne peuvent avoir lieu dans le district du siège qu'avec le consentement du Président du Tribunal et dans les conditions acceptées par lui.

3. En cas d'incendie ou autre urgence exigeant des mesures de protection rapides ou si les autorités compétentes ont de bonnes raisons de croire qu'une telle urgence s'est produite, ou est sur le point de se produire, dans le district du siège, le consentement du Greffier du Tribunal à toute entrée nécessaire dans le district du siège peut être présumé si le Greffier ne peut être contacté en temps voulu.

4. Sous réserve des dispositions des paragraphes 1 et 3, les autorités compétentes prennent les mesures nécessaires pour protéger les locaux du Tribunal contre l'incendie ou toute autre situation d'urgence.

5. Sans préjudice des dispositions de la Convention, du présent Accord et de l'Accord général, le Tribunal ne permet pas que le district du siège serve de refuge à des personnes contre lesquelles une condamnation pénale a été prononcée ou qui sont poursuivies en flagrant délit, ou contre lesquelles les autorités compétentes ont délivré un mandat d'amener ou pris un arrêté d'extradition, d'expulsion ou d'interdiction.

6. Sous réserve des dispositions des paragraphes 1 et 2, rien dans le présent article ne fait obstacle à la distribution officielle de lettres ou de documents par le service postal dans le district du siège.

7. Le Tribunal peut expulser ou exclure du district du siège toute personne soit pour violation des règlements adoptés en vertu de l'article 4 du présent Accord, soit pour toute autre raison.

Article 6**Voisinage du district du siège**

1. Les autorités compétentes prennent toutes mesures raisonnables pour que l'usage fait des terrains et bâtiments avoi-

Sitzgeländes nicht beeinträchtigt und die vorgesehene Nutzung des Sitzgeländes nicht durch die Nutzung der Grundstücke und Gebäude in der Umgebung des Sitzgeländes gestört wird.

(2) Der Gerichtshof stellt sicher, dass das Sitzgelände nicht für andere als die vorgesehenen Zwecke genutzt wird, und ergreift alle angemessenen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der Zugang zu den Grundstücken und Gebäuden in seiner Umgebung nicht unverhältnismäßig behindert wird.

Artikel 7

Schutz des Sitzgeländes

(1) Die zuständigen Behörden ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass dem Gerichtshof der Besitz des Sitzgeländes oder irgendeines Teiles desselben nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des Gerichtshofs entzogen wird.

(2) Die Regierung schützt die Liegenschaft des Gerichtshofs vor unbefugtem Betreten und jeder Beschädigung und ergreift geeignete Maßnahmen, um zu verhindern, dass aufgrund von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Sitzgelände oder in dessen unmittelbarer Umgebung der Friede des Gerichtshofs gestört oder seine Würde oder reibungslose Arbeit beeinträchtigt wird.

(3) Die zuständigen Behörden stellen auf Ersuchen des Kanzlers des Gerichtshofs die erforderlichen Polizei- oder Sicherheitskräfte zur Wahrung von Recht und Ordnung auf dem Sitzgelände und zur Entfernung von Personen vom Sitzgelände bereit.

Artikel 8

Immunität des Gerichtshofs, seiner Vermögenswerte, Guthaben und Gelder

(1) Der Gerichtshof genießt Immunität von der Gerichtsbarkeit, soweit er nicht im Einzelfall ausdrücklich darauf verzichtet hat. Ein solcher Verzicht umfasst jedoch nicht Vollstreckungsmaßnahmen.

(2) Die Vermögenswerte, Guthaben und Gelder des Gerichtshofs, gleichviel, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Pfändung, Enteignung und jeder sonstigen Form eines Eingriffs durch die vollziehende Gewalt, die Verwaltung, die Justiz oder die Gesetzgebung entzogen.

(3) Die Vermögenswerte und Guthaben des Gerichtshofs sind von Beschränkungen, Regelungen, Kontrollen und Stillhaltungsmaßnahmen jeder Art befreit.

(4) Der Gerichtshof schließt für Fahrzeuge, die sich in seinem Eigentum befinden oder in seinem Namen benutzt wer-

not impaired and that the use for which the Headquarters district is intended is not obstructed by the use made of the land and buildings in the vicinity of the Headquarters district.

2. The Tribunal shall ensure that the Headquarters district is not used for purposes other than those for which it is intended and shall take all reasonable measures to ensure that the land and buildings in its vicinity are not unreasonably obstructed.

Article 7

Protection of the Headquarters district

1. The competent authorities shall take whatever measures may be necessary to ensure that the Tribunal shall not be dispossessed of all or any part of the Headquarters district without the express consent of the Tribunal.

2. The Government shall protect the premises of the Tribunal against unauthorized entry or damage of any kind and take appropriate measures to prevent any disturbance of the peace or impairment of the dignity and proper functioning of the Tribunal due to disturbances of public security or order in the Headquarters district or the immediate vicinity thereof.

3. The competent authorities shall provide the police or security forces necessary for the preservation of law and order in the Headquarters district and the removal therefrom of persons, if so requested by the Registrar of the Tribunal.

Article 8

Immunity of the Tribunal, its property, assets and funds

1. The Tribunal shall enjoy immunity from legal process, except insofar as in any particular case it has expressly waived its immunity. It is, however, understood that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution.

2. The property, assets and funds of the Tribunal, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, seizure, expropriation or any other form of interference, whether by executive, administrative, judicial or legislative enforcement action.

3. The property and assets of the Tribunal shall be exempt from restrictions, regulations, controls and moratoria of any nature.

4. The Tribunal shall have insurance coverage against third-party risks in respect of vehicles owned or operated by

sinant le district du siège n'altère pas ses agréments et ne gêne pas son utilisation aux fins prévues.

2. Le Tribunal veille à ce que le district du siège ne soit pas utilisé à des fins autres que celles qui sont prévues et prend toutes mesures raisonnables pour ne pas gêner outre mesure l'accès aux terrains et aux bâtiments situés dans le voisinage du district du siège.

Article 7

Protection du district du siège

1. Les autorités compétentes prennent toutes mesures nécessaires pour que le Tribunal ne soit pas dépossédé, sans son consentement exprès, de tout ou partie du district du siège.

2. Le Gouvernement assure la protection des locaux du Tribunal de sorte que personne ne puisse y pénétrer sans autorisation ou y provoquer des dégâts, de quelque nature que ce soit, et prend les mesures appropriées pour qu'il ne soit pas porté atteinte à la tranquillité, à la dignité et au bon fonctionnement du Tribunal du fait de troubles à la sécurité ou à l'ordre publics dans le district du siège ou dans son voisinage immédiat.

3. Les autorités compétentes fournissent les forces de police ou de sécurité nécessaires pour assurer le maintien de l'ordre public dans le district du siège et pour en faire sortir toute personne si une demande à cet effet leur est faite par le Greffier du Tribunal.

Article 8

Immunité du Tribunal, de ses biens, avoirs et fonds

1. Le Tribunal jouit de l'immunité de juridiction, sauf dans la mesure où il y a expressément renoncé dans un cas particulier. Il est toutefois entendu que la renonciation ne peut s'étendre à des mesures d'exécution.

2. Les biens, avoirs et fonds du Tribunal, où qu'ils se trouvent et quel que soit leur détenteur, sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation, saisie, expropriation, ou de toute autre forme de contrainte exécutive, administrative, judiciaire ou législative.

3. Les biens et avoirs du Tribunal sont exempts de toute restriction, réglementation, contrôle et de tout moratoire de quelque nature que ce soit.

4. Le Tribunal souscrit une assurance aux tiers pour les véhicules dont il est propriétaire ou qui sont utilisés pour son

den, die Haftpflichtversicherungen ab, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Gastlands erforderlich sind.

it, pursuant to the laws and regulations of the host country.

compte, conformément aux lois et règlements du pays hôte.

Artikel 9

Archive

Die Archive des Gerichtshofs und alle ihm gehörenden oder in seinem Besitz befindlichen Unterlagen sind jederzeit unverletzlich, gleichviel, wo sie sich im Gastland befinden. Der Ort der Archive und Unterlagen wird den zuständigen Behörden mitgeteilt, wenn es sich dabei um einen anderen Ort als das Sitzgelände handelt.

Article 9

Archives

The archives of the Tribunal, and all documents belonging to it or held by it, shall be inviolable at all times and wherever they may be located in the host country. The location of the archives and any documents shall be made known to the competent authorities if it is at a place other than in the Headquarters district.

Article 9

Archives

Les archives du Tribunal et tous documents qui lui appartiennent ou qu'il détient sont inviolables à tout moment et où qu'ils se trouvent dans le pays hôte. Le lieu où se trouvent ces archives ainsi que tous documents est porté à la connaissance des autorités compétentes s'il n'est pas situé dans le district du siège.

Artikel 10

Öffentliche Dienstleistungen auf dem Sitzgelände

(1) Auf Ersuchen eines ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten des Gerichtshofs tun die zuständigen Behörden ihr Möglichstes, um die Bereitstellung der vom Gerichtshof benötigten öffentlichen Dienstleistungen zu angemessenen Bedingungen sicherzustellen oder zu unterstützen; dazu zählen Post-, Telefon-, Telegraf-, Faxvermittlungs- und Onlinedienste, Elektrizitäts-, Wasser- und Gasversorgung sowie Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr, Brandschutz, Nahverkehr und Straßenreinigung.

(2) Besteht oder droht eine Unterbrechung eines dieser Dienste, so erachten die zuständigen Behörden die Bedürfnisse des Gerichtshofs als ebenso wichtig wie die Bedürfnisse der wichtigsten Stellen und Organe der Regierung sowie der Verfassungsorgane der Freien und Hansestadt Hamburg und unternehmen geeignete Schritte, um sicherzustellen, dass die Arbeit des Gerichtshofs nicht beeinträchtigt wird.

(3) Auf Ersuchen der zuständigen Behörden trifft der Kanzler des Gerichtshofs geeignete Vorkehrungen, um ordnungsgemäß ermächtigten Vertretern der jeweiligen öffentlichen Dienstleistungsunternehmen zu ermöglichen, auf dem Sitzgelände unter Bedingungen, die den Gerichtshof nicht in unverhältnismäßiger Weise bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben stören, Versorgungseinrichtungen, Leitungen, Kabel und Abwasserrohre zu überprüfen, instand zu setzen, zu warten, auszubessern und neu zu verlegen. Arbeiten unter der Erde dürfen auf dem Sitzgelände von den zuständigen Behörden nur nach Absprache mit dem Kanzler des Gerichtshofs und unter Bedingungen vorgenommen werden, die den Gerichtshof nicht bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben stören.

(4) In den Fällen, in denen Gas, Elektrizität oder Wasser von den zuständigen Behörden geliefert wird oder die Preise dafür von ihnen kontrolliert werden, wird dem Gerichtshof zu Tarifen geliefert, wel-

Article 10

Public services in the Headquarters district

1. At the request of a duly authorized official of the Tribunal, the competent authorities shall do their utmost to ensure or assist, as appropriate, the provision on equitable terms of the public services needed by the Tribunal such as postal, telephone, telegraph, fax communications and on-line services, electricity, water, gas, sewerage, waste collection, fire protection, local transportation and cleaning of public streets.

2. In the event of interruption or threatened interruption of any such services, the competent authorities shall consider the needs of the Tribunal as being of equal importance with the needs of the essential agencies and organs of the Government and of the constitutional organs of the Free and Hanseatic City of Hamburg and will take steps accordingly to ensure that the work of the Tribunal is not impaired.

3. Upon request of the competent authorities, the Registrar of the Tribunal shall make suitable arrangements to enable duly authorized representatives of the appropriate public services to inspect, repair, maintain, reconstruct and relocate utilities, conduits, mains and sewers within the Headquarters district under conditions which shall not unreasonably disturb the carrying out of the functions of the Tribunal. Underground constructions may be undertaken by the competent authorities within the Headquarters district only after consultation with the Registrar of the Tribunal and under conditions which shall not disturb the carrying out of the functions of the Tribunal.

4. In cases where gas, electricity or water are supplied by the competent authorities or where the prices thereof are under their control, the Tribunal shall be supplied at rates which shall not exceed

Article 10

Services publics dans le district du siège

1. A la demande d'un fonctionnaire dûment habilité du Tribunal, les autorités compétentes font tout leur possible pour assurer ou aider à assurer, à des conditions équitables, les services publics nécessaires au Tribunal, notamment les services postaux, téléphoniques, télégraphiques, de télécopie et en ligne, l'électricité, l'eau, le gaz, l'évacuation des eaux usées, l'enlèvement des ordures, les services de lutte contre l'incendie, les transports publics locaux et les services de voirie.

2. En cas d'interruption ou de risque d'interruption de l'un de ces services, les autorités compétentes considèrent les besoins du Tribunal comme étant d'une importance égale à ceux des services et organes essentiels du gouvernement et des organes constitutionnels de la Ville libre et hanséatique de Hambourg et prennent les mesures voulues pour que le fonctionnement du Tribunal ne soit pas entravé.

3. A la demande des autorités compétentes, le Greffier du Tribunal prend les dispositions voulues pour que des représentants dûment habilités des services publics compétents puissent inspecter, réparer, entretenir, reconstruire ou déplacer les installations des services publics, canalisations, conduites et égouts, à l'intérieur du district du siège, d'une manière qui ne gêne pas outre mesure l'exercice des fonctions du Tribunal. Les autorités compétentes ne peuvent entreprendre des travaux souterrains dans le district du siège qu'après avoir consulté le Greffier du Tribunal et ces travaux doivent être effectués d'une manière qui ne gêne pas l'exercice des fonctions du Tribunal.

4. Dans les cas où le gaz, l'électricité ou l'eau sont fournis par les autorités compétentes, ou si les prix de ces fournitures sont soumis à un contrôle, le Tribunal bénéficie de tarifs qui ne dépassent pas

che die niedrigsten vergleichbaren Tarife für Bundesbehörden oder kommunale Regierungs- oder Verwaltungsbehörden nicht übersteigen.

the lowest comparable rates accorded to the federal or local governmental or administrative authorities.

les tarifs comparables les plus bas consentis aux autorités administratives ou gouvernementales fédérales ou locales.

Artikel 11

Nachrichtenverkehr

(1) Bei seinem amtlichen Nachrichtenverkehr genießt der Gerichtshof, soweit es mit den völkerrechtlichen Verträgen und sonstigen Übereinkünften, denen das Gastland als Vertragspartei angehört, vereinbar ist, keine weniger günstige Behandlung, als das Gastland Bundes- oder Kommunalbehörden oder internationalen Organisationen und diplomatischen Missionen gewährt; dies betrifft Prioritäten und Tarife in Bezug auf Postsendungen, Kabeltelegramme, Telegramme, Funktelegramme, Telex, Telefax, Bildtelegramme, Fernsehen, Telefon und andere Arten des Nachrichtenverkehrs sowie Tarife für Informationen an Presse und Rundfunk.

(2) Die zuständigen Behörden gewährleisten die Unverletzlichkeit des gesamten Nachrichten- und Schriftverkehrs, der an den Gerichtshof, seine Mitglieder oder Bediensteten auf dem Sitzgelände gerichtet ist, sowie des vom Gerichtshof, von seinen Mitgliedern oder Bediensteten ausgehenden Nachrichten- und Schriftverkehrs, wie und in welcher Form er auch übermittelt werden mag. Diese Unverletzlichkeit erstreckt sich auf Veröffentlichungen, Fotografien, Filme sowie Ton- und Videoaufnahmen, wobei diese Aufzählung keine Beschränkung darstellt.

(3) Der Gerichtshof ist berechtigt, Verschlüsselungen einzusetzen und Schriftverkehr sowie andere Unterlagen oder Nachrichten durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu versenden und zu empfangen; hierfür gelten dieselben Vorrechte und Immunitäten wie für diplomatische Kurier- und diplomatisches Kuriergepäck.

(4) Auf Ersuchen eines ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten des Gerichtshofs stellen die zuständigen Behörden für amtliche Zwecke des Gerichtshofs geeignete Funk- und andere Telekommunikationseinrichtungen zur Verfügung. Diese Einrichtungen können durch ein Ergänzungsabkommen zwischen dem Gerichtshof und den zuständigen Behörden näher bestimmt werden.

(5) Vorbehaltlich der erforderlichen Ermächtigung durch die Tagung der Vertragsstaaten und mit dem gegebenenfalls in einem Ergänzungsabkommen enthaltenen Einverständnis der Regierung darf der Gerichtshof auf dem Sitzgelände ferner folgende Einrichtungen errichten und betreiben:

a) seine eigenen Kurzwellensende- und -empfangsanlagen (einschließlich Ausrüstung für den Notbetrieb), die auf

Article 11

Communications

1. The Tribunal shall enjoy, as far as compatible with the international treaties, regulations and arrangements to which the host country is a party, for its official communications treatment not less favourable than that accorded by the host country to federal and local authorities or to international organizations and diplomatic missions, in the matter of priorities and rates for mail, cables, telegrams, radiograms, telex, facsimile, telephotos, television, telephone and other forms of communications as well as rates for information to press and radio.

2. The competent authorities shall ensure the inviolability of all communications and correspondence directed to the Tribunal, its Members or officials in the Headquarters district, as well as all outgoing communications and correspondence of the Tribunal and its Members or officials, by whatever means or in whatever form transmitted. Such inviolability shall extend, without limitation by reason of this enumeration, to publications, still and moving pictures, films and sound or videotape recordings.

3. The Tribunal shall have the right to use codes and cipher and to dispatch and receive correspondence and other materials or communications by courier or in sealed bags, which shall have the same privileges and immunities as diplomatic couriers and bags.

4. If so requested by a duly authorized official of the Tribunal, the competent authorities shall provide for the official purposes of the Tribunal appropriate radio and other telecommunications facilities. These facilities may be specified by supplementary agreement between the Tribunal and the competent authorities.

5. Subject to the necessary authorization by the Meeting of States Parties and with the agreement of the Government as may be included in a supplementary agreement, the Tribunal may also establish and operate at the Headquarters district:

(a) its own short-wave sending and receiving radio broadcasting facilities (including emergency link equipment)

Article 11

Communications

1. Pour ses communications officielles, le Tribunal bénéficie, dans la mesure où cela est compatible avec les traités, règlements, arrangements et accords internationaux auxquels le pays hôte est partie, d'un traitement au moins aussi favorable que celui accordé par le pays hôte aux autorités fédérales et locales ou aux organisations internationales et missions diplomatiques en ce qui concerne les priorités et les tarifs pour le courrier, les câbles, les télégrammes, les radiotélégrammes, le télex, les télécopies, les téléphotos, la télévision, les communications téléphoniques et autres formes de communication, ainsi que les tarifs pour les informations destinées à la presse et à la radio.

2. Les autorités compétentes veillent à l'inviolabilité de toutes les communications et de toute la correspondance adressées au Tribunal et à ses Membres ou fonctionnaires dans le district du siège, ainsi que de toutes les communications et de toute la correspondance émanant du Tribunal et de ses Membres ou fonctionnaires, par quelque moyen ou sous quelque forme que ce soit. Cette inviolabilité s'étend, sans que cette énumération soit limitative, aux publications, photographies, films cinématographiques, pellicules et enregistrements sonores et magnétoscopiques.

3. Le Tribunal a le droit de faire usage de codes et de chiffres et d'expédier et de recevoir de la correspondance et d'autres documents ou communications par courrier ou valise scellée, qui bénéficient des mêmes privilèges et immunités que les courriers et valises diplomatiques.

4. Les autorités compétentes fournissent, à la demande d'un fonctionnaire du Tribunal dûment habilité, les installations de radiodiffusion et de télécommunications appropriées, pour l'usage officiel du Tribunal. Ces installations peuvent être spécifiées dans un accord supplémentaire entre le Tribunal et les autorités compétentes.

5. Sous réserve de l'autorisation nécessaire de la Réunion des Etats Parties et avec l'assentiment du Gouvernement tel que donné dans un accord supplémentaire éventuel, le Tribunal peut également établir et exploiter dans le district du siège:

a) ses propres installations de radiodiffusion par ondes courtes (stations émettrices et réceptrices), y compris une

denselben Frequenzen (im Rahmen der durch die geltenden Vorschriften des Gastlands festgelegten Toleranzen für den Funkdienst) für Funktelegraphie-, Funktelefon- und ähnliche Dienste benutzt werden dürfen;

- b) andere Funkanlagen, die gegebenenfalls in einem Ergänzungsabkommen zwischen dem Gerichtshof und den zuständigen Behörden näher bestimmt sind.

(6) Der Gerichtshof ist berechtigt, für Zwecke, die im Einklang mit dem Seerechtsübereinkommen und dem Statut stehen, im Gastland frei und unbeschränkt Veröffentlichungen und Sendungen zu verbreiten.

Artikel 12

Flagge und Emblem

Der Gerichtshof ist berechtigt, seine Flagge und sein Emblem auf dem Sitzgelände und an seinen Dienstfahrzeugen anzubringen.

Artikel 13

Soziale Sicherheit

(1) Aufgrund der Tatsache, dass die Bediensteten des Gerichtshofs Vorschriften unterliegen, die im Einklang mit den Personalvorschriften der Vereinten Nationen einschließlich deren Artikel VI stehen, der ein umfassendes System der sozialen Sicherheit begründet, sind der Gerichtshof, der Kanzler und die sonstigen Bediensteten des Gerichtshofs ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit während ihrer Beschäftigung beim Gerichtshof von den Gesetzen des Gastlands über Pflichtmitgliedschaft und Pflichtbeiträge in Bezug auf die Systeme der sozialen Sicherheit im Gastland befreit. Dies gilt ferner insoweit, als ein vom Gerichtshof eingeführtes anderes System der sozialen Sicherheit oder ein System, dem der Gerichtshof beiträgt, entsprechende Leistungen vorsieht.

(2) Absatz 1 schließt die freiwillige Beteiligung der Mitglieder und der Bediensteten des Gerichtshofs an einem System der sozialen Sicherheit im Gastland nicht aus, soweit die Gesetze des Gastlands diese freiwillige Beteiligung zulassen.

Artikel 14

Arbeitserlaubnis für Familienmitglieder

Eine Arbeitserlaubnis zur Aufnahme einer unselbständigen Erwerbstätigkeit wird Familienmitgliedern der Mitglieder, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Gastland haben, sowie der Bediensteten des Gerichtshofs erteilt. Zu den Familienmitgliedern im Sinne des Satzes 1 zählen die Ehegatten und die zum

which may be used on the same frequencies (within the tolerance prescribed for the broadcasting service by applicable regulations of the host country) for radiograph, radiotelephone and similar services;

- (b) such other radio facilities as may be specified by supplementary agreement between the Tribunal and the competent authorities.

6. The Tribunal shall have the right to publish and broadcast freely and without restriction within the host country for purposes in conformity with the Convention and the Statute.

Article 12

Flag and emblem

The Tribunal shall be entitled to display its flag and emblem in the Headquarters district and on vehicles used for official purposes.

Article 13

Social security

1. Due to the fact that officials of the Tribunal are subject to regulations consistent with the United Nations Staff Regulations and Rules, including Article VI thereof, which establishes a comprehensive social security scheme, the Tribunal, the Registrar and other officials of the Tribunal, irrespective of nationality, shall be exempt from the laws of the host country on mandatory coverage by and compulsory contributions to the social security schemes of the host country during their employment with the Tribunal. This shall also apply insofar as another system of social security operated by the Tribunal or a system joined by the Tribunal provides for corresponding benefits.

2. The provisions of paragraph 1 shall not preclude voluntary participation by the Members and officials of the Tribunal in any social security scheme in the host country to the extent that such voluntary participation is permitted by the laws of the host country.

Article 14

Work permits for family members

Work permits for taking up gainful employment are granted to family members of Members, who have their residence or are normally staying in the host country, and of officials of the Tribunal. Family members within the meaning of the first sentence include the spouse as well as the children forming part of the house-

installation de liaison à employer en cas d'urgence, qui peuvent être utilisées sur les mêmes fréquences (dans la limite des tolérances prévues par les règlements applicables du pays hôte en matière de radiodiffusion) pour des services de radiotélégraphie, radiotéléphonie et autres services de même nature;

- b) toutes autres installations de radiodiffusion qui pourraient être spécifiées dans un accord supplémentaire entre le Tribunal et les autorités compétentes.

6. Le Tribunal a le droit de publier et de diffuser librement et sans restriction sur le territoire du pays hôte à des fins conformes à la Convention et au Statut.

Article 12

Drapeau et emblème

Le Tribunal a le droit d'arborer son drapeau et son emblème dans le district du siège et sur les véhicules affectés à son usage officiel.

Article 13

Sécurité sociale

1. Les fonctionnaires du Tribunal étant régis par un règlement conforme au Statut et au Règlement du personnel des Nations Unies, dont l'article VI prévoit l'établissement d'un régime complet de sécurité sociale, le Tribunal, le Greffier et les autres fonctionnaires du Tribunal, quelle que soit leur nationalité, ne sont pas soumis, pendant la durée de leur emploi par le Tribunal, à la législation du pays hôte concernant l'affiliation et les cotisations obligatoires aux régimes de sécurité sociale de ce pays. Cette disposition s'applique aussi lorsqu'un autre régime de sécurité sociale dont le Tribunal est administrateur ou adhérent prévoit des prestations analogues.

2. Les dispositions du paragraphe 1 n'excluent pas la participation volontaire des Membres et des fonctionnaires du Tribunal à tout régime de sécurité sociale du pays hôte pour autant qu'elle soit autorisée par la législation de ce pays.

Article 14

Autorisations de travail pour les membres de famille

Des autorisations de travail leur permettant d'exercer un emploi rémunéré sont accordées aux membres de la famille des Membres qui résident ou séjournent normalement dans le pays hôte, et des fonctionnaires du Tribunal. L'expression «membres de la famille» au sens de la première phrase s'entend du conjoint et des

Haushalt gehörenden Kinder, die jünger als 21 Jahre oder wirtschaftlich abhängig sind.

hold who are under 21 years of age or economically dependent.

enfants faisant partie du ménage du Membre ou du fonctionnaire qui sont âgés de moins de 21 ans ou économiquement à la charge de celui-ci.

Artikel 15

Befreiung von Steuern und Zöllen sowie von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen

(1) Der Gerichtshof, seine Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte sowie seine Geschäfte und Transaktionen genießen im Gastland Befreiung von jeder direkten Steuer. Es besteht jedoch Einvernehmen darüber, dass der Gerichtshof keine Befreiung von Steuern verlangt, die lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen. Die dem Gerichtshof gehörenden oder in seinem Namen benutzten Fahrzeuge werden nach erfolgter Notifikation von der Kraftfahrzeugsteuer befreit.

(2) Der Gerichtshof genießt Befreiung von allen Zöllen, Einfuhrumsatzsteuern sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich der vom Gerichtshof für seinen amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführten Gegenstände. Waren, die unter Inanspruchnahme dieser Befreiung eingeführt oder gekauft wurden, dürfen im Hoheitsgebiet des Gastlands nur zu den mit den zuständigen Behörden vereinbarten Bedingungen verkauft oder anderweitig veräußert werden. Der Gerichtshof genießt ferner Befreiung von allen Zöllen, Einfuhrumsatzsteuern sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich seiner Veröffentlichungen.

(3) Der Gerichtshof genießt Befreiung von allen indirekten Steuern einschließlich Versicherungssteuer sowie Umsatzsteuer und Verbrauchsteuern, die bei größeren Einkäufen, die für den amtlichen Gebrauch des Gerichtshofs bestimmt sind, im Preis enthalten sind. Die Befreiung von der im Preis von Benzin, Dieselkraftstoff und Heizöl enthaltenen Mineralölsteuer und von der Umsatzsteuer erfolgt jedoch in Form einer Erstattung dieser Steuern an den Gerichtshof zu den zwischen der Regierung und dem Gerichtshof vereinbarten Bedingungen. Es besteht jedoch Einvernehmen darüber, dass der Gerichtshof keine Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben verlangt, die lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen. Waren, die unter Inanspruchnahme einer Befreiung oder Erstattung gekauft werden, dürfen nur zu den zwischen der Regierung und dem Gerichtshof vereinbarten Bedingungen verkauft oder anderweitig veräußert werden.

Artikel 16

Gelder und Freiheit von Währungsbeschränkungen

(1) Ohne irgendwelchen finanziellen Kontrollen, Regelungen oder Stillhalte-

Article 15

Exemption from taxes, customs duties and import or export restrictions

1. The Tribunal, its assets, income and other property, and its operations and transactions shall be exempt from all direct taxes in the host country. It is understood, however, that the Tribunal shall not claim exemption from taxes which are no more than charges for public utility services. The motor vehicles belonging to or operated by the Tribunal shall, upon notification, be exempted from motor vehicle tax.

2. The Tribunal shall be exempt from all customs duties, import turnover taxes, prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of articles imported or exported by the Tribunal for its official use. Goods imported or purchased under such an exemption shall not be sold or otherwise disposed of in the territory of the host country, except under conditions agreed with the competent authorities. The Tribunal shall also be exempt from all customs duties, import turnover taxes, prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of its publications.

3. The Tribunal shall be exempt from all indirect taxes including insurance tax as well as value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) and excise duties which form part of the price of important purchases intended for the official use of the Tribunal. However, exemption from mineral oil tax included in the price of petrol, diesel and heating oil and value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) shall take the form of a refund of these taxes to the Tribunal under the conditions to be agreed upon between the Government and the Tribunal. It is understood, however, that the Tribunal shall not claim exemption from taxes and duties which are no more than charges for public utility services. Goods purchased under an exemption or reimbursement shall not be sold or otherwise disposed of, except in accordance with the conditions agreed upon between the Government and the Tribunal.

Article 16

Funds and freedom from currency restrictions

1. Without being restricted by financial controls, regulations or moratoria of any

Article 15

Exonération d'impôts et de droits de douane et des restrictions à l'importation ou à l'exportation

1. Le Tribunal, ses avoirs, revenus et autres biens, de même que ses opérations et transactions, sont exonérés de tout impôt direct du pays hôte. Il demeure entendu, toutefois, que le Tribunal ne demandera pas l'exonération d'impôts qui représentent, en fait, la simple rémunération de services d'utilité publique. Les véhicules automobiles appartenant au Tribunal ou utilisés pour son compte sont, sur notification, exonérés de la taxe sur les véhicules automobiles.

2. Le Tribunal est exonéré de tous droits de douane et impôts sur le chiffre d'affaires à l'importation et exempté de toutes prohibitions et restrictions d'importation ou d'exportation à l'égard d'objets importés ou exportés par lui pour son usage officiel. Les articles ainsi importés ou achetés en franchise ne seront ni vendus ni autrement cédés sur le territoire du pays hôte, si ce n'est aux conditions convenues avec les autorités compétentes. Le Tribunal est en outre exempté de tous droits de douane, impôts sur le chiffre d'affaires à l'importation et de toutes prohibitions et restrictions d'importation et d'exportation touchant ses publications.

3. Le Tribunal est exonéré de tous impôts indirects, y compris la taxe d'assurance ainsi que la taxe sur la valeur ajoutée/taxe sur le chiffre d'affaires (*Umsatzsteuer*) et les droits d'accises entrant dans le prix d'achats importants effectués par le Tribunal pour son usage officiel. Toutefois, l'exonération de la taxe sur l'huile minérale incluse dans le prix de l'essence, du diesel et du fuel-oil domestique, et de la taxe sur la valeur ajoutée/taxe sur le chiffre d'affaires (*Umsatzsteuer*) se fait sous forme de remboursement de ces taxes au Tribunal dans des conditions convenues entre le Tribunal et le Gouvernement. Il demeure entendu, toutefois, que le Tribunal ne demandera pas l'exonération de taxes et impôts qui représentent, en fait, la simple rémunération de services d'utilité publique. Les articles achetés en franchise ou ayant fait l'objet d'un remboursement ne seront ni vendus ni autrement cédés, sauf aux conditions convenues entre le Tribunal et le Gouvernement.

Article 16

Fonds et absence de restrictions en matière de change

1. Sans être astreint à aucun contrôle, réglementation ou moratoire financiers,

maßnahmen unterworfen zu sein, kann der Gerichtshof in Wahrnehmung seiner Aufgaben

- a) Gelder, Gold, Wertpapiere oder Devisen jeder Art entgegennehmen und besitzen sowie Konten in jeder Währung unterhalten;
- b) seine Gelder, sein Gold, seine Wertpapiere oder Devisen von einem Staat in einen anderen Staat oder innerhalb eines Staates frei transferieren sowie alle in seinem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umwechseln;
- c) festverzinsliche und andere Wertpapiere entgegennehmen, besitzen, übertragen, transferieren, umwandeln oder anderweitig mit ihnen verfahren.

(2) Bei der Ausübung der Rechte nach Absatz 1 berücksichtigt der Gerichtshof alle Vorstellungen der zuständigen Behörden, soweit er dies nach seinem Dafürhalten tun kann, ohne seine eigenen Interessen zu schädigen.

Artikel 17

Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstige Vorteile

Die Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile der in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personen werden im Interesse der Rechtspflege durch den Gerichtshof gewährt, um die unabhängige Wahrnehmung der amtlichen Aufgaben dieser Personen zu gewährleisten, nicht jedoch zu ihrem persönlichen Vorteil.

Artikel 18

Vorrechte und Immunitäten für die Mitglieder und die Bediensteten des Gerichtshofs

(1) Vorbehaltlich dieses Abkommens und unbeschadet des Artikels 19 sind die Vorrechte und Immunitäten, die den Mitgliedern und den Bediensteten des Gerichtshofs im Hoheitsgebiet des Gastlands gewährt werden, mit denen vereinbar, die den Diplomaten in Übereinstimmung mit dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen gewährt werden; dabei handelt es sich insbesondere um Folgendes:

- a) Die Mitglieder und der Kanzler des Gerichtshofs oder ein Bediensteter, der den Kanzler während dessen Abwesenheit vertritt, genießen die Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile, die das Gastland den bei ihm beglaubigten Chefs diplomatischer Missionen gewährt.
- b) Die Bediensteten des Gerichtshofs der Stufe P-5 und darüber genießen die Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile, die das

kind, whilst carrying out its activities:

- (a) the Tribunal may receive and hold funds, gold, securities or currency of any kind and operate accounts in any currency;
- (b) the Tribunal shall be free to transfer its funds, gold, securities or currency from one country to another or within any country and to convert any currency held by it into any other currency;
- (c) the Tribunal may receive, hold, negotiate, transfer, convert or otherwise deal with bonds and other financial securities.

2. In exercising its rights under paragraph 1, the Tribunal shall pay due regard to any representations made by the competent authorities insofar as it is considered that effect can be given to such representations without detriment to the interests of the Tribunal.

Article 17

Privileges, immunities, facilities and prerogatives

The privileges, immunities, facilities and prerogatives of the individuals referred to in articles 18 to 22 are granted in the interests of the administration of justice by the Tribunal in order to safeguard the independent performance of their official functions and not for the personal benefit of the individuals themselves.

Article 18

Privileges and immunities for the Members and officials of the Tribunal

1. Subject to the provisions of this Agreement and without prejudice to the provisions of article 19, the privileges and immunities to be accorded to the Members and officials of the Tribunal within the territory of the host country shall be consistent with those accorded to diplomatic agents in accordance with the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961 and shall in particular be as follows:

- (a) the Members and the Registrar of the Tribunal, or any official acting as Registrar during his or her absence from duty, shall enjoy the same privileges, immunities, facilities and prerogatives as are accorded by the host country to the heads of diplomatic missions accredited to the host country;
- (b) the officials of the Tribunal of P-5 level and above shall enjoy the same privileges, immunities, facilities and prerogatives as are accorded by the host

dans l'exercice de ses activités, le Tribunal:

- a) peut recevoir et détenir des fonds, de l'or, des titres, ou des devises de toute nature et avoir des comptes dans n'importe quelle devise;
- b) est libre de transférer ses fonds, son or, ses titres ou devises d'un pays à un autre ou à l'intérieur de tout pays et de convertir toute devise en sa possession en toute autre devise;
- c) peut recevoir, détenir, négocier, transférer, convertir des obligations et autres valeurs financières ou effectuer toute autre opération concernant de telles valeurs.

2. Dans l'exercice des droits énoncés au paragraphe 1, le Tribunal tient dûment compte de toutes représentations qui peuvent lui être faites par les autorités compétentes dans la mesure où il peut y donner suite sans porter préjudice à ses intérêts.

Article 17

Privilèges, immunités, facilités et prérogatives

Les privilèges, immunités, facilités et prérogatives des personnes visées aux articles 18 à 22 sont accordés dans l'intérêt de l'administration de la justice par le Tribunal pour permettre aux intéressés d'exercer leurs fonctions officielles en toute indépendance, et non pas dans leur intérêt personnel.

Article 18

Privilèges et immunités des Membres et des fonctionnaires du Tribunal

1. Sous réserve des dispositions du présent Accord et sans préjudice des dispositions de l'article 19, les privilèges et immunités dont bénéficient les Membres et les fonctionnaires du Tribunal sur le territoire du pays hôte sont compatibles avec ceux accordés aux agents diplomatiques conformément à la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961; il s'agit en particulier des privilèges et immunités ci-après:

- a) les Membres et le Greffier du Tribunal, ou tout fonctionnaire remplaçant le Greffier jouissent des mêmes privilèges, immunités, facilités et prérogatives que ceux accordés par le pays hôte aux chefs de mission diplomatique accrédités auprès du pays hôte;
- b) les fonctionnaires du Tribunal de la classe P-5 et de rang supérieur jouissent des mêmes privilèges, immunités, facilités et prérogatives que ceux

Gastland in vergleichbarem Rang stehenden Mitgliedern des diplomatischen Personals der im Gastland errichteten Missionen gewährt.

- c) Die anderen Bediensteten des Gerichtshofs genießen die Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen, die das Gastland in vergleichbarem Rang stehenden Mitgliedern der im Gastland errichteten diplomatischen Missionen gewährt.
- d) Die Ehegatten und die zum Haushalt gehörenden unterhaltenen Verwandten der Mitglieder, des Kanzlers und der anderen Bediensteten des Gerichtshofs genießen die Behandlung, die vom Gastland den Ehegatten und zum Haushalt gehörenden unterhaltenen Verwandten der in vergleichbarem Rang stehenden Mitglieder der im Gastland errichteten diplomatischen Missionen gewährt wird.

(2) Die Mitglieder genießen die in diesem Artikel vorgesehene Behandlung auch nach Ablauf ihrer Amtszeit, wenn sie weiterhin ihre Aufgaben wahrnehmen.

(3) Um den Mitgliedern und den Bediensteten des Gerichtshofs volle Freiheit des Wortes und völlige Unabhängigkeit bei der Erfüllung ihrer Pflichten zu gewährleisten, genießen diese Immunität von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf ihre bei der Erfüllung ihrer Pflichten vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen auch dann noch, wenn sie nicht mehr im Dienst des Gerichtshofs stehen.

(4) Die Mitglieder und die Bediensteten des Gerichtshofs sowie ihre Ehegatten und die zu ihrem Haushalt gehörenden unterhaltenen Verwandten erhalten in Zeiten internationaler Krisen die Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung, die Diplomaten nach dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und nach dem Völkerrecht erhalten.

(5) Die Mitglieder und die Bediensteten des Gerichtshofs schließen für Fahrzeuge, die sich in ihrem Eigentum befinden oder von ihnen benutzt werden, die Haftpflichtversicherungen ab, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Gastlands erforderlich sind.

(6) Die Regierung verpflichtet sich, erforderlichenfalls Hausangestellten von Mitgliedern, des Kanzlers oder von Bediensteten des Gerichtshofs Visa und Aufenthaltsgenehmigungen so schnell wie möglich auszustellen; eine Arbeitserlaubnis ist in diesen Fällen nicht erforderlich.

(7) Die Mitglieder und die Bediensteten des Gerichtshofs sowie ihre Ehegatten und die zu ihrem Haushalt gehörenden unterhaltenen Verwandten sind von jeder nationalen Dienstleistung und der Ausländermeldepflicht befreit.

country to members of comparable rank of the diplomatic staff of missions established in the host country;

- c) the other officials of the Tribunal shall enjoy the same privileges, immunities and facilities as are accorded by the host country to members of comparable rank of diplomatic missions established in the host country;
- d) the spouses and dependent relatives forming part of the household of the Members, the Registrar of the Tribunal and the other officials of the Tribunal shall receive the same treatment as is accorded by the host country to spouses and dependent relatives forming part of the household of members of comparable rank of diplomatic missions established in the host country.

2. The Members shall enjoy the treatment provided for in this article even after expiry of their terms of office, if they continue to exercise their functions.

3. In order to secure complete freedom of speech and complete independence in the discharge of their duties, the Members and officials of the Tribunal shall continue to enjoy immunity from legal process in respect of words spoken and written and all acts done by them in the discharge of their duties even when they are no longer engaged in the business of the Tribunal.

4. Members and officials of the Tribunal shall be given, together with their spouses and dependent relatives forming part of their household, the same repatriation facilities in time of international crises as diplomatic agents are given under the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961 and international law.

5. The Members and officials of the Tribunal shall have insurance coverage against third-party risks in respect of vehicles owned or operated by them pursuant to the laws and regulations of the host country.

6. The Government undertakes to issue visas and residence permits, where required, to household employees of Members, of the Registrar or other officials of the Tribunal as speedily as possible; no work permit will be required in such cases.

7. The Members and officials of the Tribunal, together with their spouses and dependent relatives forming part of their households, shall be exempt from national service obligations and alien registration.

accordés par le pays hôte aux membres de rang comparable du personnel diplomatique des missions établies dans le pays hôte;

- c) les autres fonctionnaires du Tribunal jouissent des mêmes privilèges, immunités et facilités que ceux accordés par le pays hôte aux membres de rang comparable des missions diplomatiques établies dans le pays hôte;
- d) les conjoints et les personnes à charge apparentées faisant partie du ménage des Membres, du Greffier du Tribunal et des autres fonctionnaires du Tribunal bénéficient du même traitement que celui accordé par le pays hôte aux conjoints et aux personnes à charge apparentées faisant partie du ménage des membres de rang comparable des missions diplomatiques établies dans le pays hôte.

2. Les Membres bénéficient du traitement prévu par le présent article, même après l'expiration de leur mandat, s'ils continuent d'exercer leurs fonctions.

3. Afin qu'ils jouissent d'une complète liberté de parole et d'une complète indépendance dans l'exercice de leurs fonctions, les Membres et les fonctionnaires du Tribunal continuent de bénéficier de l'immunité de juridiction en ce qui concerne les paroles, les écrits et tous les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions, même lorsqu'ils ne participent plus aux activités du Tribunal.

4. Les Membres et les fonctionnaires du Tribunal ainsi que leurs conjoints et les personnes apparentées à leur charge faisant partie de leur ménage bénéficient, en période de crise internationale, des mêmes facilités de rapatriement que celles accordées aux agents diplomatiques en vertu de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961 ainsi que du droit international.

5. Les Membres et les fonctionnaires du Tribunal doivent contracter une assurance aux tiers pour les véhicules dont ils sont propriétaires ou qu'ils utilisent, conformément aux lois et règlements du pays hôte.

6. Le Gouvernement s'engage à délivrer le plus rapidement possible des visas et des cartes de séjour, lorsqu'il y a lieu, aux employés de maison des Membres, du Greffier et des autres fonctionnaires du Tribunal; aucune autorisation de travail ne sera requise en pareils cas.

7. Les Membres et les fonctionnaires du Tribunal, ainsi que leurs conjoints et les personnes à charge apparentées faisant partie de leur ménage, sont exonérés des obligations relatives au service national et des formalités relatives à l'enregistrement des étrangers.

(8) Den Bediensteten des Gerichtshofs werden bei Devisenerleichterungen die Vorrechte gewährt, die in vergleichbarem Rang stehenden Bediensteten, die den im Gastland errichteten diplomatischen Missionen angehören, gewährt werden.

(9) Die Namen der Mitglieder, des Kanzlers und des Vizekanzlers des Gerichtshofs werden in die Diplomatistenliste aufgenommen.

(10) Dieser Artikel gilt unabhängig von den zwischen der Regierung des Staates, dessen Angehöriger die betreffende Person ist, und dem Gastland bestehenden Beziehungen.

8. The officials of the Tribunal shall be accorded the same privileges in respect of exchange facilities as are accorded to the officials of comparable rank forming part of diplomatic missions established in the host country.

9. The names of the Members, the Registrar and the Deputy Registrar of the Tribunal shall be included in the Diplomatic list.

10. The provisions of this article shall be applicable irrespective of the relations existing between the Government of the country of which such an individual is a national and the host country.

8. Les fonctionnaires du Tribunal jouissent des mêmes privilèges pour ce qui est des facilités de change que ceux accordés aux membres de rang comparable des missions diplomatiques établies dans le pays hôte.

9. Les noms des Membres, du Greffier et du Greffier adjoint du Tribunal sont inclus dans la liste diplomatique.

10. Les dispositions du présent article sont applicables, quelles que soient les relations existant entre le gouvernement du pays dont l'intéressé est ressortissant et le pays hôte.

Artikel 19

Vorrechte und Befreiungen in Bezug auf Steuern und sonstige Abgaben für die Mitglieder und die Bediensteten des Gerichtshofs

Die Mitglieder und die Bediensteten des Gerichtshofs genießen im Hoheitsgebiet des Gastlands die folgenden Vorrechte und Befreiungen in Bezug auf Steuern, sonstige Abgaben und Zölle:

- a) Die Mitglieder und der Kanzler des Gerichtshofs oder ein Bediensteter, der den Kanzler während dessen Abwesenheit vertritt, genießen die Vorrechte und Befreiungen, die das Gastland den bei ihm beglaubigten Chefs diplomatischer Missionen gewährt.
- b) Die Bediensteten des Gerichtshofs der Stufe P-5 und darüber genießen die Vorrechte und Befreiungen, die das Gastland in vergleichbarem Rang stehenden Mitgliedern des diplomatischen Personals der im Gastland errichteten Missionen gewährt.
- c) Die Mitglieder und die Bediensteten des Gerichtshofs genießen ungeachtet ihres Ranges Befreiung von der Besteuerung der vom Gerichtshof gezahlten Bezüge.
- d) Die Ehegatten und die zum Haushalt gehörenden unterhaltenen Verwandten eines Mitglieds, des Kanzlers oder von Bediensteten des Gerichtshofs der Rangstufe P 5 und darüber genießen die Vorrechte und Befreiungen, die Ehegatten und zum Haushalt gehörenden unterhaltenen Verwandten von in vergleichbarem Rang stehenden Diplomaten der im Gastland errichteten diplomatischen Missionen gewährt wird.
- e) Die Bediensteten des Gerichtshofs sind berechtigt, ihre Möbel und ihre persönliche Habe bei ihrem ersten Amtsantritt im Gastland frei von Zöllen einzuführen.

Article 19

Privileges and exemptions with regard to taxes and duties for the Members and officials of the Tribunal

The Members and officials of the Tribunal shall enjoy the following privileges and exemptions with regard to taxes, duties and customs duties within the territory of the host country:

- (a) the Members and the Registrar of the Tribunal, or any official acting as Registrar during his or her absence from duty, shall enjoy the same privileges and exemptions as are accorded by the host country to the heads of diplomatic missions accredited to the host country;
- (b) the officials of the Tribunal of P-5 level and above shall enjoy the same privileges and exemptions as are accorded by the host country to members of comparable rank of the diplomatic staff of missions established in the host country;
- (c) the Members and the officials of the Tribunal, irrespective of their ranking, shall enjoy exemption from taxation on the salaries and emoluments paid to them by the Tribunal;
- (d) the spouses and dependent relatives forming part of the household of a Member or the Registrar of the Tribunal or of officials of the Tribunal of P-5 level and above, shall enjoy the same privileges and exemptions as are accorded to spouses and dependent relatives forming part of the household of diplomatic agents of comparable rank of diplomatic missions established in the host country;
- (e) the officials of the Tribunal shall have the right to import free of duty their furniture and effects at the time of first taking up their post in the host country.

Article 19

Privilèges et exonérations concernant les impôts et droits accordés aux Membres et aux fonctionnaires du Tribunal

Les Membres et les fonctionnaires du Tribunal jouissent, pour ce qui est des taxes, impôts et droits de douane sur le territoire du pays hôte, des privilèges et exonérations ci-après:

- a) les Membres et le Greffier du Tribunal ou tout autre fonctionnaire remplaçant le Greffier jouissent des mêmes privilèges et exonérations que ceux que le pays hôte accorde aux chefs de mission diplomatique accrédités auprès du pays hôte;
- b) les fonctionnaires du Tribunal de la classe P-5 et de rang supérieur jouissent des mêmes privilèges et exonérations que ceux que le pays hôte accorde aux membres de rang comparable du personnel diplomatique des missions établies dans le pays hôte;
- c) les Membres et les fonctionnaires du Tribunal, quel que soit leur rang, sont exonérés de tout impôt sur les traitements et émoluments que leur verse le Tribunal;
- d) les conjoints et les personnes à charge apparentées faisant partie du ménage d'un Membre ou du Greffier du Tribunal ou des fonctionnaires du Tribunal de la classe P-5 et de rang supérieur jouissent des mêmes privilèges et exonérations que les conjoints et les personnes à charge apparentées faisant partie du ménage d'agents diplomatiques de rang comparable des missions diplomatiques établies dans le pays hôte;
- e) les fonctionnaires du Tribunal jouissent du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets à l'occasion de leur première prise de fonctions dans le pays hôte.

Artikel 20**Nach Artikel 289
des Seerechtsüberein-
kommens ernannte Sachverständige**

Die Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile, die den Mitgliedern, ihren Ehegatten und zu ihrem Haushalt gehörenden unterhaltenen Verwandten sowie ihren Hausangestellten nach den Artikeln 18 und 19 gewährt werden, gelten sinngemäß für die nach Artikel 289 des Seerechtsübereinkommens ernannten Sachverständigen bei der Erfüllung ihrer Pflichten, für ihre Ehegatten und die zu ihrem Haushalt gehörenden unterhaltenen Verwandten sowie ihre Hausangestellten, solange diese Sachverständigen ihre Aufgaben wahrnehmen. Artikel 18 Absatz 3 gilt sinngemäß für die nach Artikel 289 des Seerechtsübereinkommens ernannten Sachverständigen, auch wenn diese nicht mehr im Dienst des Gerichtshofs stehen.

Artikel 21**Bevollmächtigte,
die Streitparteien vertreten,
sowie Rechtsbeistände und Anwälte,
die vor dem Gerichtshof auftreten sollen**

(1) Bevollmächtigte, die Parteien eines Verfahrens vor dem Gerichtshof vertreten, sowie Rechtsbeistände und Anwälte, die vor dem Gerichtshof auftreten sollen, genießen unbeschadet des Absatzes 2 die zur unabhängigen Erfüllung ihrer Pflichten erforderlichen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen während ihrer Reise zu und von dem Sitzgelände sowie während der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Sie genießen

- a) Immunität von jeder Art der Festnahme, Durchsuchung oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;
- b) Befreiung von der Kontrolle des persönlichen Gepäcks, sofern nicht triftige Gründe für die Annahme vorliegen, dass es Gegenstände enthält, die nicht für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind oder deren Ein- oder Ausfuhr nach dem Recht des Gastlands verboten oder durch Quarantänevorschriften des Gastlands geregelt ist. In solchen Fällen findet die Kontrolle in Anwesenheit der betreffenden Bevollmächtigten, Rechtsbeistände oder Anwälte statt;
- c) Immunität von jeglicher Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Erfüllung ihrer Pflichten als Vertreter der vor dem Gerichtshof auftretenden Parteien vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität bleibt auch dann bestehen, wenn sie ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen;
- d) Unverletzlichkeit von Schriftstücken und Papieren;

Article 20**Experts appointed under
article 289 of the Convention**

The privileges, immunities, facilities and prerogatives accorded to Members, their spouses and dependent relatives forming part of their household and domestic staff, in accordance with articles 18 and 19, shall apply *mutatis mutandis* to experts appointed under article 289 of the Convention in the discharge of their duties and to their spouses and dependent relatives forming part of their household and domestic staff while such experts are exercising their functions. The provisions of article 18, paragraph 3, shall apply *mutatis mutandis* to experts appointed under article 289 of the Convention even when they are no longer engaged in the business of the Tribunal.

Article 21**Agents representing parties,
counsel and advocates designated
to appear before the Tribunal**

1. Agents representing parties to proceedings before the Tribunal as well as counsel and advocates appearing before it shall, without prejudice to paragraph 2, be accorded the privileges, immunities and facilities necessary for the independent exercise of their duties during their journey to and from the Headquarters district, and while exercising their functions. They shall be accorded:

- (a) immunity from any form of personal arrest, search or detention and from seizure of their personal baggage;
- (b) exemption from inspection of personal baggage, unless there are serious grounds for believing that the baggage contains articles not for personal use or articles the import or export of which is prohibited by the law or controlled by the quarantine regulations of the host country. An inspection in such a case shall be conducted in the presence of the agent, counsel or advocate concerned;
- (c) immunity from legal process of every kind in respect of words spoken and written and all acts done by them while discharging their duties as representatives of parties before the Tribunal, which immunity shall continue even after they have ceased to exercise their functions;
- (d) inviolability of documents and papers;

Article 20**Experts désignés conformément
à l'article 289 de la Convention**

Les privilèges, immunités, facilités et prérogatives accordés aux Membres, à leurs conjoints et aux personnes apparentées à leur charge faisant partie de leur ménage, ainsi qu'à leur personnel domestique, conformément aux articles 18 et 19, s'appliquent, *mutatis mutandis*, aux experts désignés conformément à l'article 289 de la Convention, dans l'exercice de leurs fonctions, à leurs conjoints et aux personnes apparentées à leur charge faisant partie de leur ménage ainsi qu'à leur personnel domestique, tant que lesdits experts exercent leurs fonctions. Les dispositions du paragraphe 3 de l'article 18 s'appliquent, *mutatis mutandis*, aux experts désignés conformément à l'article 289 de la Convention même lorsqu'ils ne participent plus aux activités du Tribunal.

Article 21**Agents représentant les parties,
conseils et avocats désignés
pour plaider devant le Tribunal**

1. Les agents représentant les parties à une procédure devant le Tribunal ainsi que les conseils et avocats désignés pour plaider devant lui se voient accorder, sans préjudice des dispositions du paragraphe 2, les privilèges, immunités et facilités nécessaires à l'exercice indépendant de leurs tâches durant le voyage à destination et en provenance du district du siège et pendant qu'ils exercent leurs fonctions. Ils se voient accorder:

- a) l'immunité d'arrestation personnelle, de fouille ou de détention sous quelque forme que ce soit ainsi que de saisie de leurs bagages personnels;
- b) l'exemption de l'inspection de leurs bagages personnels, à moins qu'il n'existe des motifs sérieux de croire qu'ils contiennent des articles qui ne sont pas destinés à leur usage personnel ou des articles dont l'importation ou l'exportation est interdite par la législation ou soumise aux règlements de quarantaine du pays hôte. En pareil cas, il est procédé à l'inspection en présence de l'agent, du conseil ou de l'avocat concerné;
- c) l'immunité de toute juridiction en ce qui concerne leurs paroles et leurs écrits ainsi que tous les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs tâches de représentation des parties devant le Tribunal, même une fois qu'ils auront cessé d'exercer leurs fonctions;
- d) l'inviolabilité des documents et papiers;

- e) das Recht, Papiere oder Schriftverkehr durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;
- f) Befreiung von Einreisebeschränkungen und der Ausländermeldepflicht für sich und ihre Ehegatten;
- g) in Bezug auf ihr persönliches Gepäck und auf Währungs- und Devisenbeschränkungen die Erleichterungen, die Vertretern ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichem Auftrag gewährt werden;
- h) in Zeiten internationaler Krisen die Erleichterungen bezüglich der Heim-schaffung, die Diplomaten nach dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und nach dem Völkerrecht gewährt werden.
- (2) Die vor dem Gerichtshof auftretenden Vertreter von Staaten und Vertragsstaaten, ob Bevollmächtigte, Rechtsbeistände oder Anwälte, genießen unbeschadet einer anderslautenden Regelung in Absatz 1 die Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile, die Diplomaten nach dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und nach dem Völkerrecht gewährt werden.
- (3) Im Sinne des Absatzes 1 zählen zu den Parteien eines Verfahrens vor dem Gerichtshof auch Staaten, die nicht Vertragsstaaten sind, Rechtsträger, die keine Staaten sind, die Internationale Meeresbodenbehörde, natürliche und juristische Personen sowie befürwortende Staaten oder Rechtsträger, die nach Artikel 190 des Seerechtsübereinkommens die Parteien vertreten.
- (4) Die Absätze 1 und 2 gelten unabhängig von den zwischen der Regierung des Staates, dessen Angehöriger die betreffende Person ist, und dem Gastland bestehenden Beziehungen.
- (5) Geht von Seiten der Parteien eines Verfahrens vor dem Gerichtshof eine Mitteilung bezüglich der Ernennung eines Bevollmächtigten, Rechtsbeistands oder Anwalts ein, so unterzeichnet der Kanzler des Gerichtshofs eine Bescheinigung über die Rechtsstellung dieses Vertreters, deren Gültigkeit auf einen dem Verfahren angemessenen Zeitraum befristet ist.
- (6) Der Kanzler des Gerichtshofs teilt den zuständigen Behörden die Ernennung von Bevollmächtigten, Rechtsbeiständen und Anwälten der Parteien unter Angabe des voraussichtlichen Zeitraums, in dem ihre Anwesenheit und Reisen im Gastland erforderlich sind, mit.
- (7) Die zuständigen Behörden gewähren die in diesem Artikel vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile den Bevollmächtigten, Rechtsbeiständen und Anwälten bei Vorlage der in Absatz 5 genannten Bescheinigung.
- (e) the right to receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;
- (f) exemption in respect of themselves and their spouses from immigration restrictions or alien registration;
- (g) the same facilities in respect of their personal baggage and in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign Governments on temporary official missions;
- (h) the same repatriation facilities in time of international crises as are accorded to diplomatic agents under the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961 and international law.
2. The representatives of States and States Parties who may be agents, counsel or advocates appearing before the Tribunal shall, notwithstanding anything to the contrary in paragraph 1, enjoy the privileges, immunities, facilities and prerogatives which, in accordance with the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961 and international law, are accorded to diplomatic agents.
3. For the purposes of paragraph 1, parties to proceedings before the Tribunal shall include States other than States Parties, entities other than States, the International Seabed Authority, natural and juridical persons and sponsoring States or entities representing parties to proceedings in accordance with article 190 of the Convention.
4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall be applicable irrespective of the relations existing between the Government of which such an individual is a national and the host country.
5. Upon receipt of notification from parties to proceedings before the Tribunal as to the appointment of an agent, counsel or advocate, a certification of the status of such representative shall be provided under the signature of the Registrar of the Tribunal and limited to a period reasonably required for the proceedings.
6. The Registrar of the Tribunal shall notify the competent authorities of the appointment of agents, counsel or advocates of parties, indicating the prospective period for which their presence in and travel within the host country will be required.
7. The competent authorities shall accord the privileges, immunities, facilities and prerogatives provided in this article upon production of the certification referred to in paragraph 5.
- e) le droit de recevoir des documents ou de la correspondance par courrier ou par valise scellée;
- f) l'exemption, pour eux-mêmes et pour leurs conjoints, de toute mesure restrictive relative à l'immigration et de toute formalité d'enregistrement des étrangers;
- g) les mêmes facilités en ce qui concerne leurs bagages personnels et les restrictions monétaires ou de change que celles accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;
- h) les mêmes facilités en matière de rapatriement, en période de crise internationale, que celles accordées aux agents diplomatiques par la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961 et par le droit international.
2. Les représentants des Etats et des Etats Parties qui plaident devant le Tribunal en qualité d'agent, de conseil ou d'avocat bénéficient, nonobstant toute disposition contraire du paragraphe 1, des privilèges, immunités, facilités et prérogatives qui sont accordés aux agents diplomatiques par la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961 et par le droit international.
3. Aux fins du paragraphe 1, l'expression «parties à une procédure devant le Tribunal» englobe les Etats autres que les Etats Parties, les entités autres que des Etats, l'Autorité internationale des fonds marins, les personnes physiques ou morales et les Etats ayant accordé leur patronage ou les entités qui représentent les parties à la procédure conformément à l'article 190 de la Convention.
4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 sont applicables, quelles que soient les relations existant entre le gouvernement dont l'intéressé est ressortissant et le pays hôte.
5. Le Greffier du Tribunal délivre, sous sa signature, à l'agent, au conseil ou à l'avocat dont les parties à une procédure devant le Tribunal lui ont notifié la désignation, une pièce justificative attestant le statut dudit agent, conseil ou avocat, valable pour une période raisonnable requise par la procédure.
6. Le Greffier du Tribunal notifie aux autorités compétentes la désignation par les parties d'agents, de conseils ou d'avocats, en indiquant la période pendant laquelle sera probablement requise leur présence dans le pays, temps de voyage compris.
7. Les autorités compétentes accordent aux agents, conseils et avocats les privilèges, immunités, facilités et prérogatives prévus par le présent article, au vu de la pièce justificative mentionnée au paragraphe 5.

Artikel 22**Zeugen, Sachverständige und Personen, die Aufträge durchführen**

(1) Zeugen, Sachverständige und Personen, die aufgrund einer Verfügung des Gerichtshofs Aufträge durchführen, genießen während der Dauer ihrer Aufträge und während ihrer Reise zu und von dem Sitzgelände die Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen, die für die unabhängige Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Insbesondere genießen sie die Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen, die Bevollmächtigte, Rechtsbeistände und Anwälte nach Artikel 21 Absatz 1 Buchstaben a bis h genießen, wobei Zeugen, Sachverständige oder einen Auftrag durchführende Personen, die Diplomaten eines Staates oder Vertragsstaats sind, die Behandlung genießen, die Bevollmächtigte, Rechtsbeistände und Anwälte, die Diplomaten sind, nach Artikel 21 Absatz 2 genießen.

(2) Die Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden des Gastlands dürfen die Durchreise von Personen, die vom Gerichtshof im Rahmen der amtlichen Tätigkeit auf das Sitzgelände eingeladen sind, zu und von dem Sitzgelände nicht behindern. Die zuständigen Behörden bieten diesen Personen während der Durchreise zu und von dem Sitzgelände den nötigen Schutz. Diese Personen genießen sinngemäß die Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen, die nach diesem Artikel Personen gewährt werden, die für den Gerichtshof amtliche Aufträge durchführen.

(3) Dieser Artikel gilt unabhängig von den zwischen der Regierung des Staates, dessen Angehöriger die betreffende Person ist, und dem Gastland bestehenden Beziehungen.

Article 22**Witnesses, experts and persons performing missions**

1. Witnesses, experts and persons performing missions by order of the Tribunal shall be accorded the privileges, immunities and facilities necessary for the independent exercise of their functions, while on mission and during their journey to and from the Headquarters district. In particular, they shall be accorded the privileges, immunities and facilities accorded to agents, counsel and advocates under article 21, paragraph 1, subparagraphs (a) to (h), provided that a witness, expert or person performing missions who is a diplomatic agent of a State or a State Party shall be accorded the same treatment accorded to agents, counsel or advocates who are diplomatic agents under article 21, paragraph 2.

2. The federal (*Bund*), Land (state) or local authorities of the host country shall not impose any impediment to the transit to and from the Headquarters district of persons invited to the Headquarters district by the Tribunal on official business. The competent authorities shall afford any necessary protection to such persons while in transit to or from the Headquarters district. Such persons shall *mutatis mutandis* enjoy the privileges, immunities and facilities accorded to persons performing official missions for the Tribunal in accordance with this article.

3. The provisions of this article shall be applicable irrespective of the relations existing between the Government of which such an individual is a national and the host country.

Article 22**Témoins, experts et personnes accomplissant des missions**

1. Les témoins, les experts et les personnes accomplissant des missions sur ordre du Tribunal jouissent, pendant la durée de leur mission, y compris pendant le temps passé pour aller au district du siège et en revenir, des privilèges, immunités et facilités nécessaires à l'exercice indépendant de leurs fonctions. Ils jouissent en particulier des privilèges, immunités et facilités accordés aux agents, conseils et avocats, en vertu des lettres a) à h) du paragraphe 1 de l'article 21, sous réserve qu'un témoin, un expert ou une personne accomplissant des missions et qui est un agent diplomatique d'un Etat Partie bénéficie du même traitement que celui accordé aux agents, conseils ou avocats qui sont également agents diplomatiques, en vertu du paragraphe 2 de l'article 21.

2. Les autorités fédérales (*Bund*), des Etats (*Land*) ou locales du pays hôte n'imposent aucun obstacle aux déplacements des personnes qui, à l'invitation du Tribunal, se rendent au district du siège à des fins officielles, ou en reviennent. Les autorités compétentes accordent à ces personnes la protection nécessaire lors de ces déplacements. Ces personnes bénéficient *mutatis mutandis* des privilèges, immunités et facilités accordés aux personnes accomplissant une mission officielle pour le Tribunal conformément au présent article.

3. Les dispositions du présent article sont applicables quelles que soient les relations entre le gouvernement du pays dont l'intéressé est ressortissant et le pays hôte.

Artikel 23**Staatsangehörige des Gastlands und Personen, die im Gastland ständig ansässig sind**

Die in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personen genießen die dort vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten nicht, wenn sie deutsche Staatsangehörige sind oder in Deutschland ständig ansässig sind; hiervon ausgenommen sind

- a) die Befreiung von den Bestimmungen über die soziale Sicherheit, vorausgesetzt, sie unterliegen dem Sozialversicherungsrecht ihres Heimatstaats oder beteiligen sich an einem freiwilligen Versicherungssystem mit angemessenen Leistungen;
- b) die Befreiung von der Besteuerung der vom Gerichtshof gezahlten Bezüge und
- c) die Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich aller von ihnen in Erfüllung ihrer Pflichten vorgenommenen Hand-

Article 23**Nationals and permanent residents of the host country**

Persons referred to in articles 18 to 22 shall not enjoy the privileges and immunities provided therein if they are German nationals or have their permanent residence in Germany, with the exception of:

- (a) the exemption from social security provisions provided that they are subject to the social security law of their home State or they participate in a voluntary insurance scheme with adequate benefits;
- (b) the exemption from taxation on the salaries and emoluments paid to them by the Tribunal; and
- (c) the immunity from legal process in respect of words spoken or written and all acts done by them in discharging

Article 23**R ressortissants et résidents permanents du pays hôte**

Les personnes visées aux articles 18 à 22, s'il s'agit de ressortissants allemands ou de résidents permanents en Allemagne, ne jouissent pas des privilèges et immunités prévus dans ces articles, à l'exception de:

- a) l'exemption des dispositions relatives à la sécurité sociale, pour autant qu'elles sont régies par la législation sur la sécurité sociale de leur Etat d'origine ou qu'elles participent à un plan d'assurance volontaire prévoyant des prestations appropriées;
- b) l'exonération d'impôt sur les traitements et émoluments versés par le Tribunal; et
- c) l'immunité de toute juridiction en ce qui concerne leurs paroles et leurs écrits ainsi que tous les actes accomplis par

lungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität bleibt auch dann bestehen, wenn die Personen ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen.

their duties, which immunity shall continue even after the persons have ceased to exercise their functions.

elles dans l'exercice de leurs tâches, même une fois qu'elles auront cessé d'exercer leurs fonctions.

Artikel 24

Aufhebung

(1) Ein Staat, der Partei eines Verfahrens vor dem Gerichtshof ist, hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Immunität der Bevollmächtigten, Rechtsbeistände und Anwälte, die ihn vertreten oder von ihm bestimmt wurden, sowie der in Artikel 22 genannten Zeugen, Sachverständigen und Aufträge durchführenden Personen, die Diplomaten des betreffenden Staates sind, in allen Fällen aufzuheben, in denen nach Auffassung des betreffenden Staates die Immunität verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen die Immunität ohne Beeinträchtigung der Rechtspflege durch den Gerichtshof und des Zwecks, für den die Immunität gewährt wurde, aufgehoben werden kann.

(2) Das Recht und die Pflicht, die Immunität von Bevollmächtigten, Rechtsbeiständen und Anwälten aufzuheben, die Rechtsträger, die keine Staaten sind, vertreten oder von ihnen bestimmt wurden, liegt beim Gerichtshof; dieser hebt die Immunität nach Anhörung der betreffenden Person auf, wenn nach seiner Auffassung die Immunität nicht unmittelbar mit der Wahrnehmung amtlicher Aufgaben zusammenhängt oder sich daraus ergibt, wenn sie verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Rechtspflege durch den Gerichtshof und des Zwecks, für den die Immunität gewährt wurde, aufgehoben werden kann.

(3) Das Recht und die Pflicht, die Immunität von in Artikel 22 genannten Zeugen, Sachverständigen und Aufträge durchführenden Personen, die nicht Diplomaten sind, aufzuheben, liegt beim Gerichtshof; dieser hebt die Immunität nach Anhörung der betreffenden Person auf, wenn nach seiner Auffassung die Immunität nicht unmittelbar mit der Wahrnehmung amtlicher Aufgaben zusammenhängt oder sich daraus ergibt, wenn sie verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Rechtspflege durch den Gerichtshof und des Zwecks, für den die Immunität gewährt wurde, aufgehoben werden kann.

(4) Das Recht und die Pflicht, die Immunität des Kanzlers oder des Vizekanzlers oder eines anderen Bediensteten des Gerichtshofs, der den Kanzler vertritt, und der nach Artikel 289 des Seerechtsübereinkommens ernannten Sachverständigen sowie der Mitglieder ihres Haushalts aufzuheben, liegt beim Gerichtshof; dieser hebt die Immunität nach Anhörung der betreffenden Person auf, wenn nach seiner

Article 24

Waiver

1. A State which is a party to proceedings before the Tribunal not only has the right but is under a duty to waive the immunity of agents, counsel and advocates representing or designated by it and of witnesses, experts and persons performing missions referred to in article 22 who are diplomatic agents of the State concerned, in any case where in the opinion of the State concerned the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the administration of justice by the Tribunal and the purpose for which the immunity is accorded.

2. The right and the duty to waive the immunity of agents, counsel and advocates, representing or designated by an entity other than a State shall lie with the Tribunal, after hearing the individual concerned, where, in its opinion, the immunity is not directly related to or incidental to the performance of official functions and would impede the course of justice and it can be waived without prejudice to the administration of justice by the Tribunal and the purpose for which the immunity is accorded.

3. The right and the duty to waive the immunity of witnesses, experts and persons performing missions referred to in article 22, who are not diplomatic agents, shall lie with the Tribunal, after hearing the individual concerned, where, in its opinion, the immunity is not directly related to or incidental to the performance of official functions and would impede the course of justice and it can be waived without prejudice to the administration of justice by the Tribunal and the purpose for which the immunity is accorded.

4. The right and the duty to waive the immunity of the Registrar, or the Deputy Registrar or any other official of the Tribunal, when acting as Registrar, or experts appointed under article 289 of the Convention, and members of their households shall lie with the Tribunal, after hearing the individual concerned, where, in its opinion, the immunity is not directly related to or incidental to the performance of official

Article 24

Levée de l'immunité

1. Un Etat partie à une procédure devant le Tribunal a non seulement le droit, mais aussi le devoir, de lever l'immunité des agents, conseils et avocats qui le représentent ou qui ont été désignés par lui et des témoins, experts et personnes accomplissant une mission visés à l'article 22 qui se trouvent être les agents diplomatiques de l'Etat concerné, dans tous les cas où, de l'avis de l'Etat concerné, l'immunité empêcherait que justice soit faite et peut être levée sans nuire à l'administration de la justice par le Tribunal et au but pour lequel elle est accordée.

2. Le droit et le devoir de lever l'immunité dont jouissent les agents, conseils et avocats, représentant des entités autres que des Etats ou désignés par ceux-ci, appartiennent au Tribunal, dans les cas où, la personne en cause entendue, l'immunité n'a pas, de l'avis du Tribunal, de rapport direct ou de connexité avec l'accomplissement de fonctions officielles, empêcherait que justice soit faite et peut être levée sans nuire à l'administration de la justice par le Tribunal et au but pour lequel elle est accordée.

3. Le droit et le devoir de lever l'immunité des témoins, experts et personnes accomplissant une mission, visés à l'article 22, qui ne sont pas des agents diplomatiques, appartiennent au Tribunal, dans les cas où, la personne en cause entendue, l'immunité n'a pas, de l'avis du Tribunal, de rapport direct ou de connexité avec l'accomplissement de fonctions officielles, empêcherait que justice soit faite et peut être levée sans nuire à l'administration de la justice par le Tribunal et au but pour lequel elle est accordée.

4. Le droit et le devoir de lever l'immunité du Greffier, du Greffier adjoint, ou de tout autre fonctionnaire du Tribunal remplissant les fonctions de Greffier, ou des experts désignés conformément à l'article 289 de la Convention, ainsi que des personnes faisant partie de leur ménage, appartiennent au Tribunal, dans les cas où, la personne en cause entendue, l'immunité n'a pas, de l'avis du Tribunal, de rapport

Auffassung die Immunität nicht unmittelbar mit der Wahrnehmung amtlicher Aufgaben zusammenhängt oder sich daraus ergibt, wenn sie verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Rechtspflege durch den Gerichtshof und des Zwecks, für den die Immunität gewährt wurde, aufgehoben werden kann.

(5) Das Recht und die Pflicht, die Immunität anderer Bediensteter des Gerichtshofs sowie der zu ihrem Haushalt gehörenden Personen aufzuheben, liegt beim Kanzler des Gerichtshofs; dieser hebt die Immunität mit der Zustimmung des Präsidenten des Gerichtshofs und nach Anhörung der betreffenden Person auf, wenn nach seiner Auffassung die Immunität nicht unmittelbar mit der Wahrnehmung amtlicher Aufgaben zusammenhängt oder sich daraus ergibt, wenn sie verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Rechtspflege durch den Gerichtshof und des Zwecks, für den die Immunität gewährt wurde, aufgehoben werden kann.

Artikel 25

Passierscheine, Ausweise und Notifikation

(1) Die für die Mitglieder, die Bediensteten des Gerichtshofs sowie die nach Artikel 289 des Seerechtsübereinkommens ernannten Sachverständigen ausgestellten Passierscheine der Vereinten Nationen werden von der Regierung als gültige Reiseausweise anerkannt und entgegengenommen.

(2) Die in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personen, die keinen Passierschein der Vereinten Nationen vorweisen, sind von Einreisebeschränkungen befreit, vorausgesetzt, sie verfügen entweder über einen gültigen Reiseausweis mit Einreisevisum und einen Nachweis ihrer amtlichen Eigenschaft oder sie verfügen über einen gültigen Reiseausweis und ihre Ankunft wird den zuständigen Behörden vom Gerichtshof notifiziert.

(3) Der Kanzler des Gerichtshofs stellt im Namen des Gerichtshofs den in den Artikeln 20 bis 22 genannten Personen einen Ausweis aus, auf dem der Name, Geburtstag und -ort sowie die Pass- oder Personalausweisnummer angegeben sind und der ein Lichtbild der betreffenden Person sowie ihre Unterschrift enthält. Dieser Ausweis dient dazu, die Identität des Inhabers und seine amtliche Eigenschaft in Bezug auf den Gerichtshof den zuständigen Behörden gegenüber nachzuweisen. Im Fall einer staatenlosen Person werden die von einem Staat ausgestellten Reiseausweise für den Zweck dieses Absatzes als Pass oder Personalausweis angesehen.

(4) Der Kanzler des Gerichtshofs notifiziert den zuständigen Behörden, wenn eine in Artikel 18 genannte Person ihre

functions and would impede the course of justice and it can be waived without prejudice to the administration of justice by the Tribunal and the purpose for which the immunity is accorded.

5. The right and the duty to waive the immunity of other officials of the Tribunal and members of their households shall lie with the Registrar of the Tribunal, with the approval of the President of the Tribunal, and after hearing the individual concerned, where, in the Registrar's opinion, the immunity is not directly related to or incidental to the performance of official functions and would impede the course of justice and it can be waived without prejudice to the administration of justice by the Tribunal and the purpose for which the immunity is accorded.

Article 25

Laissez-passer, identity cards and notification

1. The Government shall recognise and accept the United Nations laissez-passer issued to Members, officials of the Tribunal and experts appointed under article 289 of the Convention as a valid travel document.

2. Persons referred to in articles 18 to 22 who do not present a United Nations laissez-passer shall be immune from immigration restrictions provided that they produce either a valid travel document with an entry visa and evidence of their official capacity or a valid travel document and the competent authorities are notified of their arrival by the Tribunal.

3. The Registrar of the Tribunal shall, on behalf of the Tribunal, furnish persons referred to in articles 20 to 22 with an identity card stating the name, date and place of birth and the number of passport or number of national identity card and bearing a photograph and signature of the person concerned. This identity card shall serve to identify the holder and his official capacity in relation to the Tribunal, to the competent authorities. In the case of a stateless person, the travel documents issued by a State will for the purpose of this paragraph be treated as a passport or a national identity card.

4. The Registrar of the Tribunal shall notify the competent authorities when any person mentioned in article 18 takes up or

direct ou de connexité avec l'accomplissement de fonctions officielles, empêcherait que justice soit faite et peut être levée sans nuire à l'administration de la justice par le Tribunal et au but pour lequel elle est accordée.

5. Le droit et le devoir de lever l'immunité des autres fonctionnaires du Tribunal ainsi que des personnes faisant partie de leur ménage appartiennent au Greffier du Tribunal, avec l'assentiment du Président du Tribunal, et dans les cas où, la personne en cause entendue, l'immunité n'a pas, de l'avis du Greffier, de rapport direct ou de connexité avec l'accomplissement de fonctions officielles, empêcherait que justice soit faite et peut être levée sans nuire à l'administration de la justice par le Tribunal et au but pour lequel elle est accordée.

Article 25

Laissez-passer, cartes d'identité et notification

1. Le Gouvernement reconnaît et accepte comme titres de voyage valables les laissez-passer des Nations Unies délivrés aux Membres, aux fonctionnaires du Tribunal et aux experts désignés conformément à l'article 289 de la Convention.

2. Les personnes visées aux articles 18 à 22 qui ne présentent pas de laissez-passer des Nations Unies sont exemptées de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration à condition qu'elles présentent soit un titre de voyage valable portant un visa d'entrée et une pièce attestant qu'elles voyagent en leur qualité officielle, soit un titre de voyage valable et que les autorités compétentes soient notifiées de leur arrivée par le Tribunal.

3. Le Greffier du Tribunal, au nom du Tribunal, délivre aux personnes visées aux articles 20 à 22 une carte d'identité où sont indiqués le nom, la date et le lieu de naissance et le numéro du passeport ou de la carte d'identité nationale et portant une photographie et la signature de la personne intéressée. Cette carte d'identité établit à l'intention des autorités compétentes l'identité du porteur et sa qualité officielle auprès du Tribunal. Dans le cas des personnes apatrides, les titres de voyage délivrés par un Etat seront, aux fins du présent paragraphe, considérés comme un passeport ou une carte d'identité nationale.

4. Le Greffier du Tribunal notifie aux autorités compétentes la prise ou la cessation de fonctions de toute personne

Tätigkeit aufnimmt oder beendet, und übersendet den zuständigen Behörden in regelmäßigen Abständen eine Liste dieser Personen unter Angabe ihres Namens, ihres Geburtstags und -orts, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Privatanschrift, ihrer Aufgaben beim Gerichtshof und der voraussichtlichen Dienstzeit.

(5) Der Kanzler des Gerichtshofs notifiziert den zuständigen Behörden die Ernennung von in Artikel 21 genannten Bevollmächtigten, Rechtsbeiständen und Anwälten. Ist die Anwesenheit einer in Artikel 21 oder 22 genannten Person vor dem Gerichtshof erforderlich, so notifiziert der Kanzler des Gerichtshofs dies den zuständigen Behörden umgehend. In der Notifikation sind der Name, der Geburtstag und -ort sowie die Heimatanschrift der betreffenden Person und die Aufgaben der Person beim Gerichtshof sowie die voraussichtliche Dauer der Aufgaben anzugeben.

Artikel 26

Einreise in und Durchreise durch das Gastland sowie Aufenthalt im Gastland

(1) Die zuständigen Behörden ergreifen alle notwendigen Maßnahmen, um den in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personen die Einreise in das Gastland und den Aufenthalt im Gastland zu erleichtern; sie behindern deren Ausreise aus dem Gastland nicht und stellen ferner den erforderlichen Schutz sicher. Die zuständigen Behörden stellen sicher, dass die Durchreise dieser Personen zu und von dem Sitzgelände nicht behindert wird, und bieten ihnen den erforderlichen Schutz.

(2) Absatz 1 gilt nicht bei einer allgemeinen Unterbrechung des Verkehrs und beeinträchtigt nicht die Wirksamkeit allgemein geltender Gesetze über den Betrieb von Verkehrsmitteln.

(3) Die für die in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personen gegebenenfalls erforderlichen Visa werden kostenlos und so rasch wie möglich erteilt.

(4) Anträge der Mitglieder und des Kanzlers des Gerichtshofs auf Ausstellung von (gegebenenfalls erforderlichen) Visa sollen möglichst umgehend bearbeitet werden. Alle anderen Inhaber von Passierscheinen der Vereinten Nationen sollen dieselben Erleichterungen erhalten, wenn ihren Anträgen auf Ausstellung von Visa eine Bescheinigung beigefügt ist, dass sie dienstlich für den Gerichtshof reisen. Zusätzlich sollen allen Inhabern eines Passierscheins der Vereinten Nationen Erleichterungen für zügiges Reisen gewährt werden.

(5) Ähnliche Erleichterungen wie die in Absatz 4 genannten sollen Zeugen, Sachverständigen und anderen Personen gewährt werden, die über eine Bescheini-

relinquishes duties, and shall periodically send the competent authorities a list of all such persons with information as to the name, date and place of birth, nationality, home address, functions with the Tribunal and the anticipated duration of service.

5. The Registrar of the Tribunal shall notify the competent authorities of the nomination of agents, counsel and advocates referred to in article 21. When attendance before the Tribunal by a person referred to in article 21 or article 22 is required, the Registrar of the Tribunal shall notify the competent authorities immediately. This information shall state the name, date and place of birth and home address of the person concerned as well as the functions of the person before the Tribunal and the anticipated duration of the functions.

Article 26

Entry, transit and sojourn in the host country

1. The competent authorities shall take all necessary measures to facilitate the entry into and sojourn in the host country, and shall place no impediment in the way of departure from the host country, of the persons referred to in articles 18 to 22 and also ensure them the necessary protection. The competent authorities shall ensure that no impediment is placed in the way of their transit to or from the Headquarters seat and shall afford them the necessary protection.

2. Paragraph 1 shall not apply in the case of general interruptions of transportation, and shall not impair the effectiveness of generally applicable laws relating to the operation of means of transportation.

3. Visas which may be required by persons referred to in articles 18 to 22 shall be granted without charge and as promptly as possible.

4. Applications for visas (where required) from the Members and the Registrar of the Tribunal should be dealt with as speedily as possible. All other holders of United Nations laissez-passer should receive the same facilities when their applications for visas are accompanied by a certificate stating that they are travelling on the business of the Tribunal. In addition, all holders of United Nations laissez-passer should be granted facilities for speedy travel.

5. Similar facilities to those specified in paragraph 4 should be accorded to witnesses, experts and other persons who, though not the holders of United Nations

visée à l'article 18, et il leur adresse périodiquement une liste de toutes ces personnes indiquant leur nom, leurs date et lieu de naissance, leur nationalité, leur adresse personnelle, leurs fonctions auprès du Tribunal et la durée prévue de leur période de service.

5. Le Greffier du Tribunal notifie aux autorités compétentes la nomination des agents, conseils et avocats visés à l'article 21. Lorsqu'une personne visée à l'article 21 ou à l'article 22 doit se présenter devant le Tribunal, le Greffier du Tribunal en informe immédiatement les autorités compétentes. Il doit indiquer, à cette occasion, le nom, la date et le lieu de naissance, l'adresse personnelle et les fonctions de l'intéressé auprès du Tribunal ainsi que la durée prévue desdites fonctions.

Article 26

Entrée, transit et séjour dans le pays hôte

1. Les autorités compétentes prennent toutes les mesures nécessaires pour faciliter l'entrée et le séjour dans le pays hôte des personnes visées aux articles 18 à 22, ne font aucunement obstacle à leurs déplacements lorsqu'elles quittent le pays hôte et leur assurent la protection voulue. Les autorités compétentes veillent à ce qu'il ne soit nullement fait obstacle aux déplacements de ces personnes lorsqu'elles se rendent au district du siège ou en reviennent et leur accordent la protection voulue.

2. Le paragraphe 1 ne s'applique pas en cas d'interruption générale des transports et ne prive pas d'effet les lois généralement applicables en matière d'exploitation des moyens de transport.

3. Si un visa est exigé des personnes visées aux articles 18 à 22, celui-ci leur est délivré gratuitement et le plus rapidement possible.

4. Il convient de donner suite le plus rapidement possible aux demandes de visa (si un visa est exigé) des Membres et du Greffier du Tribunal. Il en va de même des demandes de visa de tous les autres titulaires d'un laissez-passer des Nations Unies accompagnées d'un certificat attestant que leur voyage est lié aux activités du Tribunal. En outre, il convient d'accorder des facilités à tous les titulaires de laissez-passer des Nations Unies pour accélérer leurs déplacements.

5. Il convient d'accorder des facilités analogues à celles spécifiées au paragraphe 4 aux témoins, experts et autres personnes, qui, sans être titulaires d'un laissez-

gung verfügen, dass sie dienstlich für den Gerichtshof reisen, auch wenn sie nicht im Besitz eines Passierscheins der Vereinten Nationen sind.

(6) Eine in amtlicher Eigenschaft für den Gerichtshof ausgeübte Tätigkeit einer in den Artikeln 18 bis 22 genannten Person darf nicht als Grund dafür dienen, ihr die Einreise in das Hoheitsgebiet oder die Ausreise aus dem Hoheitsgebiet des Gastlands zu verwehren oder sie zum Verlassen des Hoheitsgebiets des Gastlands zu zwingen.

(7) Es besteht Einvernehmen, dass die in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personen nicht von der sachlich gebotenen Anwendung international anerkannter Regeln über Quarantäne und Volksgesundheit ausgenommen sind.

Artikel 27

Aufrechterhaltung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung

(1) Dieses Abkommen berührt nicht das Recht des Gastlands, mit Zustimmung des Präsidenten des Gerichtshofs die Vorkehrungen zu treffen, die für die Sicherheit des Gerichtshofs oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig sind.

(2) Erachtet das Gastland es für erforderlich, Absatz 1 anzuwenden, so tritt es so rasch, wie die Umstände es zulassen, an den Gerichtshof heran, um im gegenseitigen Einvernehmen die Maßnahmen zu bestimmen, die für den Schutz des Gerichtshofs notwendig sind.

Artikel 28

Verantwortung, Haftung und Versicherung

(1) Aus der Tatsache, dass sich in seinem Hoheitsgebiet der Sitz des Gerichtshofs befindet, erwächst dem Gastland keine weitere völkerrechtliche Verantwortung für Handlungen oder Unterlassungen des Gerichtshofs oder seiner Bediensteten, die im Rahmen ihrer Aufgaben tätig beziehungsweise nicht tätig werden, als die, welche ihm als Vertragsstaat zukommt.

(2) Unbeschadet der nach diesem Abkommen oder dem Allgemeinen Übereinkommen bestehenden Immunitäten schließt der Gerichtshof eine Versicherung ab, um die Haftung für Verletzungen oder Schäden abzudecken, die der Regierung oder anderen Personen als den Bediensteten des Gerichtshofs durch die Tätigkeit des Gerichtshofs im Gastland, durch die Nutzung des Sitzgeländes oder darauf errichteter Gebäude oder durch in seinem Eigentum befindliche oder in seinem Namen benutzte Fahrzeuge entstehen. Zu diesem Zweck gewährleisten die zuständigen Behörden dem Gerichtshof, dass er einen Versicherungsschutz mit angemessenen Prämien abschließen kann, wobei

laissez-passer, have a certificate stating that they are travelling on the business of the Tribunal.

6. No activity performed by any person referred to in articles 18 to 22 in an official capacity with respect to the Tribunal shall constitute a reason for preventing the entry into or departure from the territory of the host country of the person or for requiring the person to leave the territory of the host country.

7. It is understood that the persons referred to in articles 18 to 22 are not exempt from any reasonable application of the internationally accepted rules governing quarantine and public health.

Article 27

Maintenance of security and public order

1. Nothing in this Agreement shall affect the right of the host country to take, with the approval of the President of the Tribunal, the precautions necessary for its security or for the maintenance of public order.

2. If the host country considers it necessary to apply paragraph 1, it shall approach the Tribunal as rapidly as circumstances allow in order to determine by mutual agreement the measures necessary to protect the Tribunal.

Article 28

Responsibility, liability and insurance

1. The host country shall not incur, by reason of the location of the seat of the Tribunal within its territory, any international responsibility for acts or omissions of the Tribunal or of its officials acting or abstaining from acting within the scope of their functions other than the international responsibility which the host country would incur as a State Party.

2. Without prejudice to its immunities under this Agreement or the General Agreement, the Tribunal shall carry insurance to cover liability for any injury or damage arising from the activities of the Tribunal in the host country or from its use of the Headquarters district or buildings erected thereon or vehicles owned or operated by it that may be suffered by persons other than officials of the Tribunal, or by the Government. To this end, the competent authorities shall secure for the Tribunal, at reasonable rates, insurance coverage permitting claims to be submitted directly to the insurer by parties suffering injury or damage. Such claims and liability shall, without prejudice to the privileges

sez-passer des Nations Unies, sont munis d'un certificat attestant que leur voyage est lié aux activités du Tribunal.

6. Aucune des activités exercées par l'une quelconque des personnes visées aux articles 18 à 22 en sa qualité officielle auprès du Tribunal ne peut être valablement invoquée pour empêcher l'entrée de ladite personne sur le territoire du pays hôte ou son départ, ou pour la contraindre à quitter le territoire du pays hôte.

7. Il est entendu que les personnes visées aux articles 18 à 22 ne sont pas exemptées de l'application normale des règlements de quarantaine et de santé publique internationalement acceptés.

Article 27

Maintien de la sécurité et de l'ordre public

1. Les dispositions du présent Accord ne portent nullement atteinte au droit du pays hôte de prendre, avec l'assentiment du Président du Tribunal, les précautions nécessaires à la sécurité du Tribunal et au maintien de l'ordre public.

2. Si le pays hôte juge nécessaire l'application du paragraphe 1, il consultera le Tribunal aussi rapidement que le permettront les circonstances afin d'arrêter, en accord avec le Tribunal, les mesures nécessaires à la protection de ce dernier.

Article 28

Responsabilité et assurance

1. Le pays hôte n'encourt, du fait de l'emplacement du siège du Tribunal sur son territoire, aucune responsabilité internationale pour les actes ou omissions du Tribunal ou de ses fonctionnaires dans l'exercice de leurs fonctions autre que la responsabilité internationale qu'il encourrait en tant qu'Etat Partie.

2. Sans préjudice des immunités dont il jouit en vertu du présent Accord ou de l'Accord général, le Tribunal doit contracter une assurance de responsabilité civile qui le couvrirait au cas où ses activités dans le pays hôte, ou son utilisation du district ou des bâtiments du siège, ou encore des véhicules dont il est propriétaire ou qui sont utilisés pour son compte, causeraient un dommage à des personnes autres que des fonctionnaires du Tribunal ou au Gouvernement. A cette fin, les autorités compétentes font obtenir au Tribunal, à un tarif raisonnable, une assurance qui permettrait aux parties ayant subi le dommage de soumettre leur demande d'indemnisation directement à l'assureur. Les-

erlaubt wird, dass Ansprüche von den Parteien, die eine Verletzung oder einen Schaden erlitten haben, unmittelbar beim Versicherer geltend gemacht werden. Diese Ansprüche und Haftung unterliegen unbeschadet der Vorrechte und Immunitäten des Gerichtshofs den Gesetzen des Gastlands.

and immunities of the Tribunal, be governed by the laws of the host country.

dites demandes d'indemnisation et ladite responsabilité seront régies, sans préjudice des privilèges et immunités du Tribunal, par les lois du pays hôte.

Artikel 29

Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden

(1) Der Gerichtshof arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden zusammen, um so weit wie möglich eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung polizeilicher Vorschriften sicherzustellen und jeden Missbrauch der den in Artikel 18 Absatz 1 Buchstaben c und d genannten Bediensteten des Gerichtshofs und den in den Artikeln 19 bis 22 genannten Personen gewährten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen zu verhindern.

(2) Ist die Regierung der Auffassung, dass ein Missbrauch der durch dieses Abkommen gewährten Vorrechte oder Immunitäten vorliegt, so werden zwischen den zuständigen Behörden und dem Präsidenten des Gerichtshofs Konsultationen abgehalten, um festzustellen, ob ein solcher Missbrauch vorliegt und um gegebenenfalls zu versuchen sicherzustellen, dass keine Wiederholung stattfindet. Wird in diesen Konsultationen kein für die Regierung und den Gerichtshof zufrieden stellendes Ergebnis erzielt, so kann jede Seite die Frage, ob ein solcher Missbrauch vorliegt, zur Klärung im Einklang mit den Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten nach Artikel 33 vorlegen.

(3) Die Regierung kann die in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personen, ausgenommen die Mitglieder, der Kanzler oder Vizekanzler oder jeder andere Bedienstete des Gerichtshofs, der den Kanzler vertritt, sowie die Vertreter der Vertragsstaaten, nur mit der Zustimmung des Bundesministers des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland und nach Konsultationen mit dem Kanzler im Fall von Bediensteten des Gerichtshofs und mit dem Präsidenten im Fall der anderen hier genannten Personen zwingen, das Land wegen von ihnen ausgeführter Tätigkeiten zu verlassen, die einen Missbrauch des Aufenthaltsrechts im Gastland darstellen und die nicht unmittelbar mit der Wahrnehmung amtlicher Aufgaben zusammenhängen oder sich daraus ergeben. Vertreter der Vertragsstaaten, die diese Vertragsstaaten in einem Verfahren vor dem Gerichtshof vertreten, ausgenommen Bevollmächtigte, dürfen nur im Einklang mit dem diplomatischen Verfahren, das für die beim Gastland beglaubigten Diplomaten gilt, gezwungen werden, das Land zu verlassen.

Article 29

Cooperation with the competent authorities

1. The Tribunal shall cooperate at all times with the competent authorities to facilitate to the extent possible the proper administration of justice, secure the observance of police regulations and prevent any abuse of the privileges, immunities and facilities accorded to officials of the Tribunal referred to in article 18, paragraph 1, subparagraphs (c) and (d), and the persons referred to in articles 19 to 22.

2. If the Government considers that there has been an abuse of privilege or immunity conferred by this Agreement, consultations will be held between the competent authorities and the President of the Tribunal to determine whether any such abuse has occurred and, if so, to attempt to ensure that no repetition occurs. If such consultations fail to achieve a result satisfactory to the Government and to the Tribunal, either party may submit the question as to whether such an abuse has occurred for resolution in accordance with the provisions on settlement of disputes under article 33.

3. The Government may only require persons referred to in articles 18 to 22, other than Members, the Registrar or the Deputy Registrar or any other official of the Tribunal when acting as Registrar or representatives of States Parties, to leave the country on account of any activities performed by them which are an abuse of the right of residence in the host country and are not directly related to, or incidental to the performance of, official functions, with the approval of the Minister for Foreign Affairs of the Federal Republic of Germany, after consultation with the Registrar in the case of officials of the Tribunal, and the President of the Tribunal in the case of the other persons herein referred to. Representatives of States Parties other than agents, representing such States Parties in proceedings before the Tribunal may only be required to leave the country in accordance with the diplomatic procedure applicable to diplomatic agents accredited to the host country.

Article 29

Coopération avec les autorités compétentes

1. Le Tribunal collabore, à tout moment, avec les autorités compétentes en vue de faciliter, dans la mesure du possible, la bonne administration de la justice, d'assurer le respect des règlements de police et d'empêcher tout abus des privilèges, immunités et facilités accordés aux fonctionnaires du Tribunal visés aux lettres c) et d) du paragraphe 1 de l'article 18 et aux personnes visées aux articles 19 à 22.

2. Si le Gouvernement considère que les privilèges ou immunités conférés par le présent Accord ont donné lieu à un abus, les autorités compétentes et le Président du Tribunal se consultent pour déterminer s'il y a bien eu abus et, dans l'affirmative, pour faire en sorte que cela ne se reproduise plus. Si le résultat de ces consultations ne satisfait pas le Gouvernement ou le Tribunal, l'un ou l'autre peuvent demander l'application des dispositions de l'article 33 relatif au règlement des différends pour trancher la question de savoir s'il y a eu abus.

3. Le Gouvernement ne peut exiger des personnes visées aux articles 18 à 22, autres que les Membres, le Greffier, le Greffier adjoint ou tout autre fonctionnaire du Tribunal remplaçant le Greffier ou les représentants des Etats Parties, qu'elles quittent le pays pour avoir mené des activités qui constituent un abus du droit de résidence dans le pays hôte et qui n'ont ni rapport direct ni connexité avec l'accomplissement de fonctions officielles, qu'après avoir obtenu l'aval du Ministre des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne et avoir consulté le Greffier dans le cas des fonctionnaires du Tribunal ou le Président du Tribunal dans celui des autres personnes visées. Les représentants des Etats Parties, autres que des agents, représentant ces Etats devant le Tribunal ne peuvent être invités à quitter le pays que conformément à la procédure diplomatique applicable aux agents diplomatiques accrédités dans le pays hôte.

Artikel 30**Notenwechsel**

Der Notenwechsel vom 14. Dezember 2004 zwischen der Regierung und dem Gerichtshof zu diesem Abkommen ist Bestandteil desselben.

Artikel 31**Ergänzungsabkommen**

Die Regierung und der Gerichtshof können Ergänzungsabkommen zu diesem Abkommen schließen, soweit dies als wünschenswert erachtet wird.

Artikel 32**Verhältnis zum
Allgemeinen Übereinkommen**

Dieses Abkommen ergänzt das Allgemeine Übereinkommen. Beziehen sich eine Bestimmung dieses Abkommens und eine Bestimmung des Allgemeinen Übereinkommens auf denselben Gegenstand, so werden sie möglichst als sich ergänzende Bestimmungen behandelt, so dass beide anwendbar sind und keine der beiden die Wirkung der jeweils anderen einschränkt; stehen sie aber zueinander im Widerspruch, so hat die Bestimmung dieses Abkommens Vorrang.

Artikel 33**Beilegung von Streitigkeiten**

(1) Der Gerichtshof trifft geeignete Vorkehrungen zur zufrieden stellenden Beilegung

- a) von Streitigkeiten aus privatrechtlichen Verträgen und von anderen privatrechtlichen Streitigkeiten, bei denen der Gerichtshof Streitpartei ist;
- b) von Streitigkeiten, an denen eine durch Artikel 29 Absatz 3 erfasste Person beteiligt ist, die aufgrund ihrer amtlichen Stellung Immunität genießt, sofern diese nicht nach Artikel 24 aufgehoben worden ist.

(2) Alle Streitigkeiten zwischen der Regierung und dem Gerichtshof über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder eines Ergänzungsabkommens sowie jede das Sitzgelände oder das Verhältnis zwischen der Regierung und dem Gerichtshof betreffende Frage, die nicht durch Konsultationen, Verhandlungen oder im Wege eines anderen vereinbarten Verfahrens beigelegt werden, werden auf Ersuchen einer Streitpartei zur endgültigen und bindenden Entscheidung einem Gremium aus drei Schiedsrichtern vorgelegt, von denen der erste vom Gerichtshof, der zweite von der Regierung und der dritte, der Obmann des Gremiums ist, von den ersten beiden Schiedsrichtern ausgewählt wird. Können sich die ersten beiden Schiedsrichter innerhalb von drei Monaten nach ihrer Bestellung nicht über die Bestellung des dritten Schiedsrichters einigen, so wird der Obmann auf Ersuchen des Gerichtshofs oder der Regierung

Article 30**Exchange of Notes**

The Exchange of Notes of 14th December 2004 between the Government and the Tribunal with regard to this Agreement forms an integral part thereof.

Article 31**Supplementary agreements**

The Government and the Tribunal may conclude supplementary agreements to this Agreement insofar as this is deemed desirable.

Article 32**Relationship
with the General Agreement**

The provisions of this Agreement shall be complementary to the provisions of the General Agreement. Insofar as any provision of this Agreement and any provision of the General Agreement relate to the same subject-matter, the two provisions shall, wherever possible, be treated as complementary, so that both provisions shall be applicable and neither shall limit the effect of the other; but in case of conflict, the provisions of this Agreement shall prevail.

Article 33**Settlement of disputes**

1. The Tribunal shall make suitable provision for the satisfactory settlement of:

- (a) disputes arising out of contracts and other disputes of a private law character to which the Tribunal is a party;
- (b) disputes involving any person within the scope of article 29, paragraph 3, who by reason of his or her official position enjoys immunity, if immunity has not been waived in accordance with article 24.

2. Any dispute between the Government and the Tribunal arising out of or concerning the interpretation or application of this Agreement or of any supplementary agreement, or any question affecting the Headquarters district or the relationship between the Government and the Tribunal which is not settled by consultation, negotiation or other agreed mode of settlement, shall be referred, at the request of either party to the dispute, for a final and binding decision to a panel of three arbitrators, one to be chosen by the Tribunal, one to be chosen by the Government, and the third, who shall be the Chairman of the panel, to be chosen by the first two arbitrators. Should the first two arbitrators fail to agree upon the appointment of the third member within three months following the appointment of the first two arbitrators, the Chairman shall be chosen by the Secretary-General of the United Nations within one month of the making of a request by the

Article 30**Echange de notes**

L'Echange de notes du 14 décembre 2004 entre le Gouvernement et le Tribunal concernant le présent Accord en fait partie intégrante.

Article 31**Accords supplémentaires**

Le Gouvernement et le Tribunal peuvent, s'ils le jugent souhaitable, conclure des accords supplémentaires.

Article 32**Rapports
avec l'Accord général**

Les dispositions du présent Accord complètent les dispositions de l'Accord général. Si une disposition du présent Accord et une disposition de l'Accord général portent sur le même sujet, elles seront, dans la mesure du possible, considérées comme complémentaires de telle sorte qu'elles soient toutes deux applicables et qu'elles n'aient l'une sur l'autre aucun effet limitatif; toutefois, en cas de conflit, ce sont les dispositions du présent Accord qui l'emportent.

Article 33**Règlement des différends**

1. Le Tribunal prend des dispositions appropriées en vue du règlement satisfaisant:

- a) des différends résultant de contrats et d'autres différends de droit privé auxquels le Tribunal est partie;
- b) des différends mettant en cause toute personne visée par le paragraphe 3 de l'article 29 qui jouit de l'immunité en raison de sa situation officielle, sauf si cette immunité a été levée conformément à l'article 24.

2. Tout différend entre le Gouvernement et le Tribunal au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Accord ou de tout accord complémentaire, ou toute question touchant le district du siège ou les relations entre le Gouvernement et le Tribunal, qui n'est pas réglé par voie de consultations, de négociations ou par un autre mode de règlement convenu, est soumis, à la demande de l'une ou l'autre partie, aux fins d'une décision définitive qui lie les parties, à une instance composée de trois arbitres dont un est choisi par le Tribunal, un autre par le Gouvernement et le troisième, qui préside, par les deux autres arbitres. A défaut d'accord entre les deux premiers arbitres sur le choix du troisième dans les trois mois qui suivent leur désignation, le Président est choisi par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies dans un délai d'un mois après que le Tribunal ou le Gouvernement en eut fait la demande. Si l'une ou l'autre

innerhalb eines Monats nach dem Ersuchen vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ausgewählt. Hat eine der Vertragsparteien dieses Abkommens ihren Schiedsrichter nicht innerhalb von zwei Monaten nach Bestellung des Schiedsrichters durch die andere Vertragspartei bestellt, so wird die Bestellung auf Ersuchen einer der Vertragsparteien innerhalb eines Monats nach dem Ersuchen vom Generalsekretär der Vereinten Nationen vorgenommen.

Artikel 34
Änderungen

Dieses Abkommen kann nur durch eine Übereinkunft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof geändert werden.

Artikel 35
Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Tag des Eingangs der letzten der Notifikationen folgt, mit denen die Bundesrepublik Deutschland und der Gerichtshof einander mitgeteilt haben, dass die jeweiligen förmlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Artikel 36
Registrierung

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung veranlasst. Der Gerichtshof wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat bestätigt worden ist.

Geschehen zu Berlin am 14. Dezember 2004 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Tribunal or the Government. If either party to this Agreement has failed to make its appointment of an arbitrator within two months of the appointment of an arbitrator by the other party, the Secretary-General of the United Nations shall, at the request of either party, make such appointment within one month of such a request.

Article 34
Amendments

The provisions of this Agreement may only be amended by agreement between the Federal Republic of Germany and the International Tribunal for the Law of the Sea.

Article 35
Entry into force

This Agreement shall enter into force on the first day of the month following the date of receipt of the last of the notifications by which the Federal Republic of Germany and the Tribunal have informed each other of the completion of their respective formal requirements for the entry into force of this Agreement.

Article 36
Registration

Registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations, in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, shall be initiated by the Government immediately following its entry into force. The Tribunal shall be informed of registration, and of the United Nations registration number, as soon as this has been confirmed by the Secretariat.

Done at Berlin on 14th December 2004 in duplicate in the German, English and French languages, all language texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour La République fédérale d'Allemagne

Chrobog

Für den Internationalen Seegerichtshof
For the International Tribunal for the Law of the Sea
Pour Le Tribunal international du droit de la mer

Dolliver Nelson

des parties au présent Accord n'a pas nommé un arbitre dans les deux mois de la désignation d'un arbitre par l'autre partie, le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies procède, à la demande de l'une ou l'autre partie, à cette nomination dans un délai d'un mois à compter de la date d'une telle demande.

Article 34
Amendements

Les dispositions du présent Accord ne peuvent être modifiées que par accord entre le Tribunal international du droit de la mer et la République fédérale d'Allemagne.

Article 35
Entrée en vigueur

Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du mois qui suit la date de réception de la dernière des notifications par lesquelles le Tribunal et la République fédérale d'Allemagne se seront mutuellement informés de l'accomplissement des formalités requises pour son entrée en vigueur.

Article 36
Enregistrement

L'enregistrement du présent Accord auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, sera effectué par le Gouvernement immédiatement après son entrée en vigueur. Le Tribunal sera informé de l'enregistrement et du numéro d'enregistrement à l'Organisation des Nations Unies, dès confirmation par le Secrétariat.

Fait à Berlin, le 14 décembre 2004, en deux exemplaires originaux en langues allemande, anglaise et française, les trois textes faisant également foi.

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
Jürgen Chrobog

10117 Berlin, den 14. Dezember 2004
Werderscher Markt 1

Exzellenz,

ich beehre mich, anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs (im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) auf die zwischen den Vertretern der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Vertretern des Internationalen Seegerichtshofs geführten Gespräche über die Auslegung gewisser Bestimmungen des Abkommens Bezug zu nehmen und folgende Absprachen zu bestätigen:

1. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass es sich bei den vom Gerichtshof nach Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens zu erlassenden Vorschriften um Vorschriften handelt, die zur Durchführung seiner Geschäfte und Tätigkeiten bei der Erfüllung seines Auftrags sowie zur Schaffung der für die Wahrnehmung seiner Aufgaben und die Erfüllung seiner Zwecke erforderlichen Bedingungen notwendig sind.
2. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die Bediensteten des Gerichtshofs, deren Mitgliedschaft in der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung wegen einer Beschäftigung beim Gerichtshof geendet hat, der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung in entsprechender Anwendung des § 9 Abs. 1 Nr. 5 des Fünften Buchs des Sozialgesetzbuchs beitreten können, wenn sie innerhalb von zwei Monaten nach dem Ende ihrer Beschäftigung beim Gerichtshof eine Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen. Der Beitritt ist der Krankenkasse durch die betreffende Person innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme der Beschäftigung anzuzeigen.
3. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die Vorrechte und Befreiungen in Bezug auf die Umsatzsteuer in der Bundesrepublik Deutschland, die den Mitgliedern und den Bediensteten des Gerichtshofs nach Artikel 19 Buchstaben a und b des Abkommens gewährt werden, auf der Grundlage der günstigsten Behandlung nach der jeweils geltenden Verordnung über die Erstattung von Umsatzsteuer an ausländische ständige diplomatische Missionen und berufskonsularische Vertretungen sowie an ihre ausländischen Mitglieder gewährt werden.

Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass das Bundesamt für Finanzen dem Gerichtshof auf Antrag die Umsatzsteuer erstattet, die in Bezug auf für den amtlichen Gebrauch des Gerichtshofs von einem Steuerpflichtigen erworbene Lieferungen und Leistungen entrichtet wurde, sofern der geschuldete Steuerbetrag je Rechnung insgesamt € 25 übersteigt und der Steuerbetrag auf der Rechnung gesondert ausgewiesen ist. Mindert sich die erstattete Umsatzsteuer nachträglich infolge einer Überprüfung des ursprünglich für die betreffenden Lieferungen und Leistungen gezahlten Preises, so unterrichtet der Gerichtshof das Bundesamt für Finanzen von dieser Preissenkung und zahlt danach den Überschuss der zuvor erstatteten Steuer zurück.

Ebenso erstattet das Bundesamt für Finanzen dem Gerichtshof auf Antrag die im Preis enthaltene Mineralölsteuer für Benzin, Dieselkraftstoff und Heizöl bei Käufen, die für den amtlichen Gebrauch des Gerichtshofs bestimmt sind, sofern der Steuerbetrag je Rechnung insgesamt € 25 übersteigt.

Werden Waren, die der Gerichtshof für seinen amtlichen Gebrauch in der Europäischen Union erworben oder in die Europäische Union eingeführt hat und für die ihm Befreiung von der Umsatzsteuer oder Einfuhrumsatzsteuer gewährt worden ist, an steuerpflichtige Personen, die vollen Anspruch auf Absetzung von der Steuer haben, an internationale Organisationen, die Anspruch auf Steuerbefreiung haben, oder an andere Stellen, die Steuerbefreiung genießen, verkauft, entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben oder in anderer Weise veräußert, so ist keine Umsatzsteuer zu zahlen. Werden die genannten Waren an andere als die oben genannten Personen oder Stellen verkauft, entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben oder in anderer Weise veräußert, so ist der Teil der Umsatzsteuer, der dem Verkaufspreis beziehungsweise dem Zeitwert dieser Waren entspricht, an das Bundesamt für Finanzen abzuführen. Die Höhe des geschuldeten Steuerbetrags wird auf der Grundlage des im tatsächlichen Zeitpunkt des entsprechenden Rechtsgeschäfts geltenden Steuersatzes ermittelt. Die zollfrei eingeführten Waren dürfen in der Bundesrepublik Deutschland nur mit Zustimmung der Regierung und unter Zahlung der anzuwendenden Zölle verkauft oder in anderer Weise veräußert werden.

4. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland in begründeten Einzelfällen auf Antrag Bediensteten der Stufe P-4, deren Aufgaben dies rechtfertigen, die gleichen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen gewährt

wie nach Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 19 Buchstabe b des Abkommens den Bediensteten der Stufe P-5 und darüber. Entsprechende Anträge werden vom Kanzler des Gerichtshofs beim Auswärtigen Amt gestellt.

5. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die Mitglieder von dem deutschen Recht betreffend die Pflichtversicherung im Bereich der sozialen Sicherheit aufgrund ihrer diplomatischen Rechtsstellung nach Artikel 10 des Statuts des Gerichtshofs und Artikel 18 des Abkommens ausgenommen sind. Für Mitglieder, die deutsche Staatsangehörige sind oder in Deutschland ständig ansässig sind, gilt dies nur insoweit, als die Bedingungen des Artikels 23 Buchstabe a des Abkommens erfüllt sind.
6. In Bezug auf Artikel 19 des Abkommens gehen die Vertragsparteien davon aus,
 - a) dass für die Zwecke des deutschen Steuerrechts die in Artikel 19 Buchstabe c genannte Steuerbefreiung nicht für vom Gerichtshof an frühere Mitglieder oder Bedienstete des Gerichtshofs gezahlte Ruhegehälter und Renten gewährt wird. Insofern wird Gleichbehandlung geübt mit den anderen Organisationen der Vereinten Nationen, die im Gastland angesiedelt sind. Unbeschadet bleiben Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen dem Gastland und dem Land der Staatsangehörigkeit oder des Aufenthalts der betroffenen Personen;
 - b) dass der Gerichtshof der Regierung die Namen und die Anschrift des Aufenthaltsorts der Bediensteten des Gerichtshofs im Gastland, denen die Vorrechte und Befreiungen von Diplomaten nicht gewährt werden, notifiziert;
 - c) dass, falls die Erhebung einer Steuer vom Aufenthalt abhängt, die Zeiten, während derer sich die Mitglieder oder die Bediensteten des Gerichtshofs zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Gastland befinden, nicht als Zeiten des Aufenthalts angesehen werden, wenn diesen Mitgliedern oder Bediensteten diplomatische Vorrechte, Immunitäten und Befreiungen gewährt werden.
7. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass den Bediensteten des Gerichtshofs und den zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitgliedern (Ehegatten, ledige Kinder unter 21 Jahren und andere von ihnen unterhaltene Verwandte) nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst beim Gerichtshof nach einer mehrjährigen Dienstzeit in Hamburg auf Antrag in Übereinstimmung mit den anwendbaren deutschen Rechtsvorschriften eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt wird, sofern sie ihren Lebensunterhalt einschließlich Kranken- und Pflegeversicherung selbst bestreiten können.
8. Die Vertragsparteien gehen davon aus,
 - a) dass die Regierung dem Gerichtshof nach Artikel 25 Absatz 2 des Abkommens die dort genannten Behörden mitteilt;
 - b) dass die in Artikel 25 Absatz 2 des Abkommens genannten Personen nach Vorlage eines gültigen Reiseausweises an der Grenze erforderlichenfalls ein Visum erhalten und ihnen die Reise zum Sitz des Gerichtshofs erleichtert wird. Der Gerichtshof wird von diesem Verfahren nur in einem dringenden Fall oder unter unvorhersehbaren Umständen Gebrauch machen und Angaben über diese Umstände zur Verfügung stellen.
9. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass Beschränkungen in Bezug auf die Einreise in das Gastland, den Aufenthalt in oder die Ausreise aus dem Gastland nicht für die in den Artikeln 18 bis 22 des Abkommens genannten Personen gelten, die diplomatische Immunität oder eine ähnliche Rechtsstellung genießen. Beschränkungen in Bezug auf die Einreise in das Gastland, den Aufenthalt in oder die Ausreise aus dem Gastland können auf die in den Artikeln 21 und 22 des Abkommens genannten Personen, die keine diplomatische Immunität und keine ähnliche Rechtsstellung genießen, angewandt werden, wenn die betreffende Person wegen einer im Ausländerrecht des Gastlands genannten schweren Straftat verurteilt wurde oder ihr eine solche Straftat zur Last gelegt wird. Der Name einer solchen Person, auf die diese Beschränkungen angewandt werden sollen, ist dem Gerichtshof mitzuteilen; dieser Person ist auf Ersuchen des Gerichtshofs freies Geleit zu gewähren.
10. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass jede Vertragspartei, falls die Regierung mit einer internationalen Organisation eine Übereinkunft schließt, die Bedingungen enthält, die günstiger sind als die dem Gerichtshof aufgrund des Abkommens gewährten, um Konsultationen darüber bitten kann, ob diese Bedingungen dem Gerichtshof gewährt werden könnten.
11. Dieser Notenwechsel wird in deutscher, englischer und französischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sofern der Internationale Seegerichtshof mit den in den Abschnitten 1 bis 11 enthaltenen Absprachen einverstanden ist, bitte ich Sie, Exzellenz, um Bestätigung dieses Einverständnisses. Dieser Notenwechsel bildet dann einen Bestandteil des Abkommens nach dessen Artikel 30.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Chrobog

Seiner Exzellenz
dem Präsidenten des Internationalen Seegerichtshofs
Herrn L. Dolliver M. Nelson
Am Internationalen Seegerichtshof 1
22609 Hamburg

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
Jürgen Chrobog

10117 Berlin, 14 December 2004
Werderscher Markt 1

Excellency,

I have the honour to refer, on the occasion of the signing of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the International Tribunal for the Law of the Sea regarding the Headquarters of the Tribunal (hereinafter referred to as "the Agreement"), to the discussions held between the representatives of the Government of the Federal Republic of Germany and the representatives of the International Tribunal for the Law of the Sea concerning the interpretation of certain provisions of the Agreement and to confirm the following understandings:

1. It is the understanding of the Parties that the regulations to be issued by the Tribunal under article 4, paragraph 2, of the Agreement will be those necessary for the conduct of its operations and activities in the execution of its mandate and to establish conditions necessary for the exercise of its functions and fulfilment of its purposes.
2. It is the understanding of the Parties that officials of the Tribunal whose membership in the German statutory health insurance scheme ended on account of employment with the Tribunal may join the German statutory health insurance scheme by analogous application of article 9, paragraph 1, number 5 of the Social Code, Book V, if they take up employment in the Federal Republic of Germany within two months of their employment with the Tribunal coming to an end. The health insurance fund is to be notified accordingly by the person concerned within three months of such employment being taken up.
3. It is the understanding of the Parties that the privileges and exemptions with regard to value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) in the Federal Republic of Germany granted to the Members and to the officials of the Tribunal in accordance with article 19, subparagraphs (a) and (b), of the Agreement shall be accorded on the basis of the most favourable treatment under the currently applicable ordinance concerning the reimbursement of value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) to permanent diplomatic missions and career consular posts as well as to their non-German members.

It is the understanding of the Parties that the Federal Finance Office shall, on request, reimburse the Tribunal for the amount of value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) paid in respect of supplies and services purchased from a taxable person for the official use of the Tribunal provided that the tax due exceeds € 25 per invoice in the aggregate and the tax has been separately identified in the invoice. If the reimbursed value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) is subsequently reduced as a result of a review of the price originally paid for the supplies and services in question, the Tribunal shall inform the Federal Finance Office of such a reduction in price and shall subsequently return the balance of the tax previously reimbursed.

Likewise the Federal Finance Office shall, on request, also reimburse the Tribunal for the mineral oil tax for petrol, diesel and heating oil included in the price of purchases intended for the official use of the Tribunal provided that the tax exceeds € 25 per invoice in the aggregate.

If goods purchased in the European Union or imported from outside the European Union by the Tribunal for its official use, for which the Tribunal was granted exemption from value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) or import turnover tax (Einfuhrumsatzsteuer), are sold, given away or otherwise disposed of to taxable persons who have the full right of deduction, international organizations entitled to tax exemption, or to other entities entitled to tax exempt status, no value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) shall be paid. If goods referred to above are sold, given away or otherwise disposed of to persons and entities other than those referred to above, the part of the value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) which corresponds to the sales price or the current market value of such goods, as appropriate, shall be payable to the Federal Finance Office. The amount of the tax due shall be determined on the basis of the tax rate applicable on the actual date of the transaction in question. The goods imported exempt from customs duties shall not be sold or otherwise disposed of in the Federal Republic of Germany except with the consent of the Government and subject to the payment of the applicable customs duties.

4. It is the understanding of the Parties that in well-founded individual cases, the Federal Republic of Germany shall, on request, grant to officials of P-4 level whose func-

tions justify it the same privileges, immunities and facilities as are accorded to officials of P-5 level and above in accordance with article 18, paragraph 1 (b) and article 19, subparagraph (b) of the Agreement. Requests on the matter shall be submitted by the Registrar of the Tribunal to the Federal Foreign Office.

5. It is the understanding of the Parties that the Members shall be exempt from German law on mandatory coverage in the field of Social Security by virtue of their diplomatic status under article 10 of the Statute of the Tribunal as well as article 18 of the Agreement. With regard to Members who are German nationals or have their permanent residence in Germany this shall only apply insofar as the conditions of article 23, subparagraph (a), of the Agreement are fulfilled.
6. With reference to article 19 of the Agreement, it is the understanding of the Parties that:
 - a) for the purposes of German taxation law, the tax exemption referred to in article 19, subparagraph (c), shall not be granted for pensions and annuities paid by the Tribunal to former Members or officials of the Tribunal. In this respect, the same treatment shall be granted as is accorded to the United Nations institutions established in the host country. This shall be without prejudice to any Agreement for the avoidance of double taxation between the host country and the country of nationality or residence of the persons referred to;
 - b) the Tribunal shall notify the Government of the names and addresses of residence in the host country of the officials of the Tribunal who are not accorded the privileges and exemptions of diplomatic agents;
 - c) where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which Members or officials of the Tribunal are present in the host country for the discharge of their functions shall not be considered as periods of residence if such Members or officials are accorded diplomatic privileges, immunities and facilities.
7. It is the understanding of the Parties that following retirement from active service with the Tribunal, after a number of years of service in Hamburg, officials of the Tribunal and members of their families forming part of their households (spouses, unmarried children under the age of 21 and other relatives dependent on them) shall, upon application, be issued with a residence permit, insofar as they are in a position to support themselves, including payment of health insurance and long term care insurance (Kranken- und Pflegeversicherung) contributions, in accordance with applicable German legislation.
8. It is the understanding of the Parties that pursuant to article 25, paragraph 2, of the Agreement:
 - a) the Government shall inform the Tribunal of the competent authorities referred to therein;
 - b) on presentation of a valid travel document, the persons referred to in article 25, paragraph 2, will receive a visa at the border, if required, and travel to the seat of the Tribunal will be facilitated. The Tribunal will only make use of this procedure in case of urgency or unforeseen circumstances and will provide information on these circumstances.
9. It is the understanding of the Parties that restrictions regarding entry into, sojourn in, or departure from the territory of the host country shall not apply to persons referred to in articles 18 to 22 of the Agreement who enjoy diplomatic immunity or similar legal status. Restrictions regarding entry into, sojourn in, or departure from the territory of the host country may apply to persons referred to in articles 21 and 22 of the Agreement who do not enjoy diplomatic immunity or similar legal status if the person in question has been convicted of or is charged with a serious criminal offence as referred to in the law of the host country relating to aliens. The name of any such person to whom such restrictions are intended to be applied shall be communicated to the Tribunal and such person shall be provided safe conduct at the request of the Tribunal.
10. It is the understanding of the Parties that if the Government enters into any agreement with an international organization containing terms and conditions more favourable than those extended to the Tribunal under the Agreement, either Party may ask for consultations as to whether such terms and conditions could be extended to the Tribunal.
11. This Exchange of Notes is concluded in the German, English and French languages, all language texts being equally authentic.

Should the International Tribunal for the Law of the Sea agree to the understandings contained in paragraphs 1 to 11 above, Your Excellency is requested to confirm the acceptance of these understandings by the Tribunal. This Exchange of Notes shall form then an integral part of the Agreement in accordance with article 30 thereof.

Please accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Chrobog

H. E.
Mr. L. Dolliver M. Nelson
President of the International Tribunal
for the Law of the Sea
Am Internationalen Seegerichtshof 1
22609 Hamburg

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
Jürgen Chrobog

10117 Berlin, le 14 Décembre 2004
Werderscher Markt 1

Excellence,

A l'occasion de la signature de l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et le Tribunal international du droit de la mer relatif au siège du Tribunal (dénommé ci-après «l'Accord»), j'ai l'honneur de me référer aux entretiens qui ont eu lieu entre les représentants du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et les représentants du Tribunal international du droit de la mer concernant l'interprétation de certaines dispositions de l'Accord et de confirmer ce qui suit:

1. Il est entendu par les Parties que les règlements à édicter par le Tribunal en vertu du paragraphe 2 de l'article 4 de l'Accord seront ceux nécessaires à la conduite de ses opérations et activités dans le cadre de l'exécution de son mandat et à la création des conditions nécessaires à l'exercice de ses attributions et à la réalisation de ses objectifs.
2. Il est entendu par les Parties que les fonctionnaires du Tribunal dont l'affiliation au régime légal allemand d'assurance-maladie a pris fin du fait de leur emploi au Tribunal peuvent y adhérer en application, par analogie, de l'article 9, paragraphe 1, alinéa 5, du Code social, livre V, s'ils prennent un emploi en République fédérale d'Allemagne dans les deux mois qui suivent la cessation de leur service au Tribunal. Le régime d'assurance maladie doit être avisé en conséquence par les intéressés dans les trois mois qui suivent leur entrée en fonctions.
3. Il est entendu par les Parties que les privilèges et exemptions concernant la taxe sur la valeur ajoutée/taxe sur le chiffre d'affaires (*Umsatzsteuer*) en République fédérale d'Allemagne dont bénéficient les Membres et les fonctionnaires du Tribunal conformément à l'article 19, lettres a) et b), de l'Accord leur sont accordés sur la base du traitement le plus favorable au titre du règlement en vigueur concernant le remboursement de la taxe sur la valeur ajoutée/taxe sur le chiffre d'affaires (*Umsatzsteuer*) aux missions diplomatiques permanentes et aux postes consulaires dirigés par des fonctionnaires de carrière ainsi qu'à leurs membres non allemands.

Il est entendu par les Parties que l'Office fédéral des finances remboursera au Tribunal, sur demande, le montant de la taxe sur la valeur ajoutée/taxe sur le chiffre d'affaires (*Umsatzsteuer*) payée au titre de l'achat de fournitures et services auprès d'une personne imposable pour l'usage officiel du Tribunal, pour autant que la taxe due s'élève au total à plus de 25 € par facture et que le montant de la taxe y soit précisé séparément. Si le montant de la taxe sur la valeur ajoutée/taxe sur le chiffre d'affaires (*Umsatzsteuer*) faisant l'objet d'un remboursement vient à être réduit par suite d'une révision du prix initialement payé pour les fournitures et services en question, le Tribunal en informera l'Office fédéral des finances et retournera le solde du montant déjà remboursé.

Dans le même ordre d'idées, l'Office fédéral des finances remboursera également au Tribunal, sur demande, le montant de la taxe sur l'huile minérale incluse dans le prix de l'essence, du diesel et du fuel-oil domestique achetés pour l'usage officiel du Tribunal, pour autant que la taxe en question s'élève au total à plus de 25 € par facture.

Si des articles achetés dans l'Union européenne ou importés d'un pays n'appartenant pas à celle-ci par le Tribunal pour son usage officiel et pour lesquels le Tribunal a bénéficié d'une exemption de la taxe sur la valeur ajoutée/taxe sur le chiffre d'affaires (*Umsatzsteuer*), ou de l'impôt sur le chiffre d'affaires à l'importation (*Einfuhrumsatzsteuer*) viennent à être vendus, donnés ou autrement cédés à des personnes imposables qui ont plein droit à un abattement, à des organisations internationales bénéficiant d'une exonération fiscale ou à d'autres entités ayant droit au statut d'entités non assujetties à l'impôt, aucune taxe sur la valeur ajoutée/taxe sur le chiffre d'affaires (*Umsatzsteuer*) ne sera payée. Si les articles dont il est fait mention plus haut sont vendus, donnés ou autrement cédés à des personnes ou entités autres que celles visées plus haut, la part de la taxe sur la valeur ajoutée/taxe sur le chiffre d'affaires (*Umsatzsteuer*) correspondant au prix de vente ou, selon le cas, à la valeur marchande de ces articles sera versée à l'Office fédéral des finances. Le montant dû sera calculé sur la base du taux d'imposition applicable à la date effective de la transaction en question. Les articles importés en franchise ne seront vendus ou autrement cédés en République fédérale d'Allemagne qu'avec le consentement du Gouvernement et moyennant paiement des droits de douane applicables.

4. Il est entendu par les Parties que, dans des cas tout à fait justifiés, la République fédérale d'Allemagne accordera, sur demande, aux fonctionnaires de la classe P-4, dont les fonctions le justifient, les mêmes privilèges, immunités et facilités que ceux accordés aux fonctionnaires de la classe P-5 et de rang supérieur conformément à l'article 18, paragraphe 1, lettre b), et à l'article 19, lettre b), de l'Accord. Les demandes concernant cette question seront présentées par le Greffier du Tribunal au Ministère fédéral des affaires étrangères.
5. Il est entendu par les Parties que, en raison du statut diplomatique que leur confère l'article 10 du Statut du Tribunal et l'article 18 de l'Accord, les Membres ne seront pas soumis à la législation allemande concernant l'affiliation obligatoire au régime de sécurité sociale. Les Membres qui sont des ressortissants allemands ou qui ont leur domicile permanent en Allemagne ne sont exemptés des dispositions relatives à la sécurité sociale que dans la mesure où les conditions prévues à l'article 23, lettre a), sont remplies.
6. S'agissant de l'article 19 de l'Accord, il est entendu par les Parties que:
 - a) aux fins de la législation allemande en matière d'impôts, l'exonération d'impôts visée à l'article 19, lettre c), ne s'appliquera pas aux pensions et rentes versées par le Tribunal aux anciens Membres ou fonctionnaires du Tribunal. A cet égard, ceux-ci bénéficieront du même traitement que celui accordé aux organismes des Nations Unies établis dans le pays hôte. Cette disposition est sans préjudice de tout accord visant à éviter la double imposition entre le pays hôte et le pays de nationalité ou de résidence des personnes dont il est fait mention;
 - b) le Tribunal notifiera au Gouvernement les noms et les adresses personnelles dans le pays hôte des fonctionnaires du Tribunal qui ne jouissent pas des privilèges et exonérations accordés aux agents diplomatiques;
 - c) dans le cas où l'assujettissement à un impôt quelconque est subordonné à la résidence de l'assujetti, les périodes pendant lesquelles les Membres ou les fonctionnaires du Tribunal se trouvent dans le pays hôte pour l'exercice de leurs fonctions ne sont pas considérées comme des périodes de résidence, si ces Membres ou fonctionnaires jouissent de privilèges, immunités et facilités diplomatiques.
7. Il est entendu par les Parties que, après la cessation de leur service au Tribunal, les fonctionnaires ayant à leur actif un certain nombre d'années de service à Hambourg, ainsi que les membres de leurs familles faisant partie de leur ménage (conjoint, enfants non mariés âgés de moins de 21 ans et autres membres apparentés qui sont à leur charge) se verront délivrer à leur demande un permis de séjour, pour autant qu'ils soient à même de subvenir à leurs besoins et de cotiser à une assurance-maladie et à une assurance-dépendance (*Kranken- und Pflegeversicherung*), conformément à la législation allemande applicable en la matière.
8. Il est entendu par les Parties que, en application du paragraphe 2 de l'article 25 de l'Accord:
 - a) le Gouvernement fera connaître au Tribunal les autorités compétentes visées audit paragraphe;
 - b) sur présentation d'un document de voyage valide, il sera délivré à la frontière, si nécessaire, un visa aux personnes visées au paragraphe 2 de l'article 25 et que le voyage pour se rendre au siège du Tribunal sera facilité. Le Tribunal ne recourra à cette procédure qu'en cas d'urgence ou dans des circonstances imprévues et fournira des renseignements relatifs aux circonstances en question.
9. Il est entendu par les Parties que les restrictions concernant l'entrée, le séjour et le départ du pays hôte ne s'appliquent pas aux personnes visées aux articles 18 à 22 de l'Accord qui jouissent de l'immunité diplomatique ou d'un statut juridique analogue. Les restrictions concernant l'entrée, le séjour et le départ du pays hôte peuvent s'appliquer aux personnes visées aux articles 21 et 22 de l'Accord qui ne jouissent pas de l'immunité diplomatique ou d'un statut juridique analogue, si les personnes en question ont été reconnues coupables de – ou inculpées pour – un grave délit pénal au regard de la législation du pays hôte concernant les étrangers. Le nom de telles personnes auxquelles il est envisagé d'appliquer de telles restrictions sera communiqué au Tribunal et un sauf-conduit leur sera accordé à la demande du Tribunal.
10. Il est entendu par les Parties que, si le Gouvernement conclut avec une organisation internationale un accord qui prévoit des conditions plus favorables que celles accordées au Tribunal en vertu de l'Accord, l'une ou l'autre Partie peut demander qu'il soit procédé à des consultations sur la question de savoir si lesdites conditions peuvent être accordées au Tribunal.

11. Le présent Echange de notes est conclu en langues allemande, anglaise et française, les trois textes faisant également foi.

Si le Tribunal international du droit de la mer accepte les points d'accord figurant aux paragraphes 1 à 11 ci-dessus, je saurais gré à votre Excellence de bien vouloir confirmer cette acceptation. Le présent Echange de notes fera ainsi partie intégrante de l'Accord conformément à l'article 30 de ce dernier.

Veillez agréer, Excellence, les assurances de ma très haute considération.

Chrobog

S. E. M. L. Dolliver M. Nelson
Président du Tribunal international
du droit de la mer
Am Internationalen Seegerichtshof 1
22609 Hambourg

International Tribunal for the Law of the Sea
Tribunal international du droit de la Mer
Dolliver Nelson
Der Präsident

14. Dezember 2004

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 14. Dezember 2004 zu bestätigen, in der Sie die Absprachen über die Auslegung gewisser Bestimmungen des Abkommens zwischen dem Internationalen Seegerichtshof und der Bundesrepublik Deutschland über den Sitz des Gerichtshofs bestätigen und die folgenden Wortlaut hat:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich bestätige, dass die in Ihrer Note wiedergegebenen Absprachen den Ansichten des Internationalen Seegerichtshofs entsprechen. Ich stimme zu, dass dieser Notenwechsel gemäß Artikel 30 des Abkommens einen Bestandteil desselben bildet.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dolliver Nelson

Herrn Jürgen Chrobog
Staatssekretär
Auswärtiges Amt
Berlin

International Tribunal for the Law of the Sea
Tribunal international du droit de la Mer
Dolliver Nelson
The President

14 December 2004

Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your Note of 14 December 2004 in which you confirm the understandings concerning the interpretation of certain provisions of the Agreement between the International Tribunal for the Law of the Sea and the Federal Republic of Germany regarding the Headquarters of the Tribunal which reads as follows:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

I confirm that the understandings set out in your Note correspond to those of the International Tribunal for the Law of the Sea. I agree that this Exchange of Notes shall form an integral part of the Agreement in accordance with article 30 thereof.

Please accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Dolliver Nelson

Mr. Jürgen Chrobog
State Secretary
Foreign Office
Berlin

International Tribunal for the Law of the Sea
Tribunal international du droit de la Mer
Dolliver Nelson
Le Président

Le 14 décembre 2004

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la note en date du 14 décembre 2004 dans laquelle vous confirmez l'accord sur l'interprétation de certaines dispositions de l'Accord entre le Tribunal international du droit de la mer et la République fédérale d'Allemagne relatif au siège du Tribunal, et qui est libellée comme suit:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Je confirme que l'accord sur l'interprétation de certaines dispositions tel que contenu dans votre note correspond pleinement aux vues du Tribunal international du droit de la mer. J'exprime mon accord que le présent Echange de notes fera partie intégrante de l'Accord conformément à l'article 30 de ce dernier.

Veillez agréer, Excellence, les assurances de ma très haute considération.

Dolliver Nelson

M. Jürgen Chrobog
Secrétaire d'Etat
Ministère fédéral des Affaires étrangères
Berlin

Denkschrift

A. Übereinkommen vom 23. Mai 1997 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs

I. Allgemeiner Teil

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (SRÜ) (BGBl. 1994 II S. 1798), dem die Bundesrepublik Deutschland am 4. Oktober 1994 beigetreten und das am 16. November 1994 in Kraft getreten ist, sieht in Artikel 287 die Errichtung eines Internationalen Seegerichtshofs (ISGH) vor und konkretisiert dessen Ausgestaltung in seiner Anlage VI, dem Statut des Internationalen Seegerichtshofs. Der ISGH ist somit Teil des vom SRÜ geschaffenen umfassenden Streitbeilegungssystems und gehört zu den bedeutenden Rechtsinstitutionen aus dem Bereich der Vereinten Nationen. Gemäß Artikel 1 Abs. 2 des Statuts hat der ISGH seinen Sitz in der Freien und Hansestadt Hamburg. Am 18. Oktober 1996 sind dort die Richter des ISGH vereidigt und in ihr neues Amt eingeführt worden.

Am 23. Mai 1997 wurde das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs (im Folgenden: Übereinkommen) durch die Konferenz der Vertragsstaaten des SRÜ verabschiedet und ab dem 1. Juli 1997 zur Zeichnung durch die SRÜ-Vertragsstaaten aufgelegt. Das Übereinkommen basiert auf dem Entwurf der 1992 eingerichteten „Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und dem Internationalen Seegerichtshof.“ Zweck des Übereinkommens ist es, die Funktionsfähigkeit des ISGH in allen SRÜ-Vertragsstaaten sicherzustellen. Das Übereinkommen regelt daher gegenüber allen SRÜ-Vertragsstaaten die rechtliche Stellung des ISGH sowie die Vorrechte und Immunitäten des ISGH selbst, seiner Richter und Bediensteten sowie der Sachverständigen, Bevollmächtigten, Rechtsbeistände, Anwälte, Zeugen und Personen, die für den ISGH Aufträge ausführen. Das Übereinkommen setzt somit Artikel 10 des Statuts des ISGH um, wonach die Mitglieder des Gerichtshofs bei der Ausübung ihres Amtes diplomatische Vorrechte und Immunitäten genießen.

Das am 14. Dezember 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem ISGH unterzeichnete Abkommen über den Sitz des Gerichtshofs (Sitzabkommen) regelt das spezifische Verhältnis des ISGH zum Sitzstaat Bundesrepublik Deutschland und konkretisiert insofern die Regelungen des Übereinkommens. Das Verhältnis der Regelungen des Übereinkommens zu den Regelungen des Sitzabkommens wird in Artikel 25 des Übereinkommens bestimmt, wonach die Regelungen beider Vertragswerke möglichst als sich ergänzende Bestimmungen behandelt werden; stehen sie aber zueinander in unauflösbarem Widerspruch, so hat die Bestimmung der Sondervereinbarung, d.h. des Sitzabkommens, Vorrang. Eine korrespondierende Regelung findet sich in Artikel 32 des Sitzabkommens.

II. Besonderer Teil

In der Präambel wird Bezug genommen auf die Errichtung des ISGH durch das SRÜ sowie die Verlei-

hung von Rechts- und Geschäftsfähigkeit, Vorrechten und Immunitäten an den ISGH. Zitiert wird ferner Artikel 10 des ISGH-Statuts, wonach die Mitglieder des Gerichtshofs bei der Ausübung ihres Amtes diplomatische Vorrechte und Immunitäten genießen. Die übrigen Verfahrensbeteiligten und Bediensteten des ISGH sollen diejenigen Vorrechte und Immunitäten genießen, die zur unabhängigen Wahrnehmung ihrer mit dem ISGH zusammenhängenden Aufgaben erforderlich sind.

Artikel 1 definiert die in den folgenden Bestimmungen verwendeten spezifischen Begriffe, insbesondere die vom Übereinkommen betroffenen Personengruppen.

Artikel 2 legt fest, dass der ISGH volle Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit besitzt.

Artikel 3 garantiert die Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten des ISGH vorbehaltlich konkreter, mit einem Sitzstaat zu vereinbarenden Bedingungen.

Artikel 4 gibt dem ISGH die Berechtigung, eigene Flagge und eigenes Emblem an seinen Räumlichkeiten und Dienstfahrzeugen zu führen.

Gemäß Artikel 5 Abs. 1 genießt der ISGH Immunität von der Gerichtsbarkeit. Gemäß Absatz 2 sind die Vermögenswerte, Guthaben und Gehälter des ISGH staatlichen Eingriffen wie Durchsuchung, Beschlagnahmung, Einziehung, Pfändung oder Enteignung entzogen. Absatz 3 postuliert die Befreiung der Vermögenswerte, Guthaben und Gelder des ISGH in dem für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Umfang von Beschränkungen, Regelungen, Kontrollen und Stillhaltmaßnahmen jeder Art. Absatz 4 bestimmt, dass der ISGH verpflichtet ist, für seine Kraftfahrzeuge Haftpflichtversicherungen in Übereinstimmung mit den Vorschriften des jeweiligen Sitzstaates abzuschließen.

Artikel 6 bestimmt die Unverletzlichkeit der Archive und Schriftstücke des ISGH; dieser wiederum muss den Vertragsstaat, in dem sich die Archive und Schriftstücke befinden, über den Aufbewahrungsort unterrichten.

Artikel 7 gibt dem ISGH für den Fall, dass er an einem anderen Ort als an seinem Sitz tagen oder seine Aufgaben anderweitig wahrnehmen will, die Möglichkeit, mit dem betreffenden Vertragsstaat eine Vereinbarung über die Bereitstellung von Einrichtungen abzuschließen, die der ISGH bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben benötigt. Diese Regelung stellt somit sicher, dass der ISGH in allen SRÜ-Vertragsstaaten seine Aufgaben wahrnehmen kann, ohne von einem Vertragsstaat mit der Begründung daran gehindert werden zu können, der ISGH habe bereits einen festen Standort in einem von ihm zuvor gewählten Sitzstaat.

Artikel 8 regelt die Bevorrechtigungen des Nachrichtenverkehrs des ISGH. Absatz 1 sichert dem ISGH für seinen amtlichen Nachrichten- und Schriftverkehr die gleiche Behandlung zu, die der jeweilige Vertragsstaat jeder anderen zwischenstaatlichen Organisation oder diplomatischen Mission gewährt. Absatz 2 postuliert die Unverletzlichkeit des amtlichen Nachrichten- und Schriftverkehrs des ISGH und gibt diesem das Recht, hierfür alle geeigneten Kommunikationsmittel sowie Verschlüsselungen einzusetzen. Absatz 3 gewährt dem

ISGH für seine amtliche Korrespondenz dieselben Vorrechte und Immunitäten, wie sie für diplomatische Kurier- und diplomatisches Kuriergepäck gelten.

Artikel 9 regelt die Befreiung von Steuern und Zöllen sowie von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen. Gemäß Absatz 1 genießt der ISGH für seine Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte sowie für seine Geschäfte und Transaktionen Befreiung von jeder direkten Steuer, nicht jedoch von solchen Steuern, die lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen. Gemäß Absatz 2 genießt der ISGH für die zum amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführten Gegenstände Befreiung von allen Zöllen, Einfuhrumsatzsteuern sowie Ein- und Ausfuhrverboten. Absatz 3 bestimmt andererseits, dass die unter Inanspruchnahme der beschriebenen Befreiungen eingeführten oder gekauften Waren im Hoheitsgebiet des jeweiligen Vertragsstaates nur zu den mit der Regierung dieses Vertragsstaates vereinbarten Bedingungen verkauft oder anderweitig veräußert werden dürfen. Gemäß Absatz 3 genießt der ISGH zudem hinsichtlich seiner Veröffentlichungen Befreiung von allen Zöllen, Einfuhrumsatzsteuern sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen.

Gemäß Artikel 10 Abs. 1 beansprucht der ISGH zunächst grundsätzlich keine Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben, die im Preis von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen enthalten sind, oder von Steuern, die auf Dienstleistungen erhoben werden. Die Vertragsstaaten treffen jedoch geeignete Verwaltungsanordnungen zwecks Befreiung oder Erstattung von diesen Steuern und Abgaben für den Fall, dass der ISGH für seinen amtlichen Bedarf Vermögen oder Waren von beträchtlichem Wert erwirbt oder Dienstleistungen von beträchtlichem Wert in Anspruch nimmt. Gemäß Absatz 2 dürfen Waren, die unter Inanspruchnahme der beschriebenen Befreiungen oder Erstattungen gekauft wurden, nur zu den vom jeweiligen Vertragsstaat festgelegten Bedingungen verkauft oder anderweitig veräußert werden. Hinsichtlich der Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste wird dem ISGH kein Anspruch auf Befreiung oder Erstattung gewährt.

Artikel 11 regelt die Besteuerung der Gehälter, Bezüge und Zulagen der Mitglieder und Bediensteten des ISGH. Gemäß Absatz 1 sind diese von der Besteuerung befreit. Absatz 2 legt fest, dass für den Fall, dass die Erhebung einer Steuer vom Aufenthalt des Steuerpflichtigen in einem Vertragsstaat abhängt, diese Zeit dann nicht als Aufenthaltszeit gilt, wenn sich die Mitglieder oder Bediensteten des ISGH zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet des jeweiligen Vertragsstaates aufhalten und dabei diplomatische Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen genießen. Absatz 3 stellt klar, dass die Vertragsstaaten des SRÜ nicht verpflichtet sind, die an frühere Mitglieder und Bedienstete des ISGH gezahlten Pensionen und Renten von der Einkommensteuer zu befreien.

Gemäß Artikel 12 ist der ISGH keinerlei finanziellen Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltemaßnahmen unterworfen. Er kann vielmehr insbesondere Gelder, Gold und Konten in einem Vertragsstaat in jeder Währung unterhalten sowie dieses Vermögen zwischen den Vertragsstaaten frei transferieren und in jede andere Währung konver-

tieren; Gleiches gilt für festverzinsliche und andere Wertpapiere. Absatz 2 ergänzt, dass der ISGH hierbei die Vorstellungen des jeweiligen Sitzstaates berücksichtigt, soweit dadurch nicht seine eigenen Interessen geschädigt werden.

Artikel 13 regelt die Bevorrechtigungen der Mitglieder des Gerichtshofs (Richter). Gemäß Absatz 1 werden die Mitglieder des Gerichtshofs bezüglich ihrer Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile den Chefs diplomatischer Missionen gleichgestellt. Absatz 2 gewährt den Mitgliedern des Gerichtshofs und den zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitgliedern jede Erleichterung beim Verlassen ihres jeweiligen Aufenthaltslandes, bei der Ein- und Ausreise in dem Land, in dem der ISGH tagt, sowie in allen Durchreiseländern. Absatz 3 gewährt diese diplomatischen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen den Mitgliedern des Gerichtshofs in einem Drittstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen und in dem sie nicht ihren ständigen Aufenthalt haben, wenn sie sich in diesem Drittstaat aufhalten, um dem Gerichtshof zur Verfügung zu stehen. Absatz 4 sieht vor, dass die Mitglieder des Gerichtshofs und die zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung gewährt werden, wie sie Diplomaten nach dem Wiener Übereinkommen zustehen. Absatz 5 spiegelt die besondere Gefahrensituation im Straßenverkehr insofern wider, als er den Mitgliedern des Gerichtshofs aufgibt, für Fahrzeuge, die sich in ihrem Eigentum befinden oder von ihnen benutzt werden, Haftpflichtversicherungen gemäß den Gesetzen und Vorschriften des jeweiligen Vertragsstaates, in dem diese Fahrzeuge benutzt werden, abzuschließen. Absatz 6 stellt klar, dass die zuvor beschriebenen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen für Mitglieder des Gerichtshofs auch dann gelten, wenn sie ersetzt sind, ihre Aufgaben aber gemäß Artikel 5 Abs. 3 des Statuts weiterhin ausüben. Um den Mitgliedern des Gerichtshofs volle Redefreiheit und völlige Unabhängigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu gewährleisten, wird ihnen gemäß Absatz 7 die Immunität von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf ihre in Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen auch dann noch gewährt, wenn sie nicht mehr Mitglieder des Gerichtshofs sind und nicht mehr solche Aufgaben wahrnehmen.

Artikel 14 regelt in abgestufter Form die Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen der Bediensteten des ISGH. Absatz 1 bestimmt, dass der Kanzler bei der Ausübung seines Amtes diplomatische Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen genießt. Absatz 2 gewährt den übrigen Bediensteten des ISGH in jedem Land, in dem sie sich in Angelegenheiten des ISGH aufhalten oder durchreisen, die erforderlichen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen. Hierzu gehören insbesondere die Immunität von Festnahme, Haft oder Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks, das Recht der zollfreien Ein- und Ausfuhr ihrer Möbel und persönlichen Habe bei Beginn bzw. Beendigung ihres Aufenthaltes, die grundsätzliche Befreiung von der Kontrolle des persönlichen Gepäcks, die Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen und Äußerungen; die Befreiung von jeder nationalen Dienstleistung, von Ein-

wanderungsbeschränkungen und Meldepflichten sowie Erleichterungen bei Währungs- und Devisenangelegenheiten und bezüglich der Heimschaffung in Krisenzeiten. Wie zuvor für den ISGH selbst und seine Richter, so formuliert Absatz 3 die Pflicht der Bediensteten, für ihre Fahrzeuge Haftpflichtversicherungen abzuschließen. Zur größeren Transparenz der beschriebenen, für die einzelnen Personengruppen abgestuften Bevorrechtungen hat der ISGH die Pflicht, allen Vertragsstaaten die Gruppen von Bediensteten mitzuteilen, auf die dieser Artikel Anwendung findet. Die Namen der zu diesen Gruppen gehörenden Bediensteten sind in kurzen Zeitabständen jeweils allen Vertragsstaaten mitzuteilen.

Artikel 15

Die von Richtern und Bediensteten des ISGH gemäß der Artikel 13 und 14 gewährten Bevorrechtungen werden in abgestufter Form den gemäß Artikel 289 SRÜ ernannten Sachverständigen gewährt. Zu nennen sind insbesondere die Immunität von Festnahme, Haft oder Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks, die Befreiung von der Kontrolle des persönlichen Gepäcks, die Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich des von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, die Unverletzlichkeit von Schriftstücken, die Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und Ausländermeldepflichten, Erleichterungen in Bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen sowie in Krisenzeiten bezüglich der Heimschaffung.

Artikel 16 gewährt in Absatz 1 die gleichen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen, wie sie Sachverständigen gemäß Artikel 15 gewährt werden, Bevollmächtigten, Rechtsbeiständen und Anwälten. Ergänzt wird dieser Kanon um das Recht, Papiere oder Schriftverkehr durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen. Absatz 2 legt fest, dass Prozessparteien dem ISGH die Ernennung eines Bevollmächtigten, Rechtsbeistands oder Anwalts mitteilen müssen, damit anschließend der Kanzler des ISGH eine einschlägige befristete Bescheinigung über die Rechtsstellung dieses Vertreters ausstellen kann. Absatz 3 stellt klar, dass die zuvor beschriebenen Bevorrechtungen durch den jeweiligen Vertragsstaat erst bei Vorlage der in Absatz 2 genannten Bescheinigung gewährt werden. Absatz 4 regelt, dass die Zeiten, während derer sich der betroffene Personenkreis zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates aufhält, nicht als Aufenthaltszeit für die Erhebung einer Steuer gilt.

Artikel 17 Abs. 1 gibt Zeugen, Sachverständigen und Personen, die aufgrund einer Verfügung des ISGH für diesen Aufträge durchführen, während der Dauer dieser Aufträge die gleichen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen, wie sie bereits in Artikel 15 für Sachverständige gemäß Artikel 289 SRÜ aufgezählt worden sind. Gemäß Absatz 2 genießen Zeugen, Sachverständige und Personen in Zeiten internationaler Krisen Erleichterungen bezüglich ihrer Heimschaffung.

Artikel 18 regelt die Frage, inwieweit die beschriebenen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen von einem Vertragsstaat auch eigenen Staatsangehörigen sowie Personen mit ständigem Aufenthalt in diesem Vertragsstaat gewährt werden. Artikel 18 stellt klar, dass

diesen Personen lediglich Immunität von der Gerichtsbarkeit und der Unverletzlichkeit hinsichtlich aller ihrer in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen gewährt wird, dies aber auch dann, wenn diese Personen die ihre mit dem ISGH zusammenhängenden Aufgaben nicht mehr wahrnehmen. Der betreffende Vertragsstaat ist jedoch berechtigt, diesem Personenkreis zusätzliche Vorrechte und Immunitäten zu gewähren.

Artikel 19 formuliert grundsätzliche Pflichten der in den Artikeln 13 bis 17 genannten Personen. Absatz 1 stellt klar, dass die in den Artikeln 13 bis 17 vorgesehenen Bevorrechtungen den betreffenden Personen nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt werden, sondern um die unabhängige Wahrnehmung ihrer mit dem ISGH zusammenhängenden Aufgaben sicherzustellen. Gemäß Absatz 2 sind sie unbeschadet ihrer Vorrechte und Immunitäten verpflichtet, die Gesetze und sonstigen Vorschriften des jeweiligen Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet sie sich in Angelegenheiten des ISGH aufhalten, zu beachten und sich insbesondere nicht in die inneren Angelegenheiten dieses Vertragsstaates einzumischen.

Artikel 20 beschreibt in Absatz 1 die Voraussetzungen, unter denen die Vorrechte und Immunitäten im Interesse einer geordneten Rechtspflege aufgehoben werden können. In Absatz 2 werden die für die Aufhebung der Immunität zuständigen Instanzen bestimmt.

Artikel 21 regelt in Absatz 1 Fragen der Anerkennung von Passierscheinen der Vereinten Nationen und formuliert in Absatz 2 die Verpflichtung der Vertragsstaaten, Visa-Anträge möglichst umgehend zu bearbeiten.

Artikel 22 bestimmt, dass die Freizügigkeit bei der An- und Abreise zum Sitz- bzw. Tagungsort des ISGH nicht beschränkt werden darf.

Artikel 23 regelt die Zusammenarbeit zwischen ISGH und Vertragsstaat bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung. Gemäß Absatz 1 muss der betreffende Vertragsstaat für den Fall, dass er einschlägige Maßnahmen ergreifen will, sich schnellstmöglich an den ISGH wenden, um die zum Schutz des ISGH erforderlichen Maßnahmen in gegenseitigem Einvernehmen festzulegen. Absatz 2 wiederum bestimmt, dass der ISGH mit den Vertragsstaaten zusammenarbeiten muss, um jede aus seiner Tätigkeit erwachsende Beeinträchtigung der Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung dieses Vertragsstaates zu vermeiden.

Artikel 24 formuliert die allgemeine Verpflichtung des ISGH, jederzeit mit den zuständigen Behörden des jeweiligen Vertragsstaates zusammenzuarbeiten.

Artikel 25 regelt das Verhältnis zu Sondervereinbarungen zwischen dem ISGH und dem jeweiligen Vertragsstaat, wonach die Regelungen dieses Übereinkommens sowie zukünftiger Sondervereinbarungen möglichst als sich ergänzende Bestimmungen behandelt werden und nur im Falle eines unauflösbaren Widerspruchs die Regelung der Sondervereinbarung Vorrang besitzt.

Artikel 26 Abs. 1 sieht vor, dass der ISGH für geeignete Verfahren sorgt, mit denen privatrechtliche Streitigkeiten beigelegt werden können, an denen der

ISGH oder eine in diesem Übereinkommen benannte Person beteiligt ist, die aufgrund ihrer amtlichen Stellung Immunität genießt. Absatz 2 sieht vor, dass Streitigkeiten, die nicht einvernehmlich zwischen den Vertragsparteien beigelegt werden können, auf Ersuchen einer Streitpartei einem dreiköpfigen Schiedsgericht vorgelegt werden. Ferner wird das Verfahren der Bestellung dieser Schiedsrichter und des Vorsitzenden des Schiedsgerichtes geregelt.

Artikel 27 bestimmt, dass das Übereinkommen ab dem 1. Juli 1997 am Sitz der Vereinten Nationen für 24 Monate zur Unterzeichnung aufliegt.

Gemäß Artikel 28 bedarf dieses Übereinkommen der Ratifikation.

Artikel 29 regelt, dass dieses Übereinkommen nach Verstreichen der Unterzeichnungsfrist gemäß Artikel 27 jedem Staat zum Beitritt offen steht.

Artikel 30 bestimmt in Absatz 1, dass dieses Übereinkommen 30 Tage nach dem Tag der Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft tritt, und in Absatz 2, dass dieses Übereinkommen für jeden Staat, der nach Inkrafttreten des Übereinkommens ratifiziert oder ihm beiträgt, am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft tritt.

Artikel 31 regelt, dass ein Staat notifizieren kann, dass er das Übereinkommen für höchstens zwei Jahre vorläufig anwenden wird, sofern er die Absicht hat, dieses Übereinkommen zu ratifizieren oder ihm beizutreten.

Artikel 32 ermöglicht die Ad-hoc-Anwendung dieses Übereinkommens für den Fall, dass eine Streitigkeit dem ISGH unterbreitet worden ist und die Streitpartei, die nicht Vertragspartei ist, die Annahme dieses Übereinkommens in einer beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegten Urkunde mitteilt.

Artikel 33 regelt in Absatz 1 die Kündigung dieses Übereinkommens durch schriftliche Notifikation. Absatz 2 stellt klar, dass die Kündigung nicht die Pflicht jedes Vertragsstaates berührt, alle in diesem Übereinkommen enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen, zu deren Erfüllung er unabhängig von dem Übereinkommen nach allgemeinem Völkerrecht verpflichtet wäre.

Artikel 34 regelt, dass der Generalsekretär der Vereinten Nationen der Verwahrer dieses Übereinkommens ist.

Artikel 35 legt gemäß herrschender Praxis bei multilateralen Übereinkommen der Vereinten Nationen fest, dass der arabische, chinesische, englische, französische, russische und spanische Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

B. Abkommen vom 14. Dezember 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs

I. Allgemeiner Teil

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (SRÜ), dem die Bundesrepublik Deutschland am 14. Oktober 1994 beigetreten und das am 16. November 1994 in Kraft getreten ist, sieht in Artikel 287 und in seiner Anlage VI die Errichtung eines Internationalen Seegerichtshofs (ISGH) vor.

Der ISGH ist Teil eines vom SRÜ geschaffenen umfassenden Streitbeilegungssystems. Das Statut des Internationalen Seegerichtshofs ist als Anlage VI Teil des SRÜ-Vertragswerkes. Demnach setzt sich das Gericht aus insgesamt 21 Richtern zusammen, die auf neun Jahre gewählt werden und deren Mandat erneuerbar ist (alle drei Jahre wird ein Drittel des Richtergremiums neu gewählt). Der ISGH gehört zu den bedeutenden Rechtsinstitutionen aus dem weiteren Bereich der Vereinten Nationen.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich 1980 um den Sitz des ISGH beworben. Gegen zahlreiche Mitbewerber konnte sie sich bei der Abstimmung über die Sitzfrage durch die 3. VN-Seerechtskonferenz am 21. August 1981 mit ihrer Kandidatur durchsetzen. Das Abstimmungsergebnis ist in Artikel 1 Abs. 2 der Anlage VI des SRÜ niedergelegt: „Der Gerichtshof hat seinen Sitz in der Freien und Hansestadt Hamburg in der Bundesrepublik Deutschland.“

Am 18. Oktober 1996 sind die Richter des ISGH vereidigt und in ihr neues Amt eingeführt worden. Im November 1997 hat der ISGH seine Rechtsprechungstätigkeit aufgenommen und seitdem 13 Rechtsfälle erledigt. Nach provisorischer Unterbringung wurde am 3. Juli 2000 im Rahmen einer feierlichen Zeremonie im Beisein des Generalsekretärs der VN dem ISGH das neue Gerichtsgebäude übergeben.

Mit dem vorliegenden Abkommen (Sitzabkommen) wird die Ansiedlung des ISGH in Hamburg auf eine gesicherte rechtliche Grundlage gestellt und zugleich die Rechte und Befugnisse des ISGH sowie die Pflichten, Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen der Richter und der Bediensteten geregelt. Das Abkommen wurde mit dem ISGH ausgehandelt auf der Grundlage eines 1993 vorgelegten Entwurfs der „Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof“. Diese wurde nach Ende der 3. VN-Seerechtskonferenz 1992 ins Leben gerufen, um die im SRÜ vorgesehenen Seerechtsinstitutionen rechtlich und organisatorisch vorzubereiten.

Neben der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des ISGH kam es einerseits darauf an, durch das vorliegende Abkommen sicherzustellen, dass der ISGH und seine Bediensteten keine Schlechterstellung ihrer Rechtsstellung im Vergleich zu anderen internationalen Gerichten hinnehmen müssen. Im Falle des ISGH musste insbesondere berücksichtigt werden, dass er bei den Streitentscheidungsorganen nach dem SRÜ mit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag konkurriert. Andererseits sollte der Umfang der dem ISGH und seinen Bedienste-

ten eingeräumten Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen nicht über den Rahmen hinausgehen, der bisher bei der Ansiedlung internationaler Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland gewährt worden ist. Das vorliegende Abkommen entspricht diesen Zielsetzungen. Mit diesem Abkommen wird Deutschland seiner gewachsenen internationalen Verantwortung gerecht und verstärkt sein Engagement in den Vereinten Nationen.

Um dem ISGH bereits vor Inkrafttreten des nunmehr vorliegenden Sitzabkommens ein Tätigwerden entsprechend seinem Statut zu ermöglichen, war eine Übergangsregelung erforderlich. Dies geschah durch die mit Zustimmung des Bundesrates erlassene Verordnung über Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Seegerichtshofs vom 10. Oktober 1996 (BGBl. 1996 II S. 2517). Nach Artikel 2 Abs. 2 dieser Verordnung tritt sie an dem Tage außer Kraft, an dem ein Abkommen zwischen dem ISGH und der Bundesrepublik Deutschland über Vorrechte und Immunitäten in Kraft tritt. Mit diesem Abkommen ist das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof über den Sitz des Gerichtshofs gemeint, das am 14. Dezember 2004 unterzeichnet wurde und das Regelungen über Vorrechte und Immunitäten enthält.

II. Besonderer Teil

In der Präambel wird Bezug genommen auf die Entscheidung über den Sitz des ISGH in Anlage VI des SRÜ sowie auf das „Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten des ISGH“. Zugleich wird anerkannt, dass der ISGH unter Berücksichtigung des Diplomatenstatus der Richter des ISGH die zu seiner Funktionsfähigkeit erforderlichen Vorrechte und Immunitäten haben muss.

Artikel 1 enthält die Definitionen der in den nachfolgenden Bestimmungen verwendeten Begriffe. Er definiert die völkerrechtlichen Übereinkommen und Bestimmungen, auf die Bezug genommen wird, die Vertragsparteien, die vom Abkommen betroffenen Personengruppen und Behörden sowie die im Abkommen verwendeten Rechtsbegriffe.

Artikel 2 legt fest, dass der ISGH im Gastland volle Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit besitzt.

Artikel 3 nennt das dem ISGH zur Wahrnehmung seiner Aufgaben zur Verfügung gestellte Sitzgelände in Hamburg. Im Einzelnen wird das Sitzgelände in dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem ISGH geschlossenen Abkommen vom 18. Oktober 2000 über die Inbesitznahme und Nutzung der Liegenschaft des Internationalen Seegerichtshofs in der Freien und Hansestadt Hamburg definiert.

Artikel 4 Abs. 1 regelt die Rechtsverhältnisse und die Autorität des ISGH über das Sitzgelände. Absatz 2 räumt dem ISGH das Recht ein, Regelungen für das Sitzgelände zu erlassen, die in jeder Hinsicht zur vollen Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich sind. Im ergänzenden Notenwechsel wird das Verständnis der Vertragsparteien festgehalten, dass die in Artikel 4 Abs. 2 genannten Vorschriften des ISGH sich im Wesentlichen auf den Geschäftsbetrieb richten und nur solche Regelungen umfassen, die für die Ausführung der Tätigkeiten des ISGH im Rahmen seines Mandates und zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendig sind. Vergleich-

bare Bestimmungen finden sich in anderen Sitzabkommen (z. B. über den Sitz des Freiwilligenprogramms der VN, BGBl. 1996 II S. 903). Entgegenstehende Gesetze und Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland gelten in dem Umfang nicht, wie sie mit einer nach diesem Absatz zulässigen Vorschrift des ISGH unvereinbar sind. Absatz 3 legt fest, dass Streitigkeiten über die Unvereinbarkeit von Regelungen des ISGH mit den Bestimmungen des Gastlandes unverzüglich durch das in Artikel 33 vorgesehene Schiedsverfahren beigelegt werden. Die Absätze 4 und 5 bestimmen, dass mit Ausnahme der in diesem Abkommen und dem Übereinkommen über Vorrechte und Immunitäten des ISGH (in Artikel 1 Buchstabe d als „Allgemeines Übereinkommen“ bezeichnet) enthaltenen Regelungen des ISGH die Gesetze und Vorschriften des Gastlandes auf dem Sitzgelände gelten und dass dessen Gerichtsbarkeit dort ausgeübt werden kann. Nach Absatz 6 sollen die Gerichte bei der Entscheidung einschlägiger Fälle, die vom ISGH für das Sitzgelände erlassenen Regelungen berücksichtigen.

Artikel 5 Abs. 1 regelt die Unverletzlichkeit des Sitzgeländes und die Pflicht der Behörden des Gastlandes, das Sitzgelände nur mit ausdrücklicher Zustimmung oder auf Ersuchen des Kanzlers des Gerichtshofs und in Übereinstimmung mit den vom Präsidenten des Gerichtshofs genehmigten Bedingungen zu betreten. Nach Absatz 2 dürfen auf dem Sitzgelände keine gerichtlichen Maßnahmen ohne Zustimmung des Präsidenten des ISGH durchgeführt werden. Absatz 3 regelt die Bedingungen, unter denen das Sitzgelände in Notfällen betreten werden darf, und Absatz 4 den Schutz des Sitzgeländes unter den Voraussetzungen der Absätze 1 und 3. Absatz 5 erlegt dem ISGH auf, nicht zuzulassen, dass das Sitzgelände von Personen, die strafrechtlich verfolgt oder ausgewiesen werden sollen, als Zuflucht vor der Justiz genutzt wird. Absatz 6 regelt die ungehinderte Zustellung von Briefen und Schriftstücken. Nach Absatz 7 kann der ISGH Personen entweder wegen Verletzung seiner nach Artikel 4 angenommenen Vorschriften oder aus einem anderen Grund des Sitzgeländes verweisen oder ihnen das Betreten desselben verbieten.

Artikel 6 Abs. 1 bestimmt, dass die zuständigen Behörden alle angemessenen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass der Gebrauchswert des Sitzgeländes nicht beeinträchtigt und die vorgesehene Nutzung des Sitzgeländes nicht durch die Nutzung der Grundstücke und Gebäude in der Umgebung des Sitzgeländes gestört wird. Nach Absatz 2 muss der ISGH u. a. sicherstellen, dass das Sitzgelände nur für die vorgesehenen Zwecke gebraucht wird.

Artikel 7 Abs. 1 und 2 regelt den Schutz des Sitzgeländes und die diesbezüglichen Verpflichtungen der zuständigen deutschen Behörden. Absatz 3 führt Absatz 2 näher aus.

Artikel 8 Abs. 1 regelt die Immunität des ISGH von der deutschen Gerichtsbarkeit, wobei Ausnahmen nur in den Einzelfällen gelten, in denen der ISGH auf seine Immunität ausdrücklich verzichtet hat. Die Absätze 2 und 3 bestimmen, dass Gelder, Guthaben und sonstige Vermögenswerte des ISGH von Beschränkungen, Kontrollen, Regelungen, Stillhaltemaßnahmen und jeder Form von Eingriffen durch die vollziehende Gewalt befreit

sind. Absatz 4 bestimmt, dass der ISGH verpflichtet ist, für seine Kraftfahrzeuge Haftpflichtversicherungen in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Gastlandes abzuschließen.

Artikel 9 bestimmt die Unverletzlichkeit der Archive und Schriftstücke des ISGH.

Artikel 10 Abs. 1 bestimmt, dass die zuständigen deutschen Behörden den Gerichtshof so weit wie möglich unterstützen werden und die benötigten öffentlichen und sonstigen Dienstleistungen zu angemessenen und im Einzelnen in den Absätzen 2, 3 und 4 dargelegten Bedingungen sicherstellen.

Artikel 11 Abs. 1 sichert dem ISGH – soweit mit internationalen Übereinkommen vereinbar – im Hinblick auf seinen amtlichen Nachrichtenverkehr und seine amtliche Korrespondenz die gleiche Behandlung zu, die Bundesbehörden, internationale Organisationen und diplomatische Missionen in Deutschland erfahren. Er erlaubt u. a. die Einrichtung und den Betrieb von Fernschreib-, Fax-, Telefon- sowie elektronischen Daten- und anderen Nachrichtenverbindungen. Absatz 2 stellt fest, dass der amtliche Nachrichtenverkehr und die amtliche Korrespondenz des ISGH, der Richter sowie der Bediensteten unverletzlich sind. Absatz 3 ermächtigt den ISGH, Verschlüsselungen zu verwenden, und gewährt für seine Korrespondenz dieselben Vorrechte und Immunitäten, wie sie für diplomatische Kuriere und diplomatisches Kurieregepäck gelten. Absatz 4 sieht vor, dass die zuständigen deutschen Behörden unter bestimmten – ggfs. durch ein zusätzliches Abkommen festzulegende Bedingungen – Radio- und andere Telekommunikationsverbindungen zur Verfügung stellen. Absatz 5 bestimmt, dass der ISGH vorbehaltlich der erforderlichen Ermächtigung durch die Tagung der Vertragsstaaten und mit dem gegebenenfalls in einem Ergänzungsabkommen enthaltenen Einverständnis der Regierung, eigene Kurzwellensende- und -empfangsanlagen sowie andere Funkanlagen errichten und betreiben darf. Gemäß Absatz 6 hat der ISGH das Recht, für Zwecke, die im Einklang mit dem Seerechtsübereinkommen und dem Statut stehen, im Gastland frei und unbeschränkt Veröffentlichungen und Sendungen zu verbreiten.

Nach Artikel 12 ist der ISGH berechtigt, seine Flagge und sein Emblem im Sitzgelände und an Dienstfahrzeugen zu führen.

Artikel 13 regelt die Befreiung der Bediensteten des ISGH, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, von deutschen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der deutschen Sozialversicherung. Während ihrer Tätigkeit unterliegen die Bediensteten des ISGH Regelungen, die übereinstimmen mit den Personalvorschriften der Vereinten Nationen einschließlich deren Artikel VI, der ein umfassendes Sozialversicherungssystem vorsieht. Die Vorschrift soll eine Doppelversicherung in der deutschen Sozialversicherung und im Sozialversicherungssystem des ISGH vermeiden. Das soll auch insoweit gelten, als ein anderes System der sozialen Sicherheit des ISGH oder ein System, dem sich der ISGH angeschlossen hat, entsprechende Leistungen vorsieht.

In Nummer 2 des ergänzenden Notenwechsels wird das Verständnis der Vertragsparteien festgehalten, dass Bedienstete des ISGH, deren Mitgliedschaft in der deut-

schen gesetzlichen Krankenversicherung durch eine Beschäftigung beim ISGH endete, der gesetzlichen Krankenversicherung in entsprechender Anwendung des § 9 Abs. 1 Nr. 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch beitreten können, wenn sie innerhalb von zwei Monaten nach Beendigung ihrer Beschäftigung beim ISGH wieder eine Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen und der Beitritt der Krankenversicherung innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme der Beschäftigung angezeigt wird. Mit dieser Regelung werden die Bediensteten des ISGH nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst des ISGH so gestellt, als hätten sie im Ausland gearbeitet. Es wird ihnen damit ein Rückkehrrecht in die deutsche gesetzliche Krankenversicherung gewährt. Absatz 2 räumt den Richtern sowie den Bediensteten des ISGH ein Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Sozialversicherung nach Maßgabe der deutschen Rechtsvorschriften ein. Nummer 5 des ergänzenden Notenwechsels stellt klar, dass die Richter aufgrund des ihnen nach Artikel 10 des ISGH-Statutes und Artikel 18 des Abkommens eingeräumten diplomatischen Status von der Versicherungspflicht in der deutschen Sozialversicherung ausgenommen sind. Für Richter, die deutsche Staatsangehörige sind oder ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben, gilt das allerdings nur unter den Voraussetzungen des Artikels 23.

Artikel 14 bestimmt, dass Familienmitgliedern der Mitglieder, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Gastland haben, sowie der Bediensteten des Gerichtshofs eine Arbeiterlaubnis zur Aufnahme einer unselbständigen Erwerbstätigkeit erteilt wird. Zu den Familienmitgliedern in diesem Sinne zählen die Ehegatten und die zum Haushalt gehörenden Kinder, die jünger als 21 Jahre oder wirtschaftlich abhängig sind. Diese Vorschrift weicht ab von der üblichen Behandlung von Diplomaten, deren Tätigkeit im Gastland nicht auf Dauer angelegt ist. Andererseits bleibt diese Vorschrift hinter der entsprechenden Regelung etwa im Sitzabkommen des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen zurück, wonach keine Arbeiterlaubnis benötigt wird.

Artikel 15 regelt die Befreiung des ISGH, seines Vermögens, seines Einkommens und sonstigen Besitzes von allen direkten Steuern. Der ISGH verzichtet allerdings auf eine Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben, die tatsächlich lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen. Die Kraftfahrzeuge des ISGH werden auf Notifizierung hin von der Kraftfahrzeugsteuer befreit. Absatz 2 stellt den ISGH von allen Zöllen, Einfuhrumsatzsteuern, Verboten und Beschränkungen im Hinblick auf Gegenstände frei, die vom ISGH für seinen amtlichen Gebrauch eingeführt oder exportiert wurden. Der Verkauf oder die anderweitige Verfügung über abgabefrei eingeführte oder erworbene Güter darf nur unter den mit den zuständigen deutschen Behörden vereinbarten Bedingungen erfolgen. Die Befreiung von Zöllen, Einfuhrumsatzsteuern sowie von Verboten und Einschränkungen der Ein- und Ausfuhr gelten auch hinsichtlich der Veröffentlichungen des ISGH. Nach Absatz 3 ist der ISGH von indirekten Steuern einschließlich der Umsatzsteuer und der besonderen Verbrauchssteuer befreit, die bei größeren, für den amtlichen Gebrauch des ISGH bestimmten Einkäufen im Preis enthalten sind. Diese Befreiung erfolgt hinsichtlich der Mineralölsteuer auf Benzin, Dieselmotortreibstoff und Heiz-

öl sowie der Umsatzsteuer im Wege der Steuererstattung unter den zwischen der Bundesregierung und dem ISGH vereinbarten Bedingungen. Ergänzende Regelungen hierzu sind in Nummer 3 des Notenwechsels aufgeführt. Sie entsprechen den Regelungen für andere internationale Organisationen in Deutschland. Auch hinsichtlich der indirekten Steuern verzichtet der ISGH auf eine Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben, die tatsächlich lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen. Für Güter, die abgabefrei erworben oder für die Steuern erstattet wurden, gilt ebenfalls ein Verkaufs- oder Verfügungsverbot, es sei denn, dass die Bedingungen hierfür zwischen der Bundesregierung und dem ISGH vereinbart werden.

Nach Artikel 16 Abs. 1 hat der ISGH das Recht, Geldgeschäfte jeder Art innerhalb des Gastlandes und zwischen den Staaten ohne finanzielle Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltemaßnahmen durchzuführen. Absatz 2 ergänzt, dass der ISGH dabei die Vorstellungen des Sitzstaates berücksichtigt, soweit dadurch nicht seine eigenen Interessen geschädigt werden.

Artikel 17 sieht vor, dass die in den folgenden Artikeln 18 bis 21 vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile den betreffenden Personen nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt werden, sondern um die unabhängige Wahrnehmung ihrer mit dem ISGH zusammenhängenden Aufgaben sicherzustellen. Dementsprechend ist Inhaber der Vorrechte und Immunitäten der ISGH. Die Aufhebung derselben ist in Übereinstimmung mit dem Gedanken dieser Vorschrift in Artikel 24 geregelt.

Artikel 18 regelt die Vorrechte, Immunitäten, Erleichterungen und sonstigen Vorteile, die den Richtern, dem Kanzler und den Bediensteten des ISGH sowie den zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitgliedern gewährt werden. Gemäß Absatz 1 ist deren Umfang je nach der betroffenen Personengruppe abgestuft: den Richtern und dem Kanzler des ISGH sowie dem in dessen Abwesenheit amtierenden Vertreter stehen Vorrechte und Immunitäten wie den in Deutschland akkreditierten Missionschefs zu. Den Bediensteten der Stufe P 5 und darüber werden dieselben Vorrechte und Immunitäten eingeräumt wie den in vergleichbarem Rang stehenden, in Deutschland akkreditierten Diplomaten. Diese Regelung kann nach Nummer 4 des ergänzenden Notenwechsels in begründeten Einzelfällen auch auf Bedienstete der Stufe P 4 erstreckt werden. Sie entspricht damit der Regelung im Sitzabkommen mit dem Freiwilligenprogramm der VN. Andere Bedienstete genießen dieselben Vorrechte und Befreiungen wie die in vergleichbarem Rang stehenden Mitglieder der in Deutschland errichteten diplomatischen Vertretungen. Eine entsprechende Regelung gilt für die zum Haushalt der Richter, des Kanzlers und der Bediensteten gehörenden Familienmitglieder. Nach Absatz 2 findet Artikel 18 auf die Richter auch nach Ende ihrer Amtszeit Anwendung, wenn sie ihre Aufgaben weiterhin wahrnehmen. Diese Regelung berührt nicht die nach Artikel 19 geregelten Vorrechte und Befreiungen in Bezug auf Steuern und sonstige Abgaben. Um den Richtern volle Redefreiheit und Unabhängigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu gewährleisten, bestimmt Absatz 3, dass ihnen die Immunität von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf ihre Amtshandlungen sowie ihre mündlichen und schriftlichen Äußerungen auch dann noch gewährt wird, wenn sie

keine Aufgabe des ISGH mehr wahrnehmen. Nach Absatz 4 stehen den Richtern und Bediensteten des ISGH sowie ihren unterhaltsberechtigten Ehegatten und Verwandten in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich Heimtschaffung zu wie Diplomaten. Absatz 5 bestimmt, dass auch die Richter und Bediensteten des ISGH für ihre Kraftfahrzeuge Haftpflichtversicherungen in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Gastlandes abschließen müssen. Absatz 6 verpflichtet die Bundesregierung, Angestellten im Haushalt von Richtern oder Bediensteten des ISGH Visa und Aufenthaltsgenehmigungen so rasch wie möglich auszustellen. Die Hausangestellten bedürfen in diesen Fällen keiner Arbeitserlaubnis. Nach Absatz 7 genießen die Richter und Bediensteten sowie ihre unterhaltsberechtigten Ehegatten und Verwandten Befreiung von nationalen Dienstleistungen und von der Ausländermeldepflicht. Nach Absatz 8 genießen die Bediensteten des ISGH dieselben Vorrechte und Befreiungen in Bezug auf Devisenerleichterungen wie die in vergleichbarem Rang stehenden Mitglieder der in Deutschland errichteten diplomatischen Vertretungen. Absatz 9 bestimmt, dass die Namen der Richter, des Kanzlers und des stellvertretenden Kanzlers des ISGH in die Diplomatentabelle aufgenommen werden. Absatz 10 stellt fest, dass die Bestimmungen des Artikels 18 unabhängig vom Stand der Beziehungen zwischen dem Sitzstaat und dem Heimatland der betroffenen Bediensteten angewendet werden. In Nummer 7 des ergänzenden Notenwechsels wird das Verständnis der Vertragsparteien festgehalten, dass den Bediensteten des Gerichtshofs und den zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitgliedern (Ehegatten, ledige Kinder unter 21 Jahren und andere von ihnen unterhaltene Verwandte) nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst beim Gerichtshof nach einer mehrjährigen Dienstzeit in Hamburg auf Antrag in Übereinstimmung mit den anwendbaren deutschen Rechtsvorschriften eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt wird, sofern sie ihren Lebensunterhalt einschließlich Kranken- und Pflegeversicherung selbst bestreiten können. Dies entspricht einer im Notenwechsel zum Sitzabkommen mit dem Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen enthaltenen Regelung.

Artikel 19 regelt die Vorrechte und Befreiungen der Richter und der Bediensteten des ISGH in Bezug auf Steuern und sonstige Abgaben. Der Umfang der Befreiungen und Vorrechte ist, wie in Artikel 18 Abs. 1, je nach der betroffenen Personengruppe abgestuft. Nach Buchstabe a stehen den Richtern, dem Kanzler und dem amtierenden Kanzler dieselben Vorrechte wie den in Deutschland akkreditierten Missionschefs zu. Nach Buchstabe b werden den Bediensteten der Stufe P 5 und darüber – sowie in begründeten Einzelfällen der Stufe P 4 (gemäß Nummer 4 des ergänzenden Notenwechsels zum Sitzabkommen) – dieselben Vorrechte und Befreiungen eingeräumt wie den in vergleichbarem Rang stehenden, in Deutschland akkreditierten Diplomaten. Buchstabe c bestimmt, dass die gezahlten Bezüge der Richter und der Bediensteten des ISGH unabhängig von ihrem Rang von Besteuerung befreit sind. Nach Buchstabe d genießen die zum Haushalt der Richter und des Kanzlers gehörenden Ehegatten und unterhaltsberechtigten Verwandten dieselben Vorrechte und Befreiungen wie die Ehegatten und unterhaltsberechtigten Verwandten, die zum Haushalt von in Deutschland akkreditierten Diplomaten vergleichbaren Ranges gehören. Buchstabe e

berechtigt die Bediensteten des ISGH, ihre Möbel und ihre persönliche Habe bei ihrem ersten Amtsantritt frei von Zöllen und Abgaben einzuführen. Nummer 6 des ergänzenden Notenwechsels führt einige der Bestimmungen des Artikels 19 näher aus, begrenzt ihre Anwendung oder enthält das gemeinsame Verständnis über ihre Auslegung: Die Steuerbefreiung nach Artikel 19 Buchstabe c bezieht sich nicht auf die an frühere Richter oder Bedienstete des ISGH gezahlten Pensionen und Renten. Unbeschadet bleiben Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen dem Gastland und dem Land der Staatsangehörigkeit oder des Aufenthalts der betroffenen Personen. Ferner wird festgelegt, an welchen Personenkreis unter welchen Bedingungen der ISGH Gehaltsbescheinigungen ausstellen und den zuständigen deutschen Behörden Namen und Anschriften von Bediensteten anzeigen muss. Darüber hinaus wird festgestellt, dass dann, wenn die Erhebung einer Steuer vom Aufenthalt des Steuerpflichtigen abhängt, die Zeiten, während derer sich die Richter oder Bediensteten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Sitzstaat aufhalten, nicht als Aufenthaltszeiten gelten, wenn diese Richter oder Bedienstete diplomatische Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen genießen.

Artikel 20 bestimmt, dass für die nach Artikel 289 SRÜ ernannten Sachverständigen, deren Ehegatten und die zu ihrem Haushalt gehörenden unterhaltsberechtigten Verwandten sowie Hausangestellten, die nach den Artikeln 18 und 19 für Richter, deren Ehegatten, unterhaltsberechtigte Verwandte sowie Hausangestellte geltenden Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen entsprechende Anwendung finden.

Artikel 21 Abs. 1 bestimmt, dass den Bevollmächtigten, Rechtsbeiständen und Anwälten, die zur unabhängigen Ausführung ihrer Aufgaben erforderlichen und in den Buchstaben a bis h im Einzelnen umschriebenen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen gewährt werden. Die Absätze 2 bis 7 führen die Voraussetzungen und den Anwendungsbereich des Absatzes 1 näher aus.

Artikel 22 Abs. 1 sieht vor, dass Zeugen, Sachverständige und Personen, die aufgrund einer Verfügung des ISGH Aufträge durchführen, während der Dauer ihrer Aufträge und ihrer Reise von und zum Sitzgelände Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen genießen. Sie entsprechen im Wesentlichen den Vorrechten und Immunitäten, die Bevollmächtigten, Rechtsbeiständen und Anwälten nach Artikel 21 Abs. 1 und 2 eingeräumt werden. Absatz 2 verpflichtet die deutschen Behörden – und zwar nach Absatz 3 unabhängig vom Stand der Beziehungen zwischen Sitzstaat und Heimatstaat der Betroffenen – die Durchreise von Personen, die vom Gerichtshof im Rahmen der amtlichen Tätigkeit auf das Sitzgelände eingeladen sind, zu und von dem Sitzgelände nicht zu behindern und diesen Personen während der Durchreise den nötigen Schutz zu gewähren.

Artikel 23 sieht vor, dass die für den nach den Artikeln 18 bis 22 bevorrechtigten Personenkreis geltenden Vorrechte und Immunitäten nicht für Personen gelten, die deutsche Staatsangehörige sind oder ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben. Das gilt u. a. für die Verpflichtungen zu nationalen Dienstleistungen. Die Buchstaben a bis c enthalten drei Ausnahmetatbestände. Dadurch wird sichergestellt, dass auch die Richter mit deut-

scher Staatsangehörigkeit oder mit ständigem Wohnsitz in Deutschland diplomatische Vorrechte im Bereich der sozialen Sicherheit erhalten, dass die gezahlten Bezüge deutscher Richter oder Bediensteter von der Besteuerung befreit werden und dass ihnen Immunität von der Gerichtsbarkeit in Bezug auf ihre in Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen gewährt wird.

In den Absätzen 1 bis 5 des Artikels 24 werden die Voraussetzungen und Bedingungen umschrieben, unter denen die Immunität der nach dem Abkommen bevorrechtigten Personenkreise aufgehoben werden muss oder kann. Darüber hinaus werden die jeweils für die Aufhebung der Immunität zuständigen Instanzen (die Vertragsstaaten oder der ISGH bzw. dessen Kanzler) bestimmt.

Artikel 25 Abs. 1 sieht vor, dass die für Richter und Bedienstete des ISGH und Sachverständige ausgestellten Passierscheine der Vereinten Nationen als gültige Reiseausweise anerkannt und entgegengenommen werden. Absatz 2 regelt Einreiseerleichterungen für die in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personen und bestimmt, dass die genannten Personen nach Vorlage eines gültigen Reiseausweises an der Grenze erforderlichenfalls ein Visum erhalten und ihnen die Reise zum Sitz des Gerichtshofs erleichtert wird. Von diesem Verfahren soll allerdings nur in einem dringenden Fall oder unter unvorhersehbaren Umständen Gebrauch gemacht werden, wobei Angaben über diese Umstände zur Verfügung zu stellen sind. Absatz 3 regelt die Ausstellung von Ausweisen durch den ISGH und den dadurch bezweckten Identitätsnachweis gegenüber den zuständigen Behörden. Absatz 4 sieht vor, dass der Kanzler des ISGH den zuständigen Behörden den jeweiligen Personalbestand des ISGH notifiziert. Absatz 5 bestimmt die Pflicht des Kanzlers zur Notifizierung des in Artikel 21 und 22 genannten Personenkreises.

Artikel 26 sichert den in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personen das Recht auf ungehinderte Ein- und Ausreise sowie Freizügigkeit und freien Aufenthalt in Deutschland zu. Mit der Vorschrift soll die unabhängige Arbeit des ISGH im Sitzstaat gewährleistet werden. Nach Absatz 2 soll Absatz 1 im Falle einer allgemeinen Unterbrechung des Verkehrs nicht gelten. Absatz 1 soll auch nicht die Wirksamkeit allgemein geltender Gesetze über den Betrieb von Verkehrsmitteln beeinträchtigen. Absatz 3 sieht vor, dass Visa für den in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personenkreis, dem Möglichkeiten für zügiges Reisen zugesichert werden, gebührenfrei und möglichst umgehend zu erteilen sind. Anträge der Richter und des Kanzlers sowie der im Auftrag des ISGH reisenden Inhaber von VN-Passierscheinen auf Ausstellung von Visa sind gemäß Absatz 4 möglichst umgehend zu bearbeiten. Entsprechendes gilt nach Absatz 5 für Visaanträge von Zeugen, Sachverständigen oder anderen im Auftrage des ISGH reisenden Personen, auch wenn sie nicht Inhaber von VN-Passierscheinen sind. Nach Absatz 6 darf eine in amtlicher Eigenschaft für den ISGH ausgeübte Tätigkeit nicht als Grund dafür dienen, den betreffenden Personen die Einreise in oder die Ausreise aus dem deutschen Hoheitsgebiet zu verwehren oder sie zum Verlassen des Hoheitsgebietes zu zwingen. Nach Absatz 7 ist dieser Personenkreis allerdings nicht von der sachlich gebotenen Anwendung

international anerkannter Regeln über Quarantäne und Volksgesundheit ausgenommen.

Artikel 27 sieht vor, dass das Gastland mit Zustimmung des Präsidenten des ISGH die zur Sicherheit des Gerichtshofs oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlichen Vorkehrungen treffen kann. Absatz 2 führt Absatz 1 näher aus.

Artikel 28 Abs. 1 bestimmt, dass aus der Tatsache, dass sich in seinem Hoheitsgebiet der Sitz des Gerichtshofs befindet, dem Gastland keine weitere völkerrechtliche Verantwortung erwächst für Handlungen oder Unterlassungen des Gerichtshofs oder seiner Bediensteten, die im Rahmen ihrer Aufgaben tätig bzw. nicht tätig werden, als die, welche ihm als Vertragsstaat zukommt. Absatz 2 sieht ergänzend vor, dass der Gerichtshof eine Versicherung abschließt, um die Haftung für Verletzungen oder Schäden abzudecken, die der Regierung oder anderen Personen als den Bediensteten des Gerichtshofs durch die Tätigkeit des Gerichtshofs im Gastland entstehen.

Artikel 29 Abs. 1 verpflichtet den ISGH, jederzeit mit den zuständigen Behörden zusammenzuarbeiten, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung polizeilicher Vorschriften sicherzustellen oder Missbrauch im Zusammenhang mit den Vorrechten, Immunitäten und Erleichterungen zu verhindern. Wenn nach Auffassung der Bundesregierung ein Missbrauch von Vorrechten, Immunitäten oder Erleichterungen vorliegt, finden nach Absatz 2 zwischen den zuständigen Behörden und dem Präsidenten des ISGH Konsultationen statt mit dem Ziel, künftigen Missbrauch zu verhindern. Wird in Konsultationen kein für die Bundesregierung und den ISGH zufrieden stellendes Ergebnis erzielt, so kann jede Vertragspartei das in Artikel 33 vorgesehene Schiedsverfahren einleiten. Absatz 3 regelt die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen die in den Artikeln 18 bis 22 genannten Personen – mit Ausnahme der Mitglieder, des Kanzlers, des Vizekanzlers oder jedes anderen Bediensteten des Gerichtshofs, der den Kanzler vertritt – sowie die Vertreter der Vertragsstaaten wegen von ihnen ausgeführter Tätigkeiten zum Verlassen des Landes gezwungen werden können.

Artikel 30 bestimmt, dass der ergänzende Notenwechsel zum Abkommen integraler Bestandteil des Abkommens selbst ist.

Artikel 31 stellt fest, dass zusätzliche Abkommen zu dem vorliegenden Sitzabkommen geschlossen werden können.

Artikel 32 regelt das Verhältnis zwischen Sitzabkommen und dem in allen Vertragsstaaten geltenden Allgemeinen Übereinkommen. Die Bestimmungen der beiden völkerrechtlichen Vereinbarungen sollen – wo immer möglich – als einander ergänzend behandelt und gleichermaßen angewendet werden. Im Konfliktfall sollen die Bestimmungen des Sitzabkommens aber vorgehen.

Artikel 33 Abs. 1 sieht vor, dass der ISGH für geeignete Verfahren sorgt, mit denen privatrechtliche Streitigkeiten, an denen der ISGH beteiligt ist, oder Streitigkeiten im Rahmen der Bestimmungen des Artikels 29 Abs. 3 beigelegt werden können. Absatz 2 sieht vor, dass Streitigkeiten, die nicht einvernehmlich zwischen den Vertragsparteien beigelegt werden können, auf Ersuchen einer Streitpartei einem Schiedsgericht vorgelegt

werden, das aus drei Mitgliedern besteht. Ferner wird das Verfahren der Bestellung der Schiedsrichter und des Vorsitzenden des Schiedsgerichtes geregelt, die ggfs. vom Generalsekretär der Vereinten Nationen benannt werden sollen.

Artikel 34 bestimmt, dass das Sitzabkommen nur durch ein Abkommen zwischen dem ISGH und der Bundesrepublik Deutschland geändert werden kann. In diesem Zusammenhang sieht Nummer 10 des ergänzenden Notenwechsels eine Konsultationsklausel vor, wonach jede Vertragspartei für den Fall, dass die Regierung mit einer zwischenstaatlichen Organisation eine Übereinkunft schließt, die günstigere Bedingungen enthält als die dem ISGH aufgrund des Abkommens gewährten, um Konsultationen darüber bitten kann, ob diese Bedingungen auch auf den ISGH angewendet werden könnten.

Artikel 35 bestimmt, dass das Abkommen am ersten Tag des Monats in Kraft tritt, der auf den Tag des Eingangs der letzten der Notifikationen folgt, mit denen die

Bundesrepublik Deutschland und der Gerichtshof einander mitgeteilt haben, dass die jeweiligen förmlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Artikel 36 sieht vor, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die erforderlichen Schritte zur Registrierung des Abkommens nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen unverzüglich nach seinem Inkrafttreten veranlasst und den Gerichtshof von der erfolgten Registrierung unterrichtet.

Das Abkommen wird von einem ergänzenden Notenwechsel zwischen der Bundesregierung und dem ISGH begleitet, der einige Bestimmungen der vorgenannten Artikel näher ausführt oder ihre Anwendung begrenzt und das gemeinsame Verständnis der Vertragsparteien über die Auslegung einzelner Artikel festhält. Der Notenwechsel ist nach Artikel 30 des Abkommens integraler Bestandteil des Abkommens selbst.